

Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling

Projekt- und Evaluationsbericht

Stabsstelle Dokumentation/ TEAM FOCUS

DSA Bakk. Soz. Sonja Rameder

mit Unterstützung von:

Mag.^a Claudia Denk

Mag.^a Marianne Kolar

Mag.^a Gabriele Drunecky

Major Johann Golob

Joe Beer

Wien, Mai 2005

BUNDESPOLIZEIDIREKTION WIEN
Polizeikommissariat Döbling
Sicherheitswache - Bereichsabteilung
☎ 31310-27202 📠 31310-27209
email: Johann.Golob3@polizei.gv.at



TEAM FOCUS & Stabsstelle Dokumentation
Tel: +43-1-4000-87350
Tel: +43-1-4000-66183
email: Sonja.Rameder@fsw.at
email: Gabriele.Drunecky@fsw.wien.at
home: www.fsw.at

PROJEKT- UND
EVALUATIONSBERICHT

Abstract

Die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling ist ein kriminalpräventives Pilotprojekt, das vom **Polizeikommissariat Döbling** – Bereichsabteilung Sicherheitswache (BPD Wien) - gemeinsam mit dem Fonds Soziales Wien (Stabsstelle Dokumentation/**TEAM FOCUS**) sowie einem Teil der Wohnbevölkerung Oberdöblings durchgeführt wurde.

Der vorliegende **Projekt- und Evaluationsbericht** beschreibt den gesamten Projektverlauf, dokumentiert einzelne Arbeitsschritte und geht der Frage nach, ob die Ziele der Sicherheitspartnerschaft und damit der Nutzen für alle Beteiligten erreicht werden konnten.

Die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling als **Projekt bürgernahe Polizeiarbeit** hatte zum Ziel, einen partnerschaftlichen Dialog der Exekutive mit StadtteilbewohnerInnen aufzubauen sowie zur Belebung der sozialen Kontakte innerhalb der Nachbarschaft beizutragen. In Folge sollte ein möglichst hohes Maß an subjektiver Sicherheit für den/die Einzelne/n erreicht werden.

In Form von regelmäßigen Treffen der PolizistInnen mit interessierten BürgerInnen erfolgte eine Definition und anschließende **Bearbeitung lokaler Problemlagen**. In Kooperation mit anderen relevanten Einrichtungen wurden Lösungen auf kommunaler Ebene unter Mitwirkung der Betroffenen umgesetzt.

Mit dieser räumlich und inhaltlich stadtteilbezogenen Form der Kriminalprävention gelang es einerseits, **BewohnerInnen zu aktivieren**, Verantwortung für ihre Wohnumgebung und das „Grätzeldeschehen“ zu übernehmen, andererseits die **bürgerorientierte Kompetenz der RayonspolizistInnen** auszubauen.

Das **Angebot zum partnerschaftlichen Dialog** der Sicherheitswache Döbling sowie die Förderung gemeinschaftlicher Handlungsweisen der TeilnehmerInnen trugen wesentlich zur **Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls** der StadtteilbewohnerInnen bei. Gleichzeitig wurde auf das Bedürfnis der Bevölkerung nach dem/der „**PolizistIn zum Anfassen**“ – einer Ansprechperson für Störungen und Probleme des Alltags – eingegangen.

Vorwort : Joe Beer/ TEAM FOCUS

Vor Ihnen liegt der Projektbericht bzw. die Projektevaluation über die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling – einem Gemeinschaftsprojekt der Sicherheitswache Döbling und dem Fonds Soziales Wien/Stabsstelle Dokumentation/**TEAM FOCUS**.

Was sich hier hinter dem unscheinbaren Wort „Gemeinschaftsprojekt“ verbirgt, ist eine – in dieser Form in Wien noch nie praktizierte - Zusammenarbeit zwischen der Exekutive und der Sozialarbeit.

Ausgangspunkt für diese Kooperation war ein Gespräch nach einem Treffen im Regionalforum Döbling, wo mir Major Hans Golob die Idee der Sicherheitspartnerschaft näher brachte.

Die Chance für **TEAM FOCUS**, anhand eines konkreten Projektes zu belegen, dass durch Vernetzung sozialer Einrichtungen und der Exekutive Ressourcen gebündelt und Synergieeffekte genutzt werden können, war ausschlaggebend für unsere Projektbeteiligung.

Vorliegender Bericht und die Ergebnisse der Evaluation belegen nun eindrucksvoll, dass vor allem die Faktoren „Vernetzung“ und „Kommunikation“ – auf den verschiedensten Ebenen – wesentlichen Anteil am Erfolg dieses Projekts haben.

Bleibt daher zu hoffen, dass die Erkenntnisse und die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit Mut machen, solche und ähnliche Gemeinschaftsprojekte auch in anderen Bezirken Wiens durchzuführen.

Da hinter erfolgreichen Projekten immer auch engagierte Menschen stehen, erlaube ich mir, an dieser Stelle allen zu danken, die durch engagierte, professionelle und konstruktive Zusammenarbeit zum Gelingen der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling beigetragen haben.

Joe Beer

Wien, am 12. Mai 2005

Vorwort : Major Hans Golob/ Polizeikommissariat Döbling

Im nachstehenden Projektbericht von **TEAM FOCUS** (Stabsstelle Kommunikation/Fonds Soziales Wien) sind Projektentstehung der Sicherheitspartnerschaft, die wesentlichen Ideen für die Umsetzung und die Ziele unserer Initiative ausführlich beschrieben.

Die gemäß Projektplanung geforderte externe Evaluation nach wissenschaftlichen Kriterien konnte in dieser Form nur mit Unterstützung der Gemeinde Wien/Fonds Soziales Wien/ Stabsstelle Dokumentation/**TEAM FOCUS** und deren großartigen MitarbeiterInnen Joe Beer, DSA Bakk. Soz. Sonja Rameder, Mag. Claudia Denk, Mag. Marianne Kolar und Mag. Gabriele Druncky durchgeführt werden.

Diese neue Qualität der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen bis hin zu den Universitäten sollte auf Grund der Komplexität gesellschaftlicher Herausforderungen beispielgebend für hinkünftige Projekte des „Community Policing“ sein.

Erfolg und Misserfolg hängen jedoch meist davon ab, inwieweit die eigenen Vorstellungen durchführbar sind und von den tatsächlich handelnden Personen selbständig mit- und weitergetragen werden.

Daher möchte ich besonders meine beiden Kollegen Revierinspektor WAGNER Adolf und WIESER Werner vom Wachzimmer Hohe Warte, sowie jede/n einzelne/n unserer Oberdöblinger SicherheitspartnerInnen hervorheben.

Ihr habt gezeigt, dass die Bereitschaft zur „Auseinandersetzung“ mit dem eigenen sozialen Umfeld, mit dem Mitmenschen, getragen von einer humanistischen Grundeinstellung und mit partnerschaftlicher Unterstützung von Kommune, Polizei und engagierten Menschen vieler anderer Institutionen, die Basis von mehr Sicherheit und Lebensqualität ist.

Das vorliegende Projekt richtet sich im Wesentlichen nach den Entscheidungen der freiwillig teilnehmenden Menschen und vorhandenen Ressourcen. Es ist folglich erweiterbar, sozialisationsbedingt modifizierbar oder glücklicherweise schlicht nicht notwendig.

Es hat sich gezeigt, dass PolizistInnen als wesentliche KommunikatorInnen, vor allem über das Reizthema „Sicherheit“, einen Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts leisten können.

Dadurch besteht die Möglichkeit, Ängste/Alltagsirritationen gemeinschaftlich relativierbar zu machen. Konflikte werden auch ohne den Herrn „Inspektor“ lösbar und gleichzeitig wird jenes Vertrauen der Menschen in die Person des/r Rayonsbeamten/in und der Institution Polizei gefördert, das für den täglichen Dienst auf der Straße, im Funkwagen und im Wachzimmer so fundamental wichtig ist.

Werte SicherheitspartnerInnen, ich wünsche Euch bei Eurem Projekt weiterhin alles Gute.

Hans Golob

Wien, am 12. Mai 2005

Inhaltsverzeichnis

<u>Teil A: Zur Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling.....</u>		<u>7</u>
1	Ausgangslage	9
1.1	Sicherheitsgespräche.....	9
1.2	Leben und Lebensqualität in Wien.....	9
1.3	Delikte in Döbling und Oberdöbling 2004	10
2	Projektdefinition	12
2.1	Projektziele	12
2.2	Projektverantwortliche und KooperationspartnerInnen	13
2.3	Zielgebiet.....	15
2.4	Zielgruppe	15
2.5	Projektphasen und Projektzeitraum.....	15
3	Dokumentation der Projektschritte	16
3.1	Zusammenstellung der Gruppen.....	16
3.2	Beschreibung der TeilnehmerInnen	17
3.3	Ablauf der Arbeit in den Gruppen.....	19
3.3.1	Erstes Treffen	19
3.3.1.1	<i>Ziele und Inhalte</i>	<i>19</i>
3.3.1.2	<i>Ablauf</i>	<i>20</i>
3.3.1.3	<i>Erlebte Sicherheits- und Kriminalitätsprobleme.....</i>	<i>21</i>
3.3.2	Folgetreffen (2.-4. Treffen).....	23
3.3.2.1	<i>Ziele und Inhalte</i>	<i>23</i>
3.3.2.2	<i>Ablauf</i>	<i>23</i>
3.3.2.3	<i>Bearbeitung kommunaler Sicherheitsthemen.....</i>	<i>24</i>
3.3.3	Abschlusstreffen (5.Treffen).....	27
3.3.3.1	<i>Ziele und Inhalte</i>	<i>27</i>
3.3.3.2	<i>Ablauf und Ergebnisse</i>	<i>27</i>
3.4	Begleitende Reflexionsrunden	29
4	Ressourcen und Arbeitsaufwand	30

Teil B: Evaluation der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling.....29

Einleitung.....29

5 Relevante Begriffe und Konzepte zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention 32

- 5.1 Subjektives Sicherheitsgefühl 32
- 5.2 Der Sicherheitsbegriff im Alltagsverständnis..... 34
- 5.3 Kriminalprävention 35
- 5.4 Die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling – ein Projekt bürgernaher Polizeiarbeit..... 36

6 Wissenschaftliche Begleitforschung in Form einer Evaluation..... 37

- 6.1 Summative und formative Evaluation 37
- 6.2 Ziele und Fragestellungen..... 38
- 6.3 Erhebungsmethoden 39
 - 6.3.1 Qualitative Methoden 40
 - 6.3.2 Quantitative Methoden 40
- 6.4 Datenauswertung 41
- 6.5 Übersicht der Erhebungsmethoden und Auswertungsverfahren 42
- 6.6 Möglichkeiten und Grenzen der Evaluationsforschung im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling 43

7 Ergebnisse der Evaluation 44

- 7.1 Die Sicherheitslage in Oberdöbling..... 44
 - 7.1.1 Sicherheit und Viktimisierung – Ergebnisse der schriftlichen Befragung 44
 - 7.1.2 Der Sicherheitsbegriff im Alltagsverständnis der TeilnehmerInnen 45
 - 7.1.3 Exkurs: Was verunsichert am meisten? 47
- 7.2 Die Sicherheitspartnerschaft aus Sicht der TeilnehmerInnen..... 49
 - 7.2.1 Motivation zur Teilnahme an der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling und Erwartungen der TeilnehmerInnen..... 49
 - 7.2.2 Wahrnehmung der Polizei 51
 - 7.2.3 Kommunikationsprozesse oder „Welche Funktion hatte die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling für die sozialen Kontakte der TeilnehmerInnen?“ 54
 - 7.2.4 Anforderungen der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling..... 57
 - 7.2.5 Bewertung der erarbeiteten Lösungen und ihrer Umsetzungschancen..... 58
 - 7.2.6 Fortsetzung bürgernaher Polizeiarbeit 60

7.3	Die Sicherheitspartnerschaft aus Sicht der Projektdurchführenden.....	61
7.3.1	Sicherheitswache Döbling	61
7.3.1.1	Motivation zur Durchführung des Projekts	61
7.3.1.2	Kommunikationsprozesse oder „Welche Funktion hatte die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling für die bürgernahe Polizeiarbeit im Bezirk“?.....	62
7.3.1.3	Zusammenarbeit mit dem Fonds Soziales Wien (FSW)/ TEAM FOCUS	65
7.3.1.4	Fortsetzung bürgernaheer Polizeiarbeit.....	65
7.3.2	Stabsstelle Dokumentation des Fonds Soziales Wien (FSW)/ TEAM FOCUS	66
7.3.2.1	Motivation zur Durchführung des Projekts	66
7.3.2.2	Zusammenarbeit mit der Sicherheitswache Döbling.....	67
7.3.2.3	Fortsetzung bürgernaheer Polizeiarbeit.....	68
7.4	Evaluation der Umsetzungsphase	69
7.4.1	Angebot zum partnerschaftlichen Dialog	69
7.4.2	Funktion der Prozessbegleitung	70
7.4.3	Funktion der Rayonspolizisten	71
7.4.4	Besonderheiten in den einzelnen Gruppen	73
7.4.5	Veränderungen in der inhaltlichen Ausrichtung der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling	74
7.4.6	Einbeziehung kommunaler Einrichtungen.....	76
7.4.7	Fortsetzung bürgernaheer Polizeiarbeit	76
7.5	Ziele und Nutzen der Sicherheitspartnerschaft.....	77
7.5.1	Nutzen für die BewohnerInnen des Zielgebietes	77
7.5.2	Nutzen für die RayonspolizistInnen	78
7.5.3	Nutzen für den Fonds Soziales Wien (FSW).....	79
7.5.4	Delikte im Zielgebiet während des Projektverlaufs 2004/05	80
8	Diskussion und Interpretation der Ergebnisse	82
8.1	Die Bedeutung von Sicherheit für StadtteilbewohnerInnen	82
8.2	Mehr Sicherheit durch Kommunikation	82
8.3	RayonspolizistInnen als Schnittstelle zwischen BürgerInnen und kommunalen Einrichtungen	83
8.4	Möglichkeiten und Grenzen bei der Umsetzung bürgernaheer Polizeiarbeit....	84
9	Literaturverzeichnis	85
10	Anhang	88
10.1	Projektstrukturplan.....	88
10.2	Moderationsleitfaden	89
10.3	Fragebogen	93
10.4	Einladung Sicherheitsfest	102
10.5	Verkehrskonzept	103

Teil A: Zur Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling

1 Ausgangslage

1.1 Sicherheitsgespräche

Im April, Mai und Juni 2004 fanden - organisiert von Major Johann Golob und Gemeinderat Franz Ekkamp - Sicherheitsgespräche in Wien 19, Obkirchergasse, Döblinger Hauptstraße - Guneschgasse und Krottenbachstraße - Glanzing, zwischen RayonspolizistInnen und der Döblinger Bevölkerung statt.

Die Anfragen aus der Bevölkerung im Rahmen dieser Gespräche betrafen hauptsächlich Präventionsmaßnahmen gegen Vermögensdelikte wie Taschendiebstähle, Raubkriminalität (insbesondere nach Geldabhebungen in den Banken), sichere Wohnungstüren, Trickdiebstähle im Wohnbereich und ähnliches.

Vor allem ältere Menschen kontaktierten die bei den Sicherheitsgesprächen anwesenden RayonspolizistInnen¹ und gaben an, bei jedem Bankbesuch und auch teilweise beim Einkauf und bei Spaziergängen bei Einbruch der Dunkelheit ein Gefühl der Unsicherheit zu haben bzw. teilweise bereits selbst Opfer von kriminellen Handlungen gewesen zu sein. Manche teilten während des Beratungsgesprächs auch mit, dass für sie keine Bekannten, NachbarInnen, Verwandten oder andere Personen zur Verfügung stünden, die sie begleiten könnten, weil sie alleinstehend wären und überhaupt wenig Kontakt zu anderen Menschen hätten.

1.2 Leben und Lebensqualität in Wien

Neben den Erfahrungen aus den Sicherheitsgesprächen liegen Daten der Studie „Leben und Lebensqualität in Wien“ (2003)² zu Opfererfahrungen von insgesamt 8.300 befragten WienerInnen vor. Dabei zeigte sich, dass der Anteil von Personen, die in einem Singlehaushalt wohnen und 50 Jahre oder älter sind, bei den Angaben, Opfer eines Eigentumsdeliktes geworden zu sein, etwas höher ist als bei allen Befragten Wiens. Darüber hinaus ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Kriminalitätsfurcht bzw. dem subjektiven Unsicherheitsgefühl und der Zufriedenheit mit sozialen Kontakten feststellbar. Zusam-

¹ Die Begriffe RayonspolizistIn, GrätzelpolizistIn und RevierinspektorIn werden synonym verwendet.

² IFES (2003). Leben und Lebensqualität in Wien.

menfassend zeigen die Ergebnisse, dass Personen ab 70 Jahren, insbesondere Frauen (bereits ab 60 Jahren), Personen ab 50 Jahren in Singlehaushalten und Personen, die mit ihren Sozialkontakten nicht zufrieden sind, im Vergleich zu allen Befragten häufiger Gefühle der Unsicherheit ansprechen. Dieselben Teilgruppen geben – im Vergleich zur Gesamtbevölkerung – in höherem Ausmaß an, dass sie den Schutz vor Kriminalität in der Stadt Wien als gering einschätzen und diesbezüglich auch eher Verschlechterungen wahrnehmen.

1.3 Delikte in Döbling und Oberdöbling 2004

Zu den tatsächlich *verübten strafbaren Delikten* im 19. Bezirk und im Grätzel Oberdöbling liegen Daten³ vor, die aufgrund der Tatzeit den jeweiligen Zeiträumen zugeordnet sind.

In den nachstehenden Tabellen werden folgende Begriffe und Abkürzungen verwendet:

- Raub: strafbare Handlungen nach §§ 142, 143 StGB
- Einbruchsdiebstahl: strafbare Handlungen nach § 129 StGB
- Sonstige Delikte: strafbare Handlungen nach Bestimmungen des StGB, die nicht unter Raub oder Einbruchsdiebstahl subsumierbar sind
- Straßenraub: Anknüpfungspunkt ist der Tatort; auch Handyraub und Handtaschenraub werden unter diesem Punkt subsumiert
- WohnungsED: Einbruchsdiebstahl in Wohnungen und bewohnte Häuser
- GeschäftsED: Einbruchsdiebstahl in Geschäftslokale, Büros und Trafiken
- Körperverletzung: strafbare Handlungen nach den §§ 83 bis 87 StGB
- Sachbeschädigung: strafbare Handlungen nach den §§ 125 und 126 StGB
- Diebstahl: strafbare Handlungen nach den §§ 127, 128 und 130 StGB ausgenommen Trickdiebstahl
- Trickdiebstahl: kriminologisch besondere Erscheinungsform des Diebstahls, die mit einer Täuschungshandlung des Täters bzw. der Täterin verbunden ist.

Tabelle 1: Verteilung einzelner Erscheinungsformen der Kriminalität in Döbling im Jahr 2004 unter der Berücksichtigung der quartalsmäßigen Entwicklung

	2004	I/04	II/04	III/04	IV/04
Raub	54	11	11	12	20
<i>davon Straßenraub</i>	40				
Einbruchsdiebstahl	1935	489	568	450	428

³ Die aktuellen Daten wurden vom Polizeikommissariat Döbling zur Verfügung gestellt.

<i>davon KFZ-ED</i>	948				
<i>davon WohnungsED</i>	493				
<i>davon GeschäftsED</i>	117				
Sonstige Delikte	3837	796	1100	1045	896
<i>davon Körperverletzung</i>	193				
<i>davon Sachbeschädigung</i>	765				
<i>davon Diebstahl</i>	1466				
<i>davon Trickdiebstahl</i>	70				
Summe	5826	1296	1679	1507	1344

Das Zielgebiet der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling wird von folgenden Straßen umgrenzt:

Döblinger Hauptstraße 30-44 – Guneschgasse 2-12 – Döblinger Gürtel 21-23 – Sommergasse 1-7. Im Grätzel befinden sich Pantzergasse 17-29 und 18-30.

Tabelle 2: Kriminalitätsbelastung durch Raub im Grätzel von Jänner bis September 2004

	1/04	2/04	3/04	4/04	5/04	6/04	7/04	8/04	9/04
Raub	-	-	-	-	-	1	-	-	-
<i>davon Straßenraub</i>						1			

Tabelle 3: Kriminalitätsbelastung durch Einbruch im Grätzel von Jänner bis September 2004

	1/04	2/04	3/04	4/04	5/04	6/04	7/04	8/04	9/04
Einbruchdiebstahl	4	2	5	2	3	4	3	4	2
<i>davon in KFZ</i>	-	1	-	2	2	2	1	2	-
<i>davon in Wohnungen</i>	4	-	5	-	1	1	2	1	2
<i>davon in Geschäfte</i>	-	1	-	-	-	-	-	1	-

2 Projektdefinition

2.1 Projektziele

Die in der Beschreibung der Ausgangslage dargestellten Wahrnehmungen der RayonspolizistInnen über das subjektive Unsicherheitsgefühl der TeilnehmerInnen der Sicherheitsgespräche und ihre artikulierten Probleme sowie die Anzeigenstatistik für das Grätzel, in dem die Sicherheitsgespräche stattgefunden haben, führten letztlich zu der Entscheidung, das Pilotprojekt Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling zu starten.

Für das vorliegende Projekt wurde auf Grund der Lageeinschätzung davon ausgegangen, **dass ein möglichst hohes Maß an Sicherheit für die Einzelne bzw. den Einzelnen nur über gemeinschaftliche, soziale Handlungsweisen erreicht werden kann** und die Effizienz der polizeilichen Tätigkeit im direkten kausalen Zusammenhang dazu steht. Die tatsächlichen Ursachen von Kriminalität bzw. Sicherheit im weiteren Sinn sind dabei freilich nicht beeinflussbar.

Die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling basiert auf einem kommunalen kriminalpräventiven Ansatz, der zum Ziel hat, über gemeinschaftliche Handlungsweisen ein möglichst hohes Maß an objektiver wie auch subjektiver Sicherheit für die Einzelne bzw. den Einzelnen zu erreichen.

Durch die **Förderung der sozialen Kontakte** in der Nachbarschaft sollte bei den TeilnehmerInnen eine **Verminderung von Kriminalitätsfurcht** erreicht werden.

Es wurde davon ausgegangen, dass die GrätzelbewohnerInnen durch gemeinsame Vorkehrungen (**gemeinschaftliches Handeln**) ihr Sicherheitsgefühl unmittelbar mitbeeinflussen können und dadurch auch zur Unterstützung und Entlastung der RevierinspektorInnen beitragen.

Im Idealfall könnte das aktive Mitgestalten der GrätzelbewohnerInnen, die selbst einen wesentlichen Beitrag für ihre eigene Sicherheit leisten – zu weniger Delikten und bearbeiteten Akten führen. Eine **Verringerung der Arbeitsbelastung** wie auch positive Rückmeldungen seitens der BewohnerInnen des Grätzels wären für die BeamtInnen mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Beitrag zur **Steigerung der Arbeitszufriedenheit**.

Dem Grundgedanken des Projekts „RayonspolizistIn“⁴ sollte durch das Projekt Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling ein zusätzlicher Impuls gegeben werden und die RayonspolizistInnen einem größeren Personenkreis im Grätzel bekannt werden.

Neben der Rolle der PolizistInnen als KommunikatorInnen, welche einen Beitrag leisten, Menschen im urbanen Bereich zusammenzuführen, sollten die beteiligten RevierinspektorenInnen die TeilnehmerInnen an der Sicherheitspartnerschaft auch in punkto Prävention beraten und durch **Aufzeigen von Gefahrenpotentialen und Tatgelegenheiten** zu einer Verringerung der objektiven Gefährdungen beitragen.

Mit der Beteiligung des Fonds Soziales Wien⁵ (Stabsstelle Dokumentation/**TEAM FOCUS**) an der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling sollte darüber hinaus gezeigt werden, dass durch die Vernetzung sozialer Institutionen mit der Exekutive gemeinsame Projekte zur Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität in Wien umgesetzt werden können. Durch eine abgestimmte Vorgehensweise der Projektpartner – Exekutive und FSW – wie auch der involvierten Projektbeteiligten aus dem Grätzel sollten **Ressourcen gebündelt und Synergieeffekte genutzt** werden, um das Ziel - ein höheres Maß an objektiver sowie subjektiver Sicherheit für die BewohnerInnen - zu erreichen.

2.2 Projektverantwortliche und KooperationspartnerInnen

Projektverantwortlicher der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling war **Major Johann Golob** vom Polizeikommissariat Döbling - Bereichsabteilung Sicherheitswache (BPD Wien); federführend bei der Durchführung des Projekts seitens der Exekutive waren die Revierinspektoren **Adolf Wagner** und **Werner Wieser**. Im Zuge der Projektvorbereitung ergab sich weiters eine Zusammenarbeit mit **TEAM FOCUS (DSA Bakk. Soz. Sonja Rameder, Mag.^a Marianne Kolar, Joe Beer)** und der Ansprechpartnerin für Evaluation und Forschung **Mag.^a Gabriele Drunecky**. Alle zuletzt genannten Personen sind in der Stabsstelle Dokumentation im Fonds Soziales Wien angesiedelt.

Die Aufgaben der ProjektpartnerInnen waren:

- Unterstützung der Sicherheitswache bei der Projektentwicklung und -organisation (Projektmanagement und Projektkoordination)

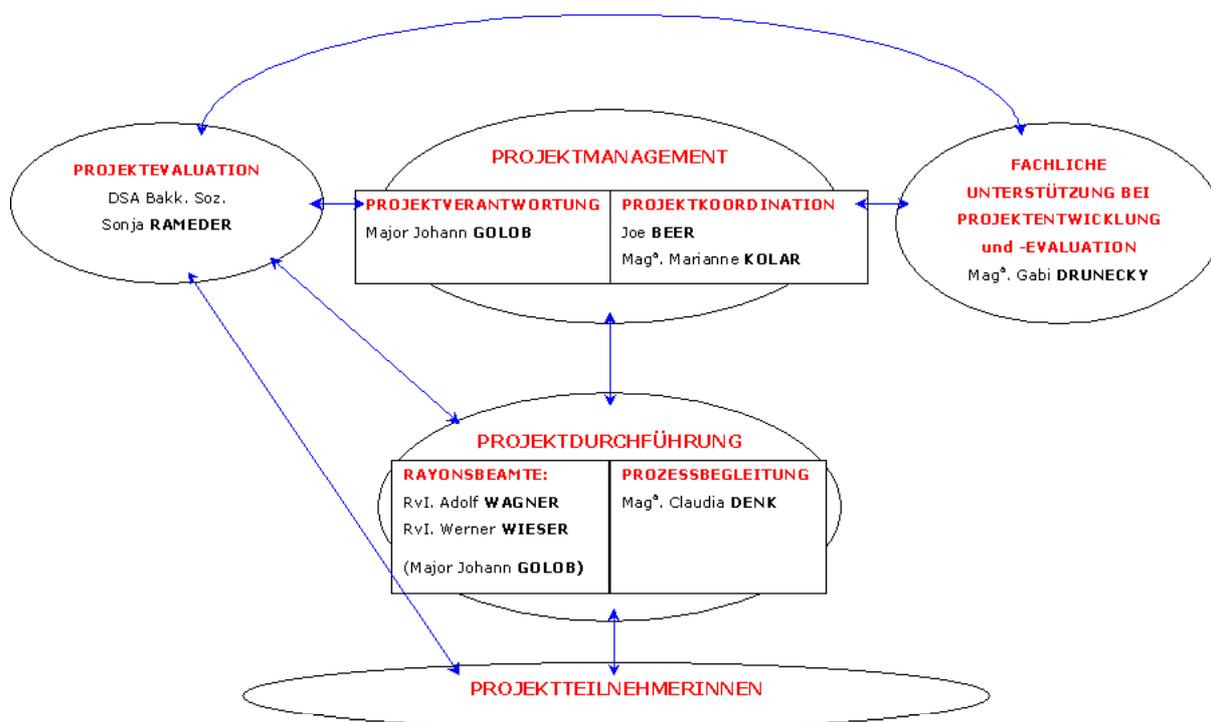
⁴ RayonspolizistInnen der Wiener Polizei sollen seit Juni 2003 für mehr Sicherheit der BürgerInnen sorgen und sind direkte Ansprechstelle für die Menschen vor Ort. Die uniformierten PolizistInnen sind dabei jeweils für einen Rayon – ein Grätzel – zuständig, in dem sie sich auch durch vermehrte Fußstreifen mit den Problemen der BewohnerInnen auseinandersetzen.
vgl. http://www.bmi.gv.at/oeffentlicherheit/2003/09_10/artikel_8.asp

⁵ Der Fonds Soziales Wien koordiniert die Umsetzung von Sozial- und Gesundheitsleistungen für die Wiener Bürgerinnen und Bürger. Ziel der Arbeit des FSW ist, dass sich die Menschen in Wien sicher und unterstützt fühlen - unabhängig von ihrem Alter oder ihrem sozialen und finanziellen Status. Nähere Informationen siehe <http://www.fsw.at>.

- Bereitstellung der Projektkraft **Mag.^a Claudia Denk** als Prozessbegleiterin zur Unterstützung der Durchführung des Projekts (Moderation und Begleitung der Kommunikations- und Interaktionsprozesse in den Kleingruppen, Ergebnissicherung)
- Projektdokumentation
- Durchführung der Evaluation

Grafisch dargestellt sah die Interaktion zwischen den Projektbeteiligten wie folgt aus:

Abbildung 1: Interaktion der Projektbeteiligten in der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling



Im Sinne einer gemeinsamen Nutzung von Ressourcen aber auch einer Vernetzung auf Bezirksebene sollten weitere Schnittstellen der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling mit relevanten Institutionen und Einrichtungen (Regionalforum 19, Bezirksvorstehung Döbling, Bürgerdienstaußenstelle für den 19. Bezirk, Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst etc.) abgeglichen und mögliche gemeinsame Vorgehensweisen vereinbart werden.

Diese Schnittstellen wurden für den Fall vorgesehen, dass sich in den Gruppen Probleme und Themen ergeben, welche mit polizeilichen Maßnahmen nicht behandelt werden können.

2.3 Zielgebiet

Das örtliche Gebiet in Oberdöbling, welches primäres Zielgebiet für die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling war, lässt sich wie folgt abgrenzen: Wohn- und Geschäftsbereich Döblinger Hauptstraße 30-44/Guneschgasse 2-12, Döblinger Gürtel 21-23/Sommergasse 1-7 sowie Pantzergasse 17-29 und 18-30.

Dieses Zielgebiet entspricht den zwei Stadtteilen (Rayonen) der am Projekt beteiligten Polizisten.

Die EinwohnerInnendichte in diesem Grätzel beträgt 200-299,9 EinwohnerInnen pro ha Gebietsfläche, d.h. es handelt sich um ein – im wienweiten Vergleich - dicht besiedeltes Gebiet.⁶

Die Bauten im Zielgebiet weisen ein Mischverhältnis zwischen Gemeindebauten (Prof. Jodl-Hof) und Altbau-Privathäusern auf; es gibt keine Neubauten. Kennzeichnend für das Zielgebiet ist weiters der hohe Anteil an Einpersonenhaushalten, dieser liegt zwischen 45 und 50 %.⁷

2.4 Zielgruppe

Generell sollte bei InteressentInnen für die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling nicht zwischen „jung und alt“ unterschieden werden, d.h. jede bzw. jeder konnte teilnehmen. Vornehmlich sollten jedoch ältere Menschen – insbesondere alleinstehende ältere Menschen - im Zielgebiet erreicht und zur Teilnahme motiviert werden.

2.5 Projektphasen und Projektzeitraum

Das Projekt Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling lässt sich in vier Phasen unterteilen:

a) Planungsphase

Die Grundidee zur Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling stammt von Hr. Major Golob und entstand noch während der Durchführung der Sicherheitsgespräche im Zeitraum von April bis Juni 2004 (siehe Kap. 1.1). Von Juli bis September 2004 wurde die Projektidee

⁶ vgl. <http://www.magwien.gv.at/stadtentwicklung/ma18/karten/images/ewdicht01.gif>

⁷ vgl. <http://www.magwien.gv.at/stadtentwicklung/ma18/karten/images/0601.gif>

gemeinsam mit **TEAM FOCUS** und der Stabsstelle Dokumentation konkretisiert und ein Projektkonzept erstellt⁸.

b) *Umsetzungsphase*

Von August bis September 2004 informierte die Exekutive interessierte BewohnerInnen im Grätzel und administrierte die einlangenden Anmeldungen.

Die Umsetzung in Form von Gruppentreffen fand in den Monaten Oktober 2004 bis Februar 2005 statt.

c) *Dokumentations- oder Berichtsphase*

In den Monaten März und April 2005 wurden die Evaluationsergebnisse ausgewertet und der vorliegende Projekt- und Evaluationsbericht erstellt.

d) *Weiterführungsphase*

Nach Abschluss der Umsetzungs- und Berichtsphase stehen die Rayonspolizisten weiterhin in Kontakt mit den ProjektteilnehmerInnen. Der Informationsaustausch und die gemeinsame Arbeit sollen weitergeführt werden.

3 Dokumentation der Projektschritte

3.1 Zusammenstellung der Gruppen

Die Bekanntmachung des Projekts im Zielgebiet und die Zusammenstellung der Gruppen interessierter GrätzelbewohnerInnen erfolgten durch die Sicherheitswache Döbling.

Auf die Möglichkeit, am Projekt teilzunehmen, wurde mittels Flugzettel, die von Zivildienern verteilt wurden, Plakate an den „schwarzen Tafeln“ in den Wohnhäusern und über Printmedien hingewiesen. Zusätzlich führten die beiden Revierinspektoren Gespräche mit den im Grätzel ansässigen Geschäftsleuten über das Projekt der Sicherheitspartnerschaft und sprachen bei Rundgängen PassantInnen an. Interessierte Menschen konnten sich unter Angabe ihres Namens, ihrer Adresse und ihrer Erreichbarkeit (Telefonnummer) bei der zuständigen Polizeidienststelle melden. Die Rayonspolizisten standen für zusätzliche Fragen zur Verfügung, erläuterten die weitere Vorgangsweise und kündigten eine Kontaktaufnahme vor dem ersten gemeinsamen Treffen an. Soweit es die Situation am Tele-

⁸ Projektstrukturplan siehe Anhang

fon erlaubte, wurden bereits bei der ersten Kontaktaufnahme zusätzliche Informationen dokumentiert, wie etwa das Alter der anrufenden Person oder Angaben zu Mobilitätseinschränkungen.

Alle Interessierten, die am Projekt Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling teilnehmen wollten, wurden von den zuständigen Rayonspolizisten aufgrund der vorliegenden Informationen einer Kleingruppe zugewiesen. Das Kriterium für die Gruppeneinteilung war der Wohnbereich (gleicher Straßenzug, Gemeindebau), wobei ein Mischverhältnis zwischen jüngeren und älteren BewohnerInnen angestrebt wurde.

Insgesamt meldeten sich 30 Personen, 14 Frauen und 16 Männer, die in 5 Kleingruppen zu je 5-7 Personen aufgeteilt wurden.

Eine Ausnahme, sowohl in der Zusammensetzung als auch in der weiteren Betreuungsförm, bildete jene Gruppe, die sich ausschließlich aus Geschäftsleuten des Grätzels zusammensetzte. Diese Personen wurden – anders als die vier weiteren Gruppen - in Form von monatlich stattfindenden Einzelbesuchen der Grätzelpolizisten über das Projekt und die Ergebnisse am laufenden gehalten, da es aufgrund der knappen Zeitressourcen der Geschäftsleute nicht möglich war, einen für alle passenden Termin zu vereinbaren.

Bei den Treffen der anderen vier Gruppen waren regelmäßig die beiden Revierinspektoren sowie die Prozessbegleiterin und die Evaluatorin anwesend; bei ca. 2/3 der Gruppentreffen weiters Major Golob als Projektverantwortlicher.

3.2 Beschreibung der TeilnehmerInnen

Die nachfolgende Beschreibung basiert auf der Auswertung von 21 von TeilnehmerInnen ausgefüllten und retournierten Fragebögen (siehe Anhang Kap. 10.3). 57 % der Fragebögen wurden von Frauen und 43 % von Männern retourniert.

Teilgenommen haben an der Sicherheitspartnerschaft Personen im Alter von 39 bis 83 Jahren; das Durchschnittsalter lag bei 58 Jahren. Alle besaßen die österreichische Staatsbürgerschaft; mehr als die Hälfte (57 %) wohnte schon länger als 20 Jahre im 19. Bezirk.

Der Großteil der TeilnehmerInnen (43 %) lebte in einer Ehe oder Partnerschaft, 33 % gaben an, geschieden oder in Scheidung lebend zu sein. 14 % waren verwitwet, 10 % ledig.

Abbildung 2: Wohnhaft im 19. Bezirk (n = 21)

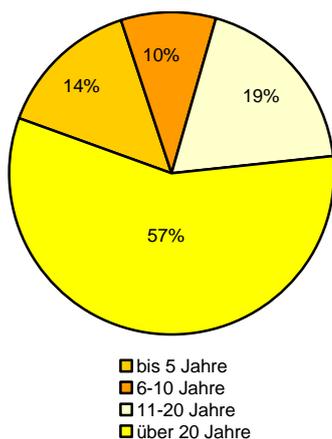
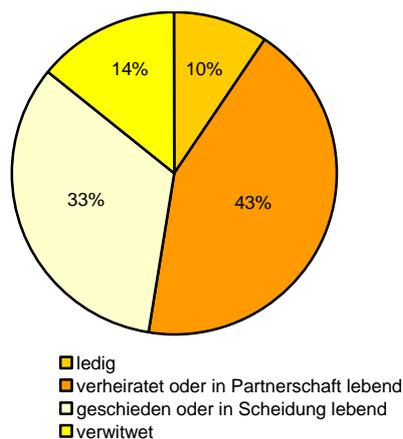


Abbildung 3: Lebenssituation (n = 21)



Die Mehrheit, nämlich 52 % der Befragten, war bereits pensioniert. Die zweitstärkste Gruppe bestand aus Berufstätigen mit 29 %, gefolgt von Arbeitslosen mit 9 % und Hausfrauen bzw. Hausmännern mit 5 %.

Abbildung 4: Beruflicher Status (n = 21)

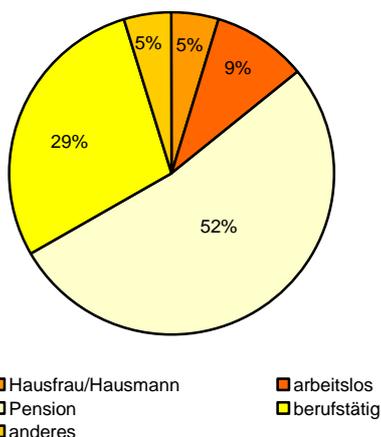
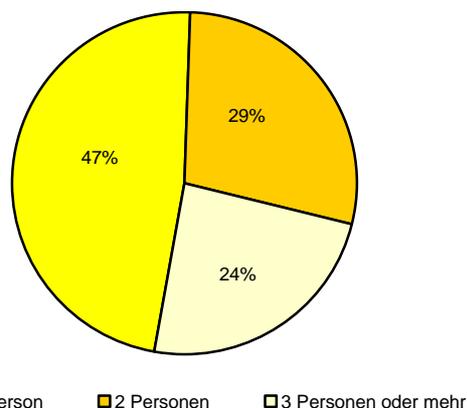


Abbildung 5: Anzahl Personen im Haushalt (n = 21)



Die meisten TeilnehmerInnen (47 %) lebten alleine im Haushalt. 29 % gaben an, dass die Haushaltsgröße, sich selbst eingerechnet, zwei Personen umfasst. Alltägliche Wege und Besorgungen wie z. B. Einkäufe oder Bankbesuche erledigte eine deutliche Mehrheit (95 %) mehrmals die Woche alleine.

Zusammenfassend lässt sich die Mehrheit der TeilnehmerInnen wie folgt charakterisieren:

- langjährig im Bezirk wohnend,
- allein stehend bzw. alleine lebend
- nicht (mehr) berufstätig.

3.3 Ablauf der Arbeit in den Gruppen

Die Organisation aller Treffen (telefonische Einladung der TeilnehmerInnen, Organisation der Räume und notwendiger Unterlagen, Information der ProjektpartnerInnen, Vorbereitung und Gestaltung der Inhalte, usw.) übernahmen die involvierten Rayonspolizisten und die externe Prozessbegleiterin. Die Dokumentation der Treffen, sowie die Auswahl geeigneter Moderationsmethoden lag in der Verantwortung der Prozessbegleiterin.

Insgesamt fanden 5 Treffen pro Gruppe im Zeitraum von Oktober 2004 bis Februar 2005, sowie eine gemeinsame Weihnachtsfeier Mitte Dezember statt. Die Treffen wurden für jede Gruppe einmal pro Monat entweder in zwei zentral im Grätzel gelegenen Gastronomiebetrieben - der Pizzeria „Monte Christo“ oder im Gasthaus „Zum Furtner“ - immer nachmittags ab 14 oder 15 Uhr (je nach Wunsch der TeilnehmerInnen) abgehalten und waren meist für ungefähr zwei Stunden angesetzt, im Bedarfsfall wurde die Dauer auch verlängert.

3.3.1 Erstes Treffen

3.3.1.1 Ziele und Inhalte

Das allgemeine Ziel des ersten Treffens war in allen Gruppen das gegenseitige Kennenlernen und das Schaffen einer gemeinsamen Vertrauensbasis.

Neben der Darstellung der persönlichen Lebenssituation der TeilnehmerInnen und ihrer Motivation zur Teilnahme an der Sicherheitspartnerschaft waren die Beweggründe der Sicherheitswache, dieses Projekt ins Leben zu rufen, die Projektziele und weitere geplante Schritte sowie die Rolle aller Beteiligten Gegenstand dieses Treffens.

Im ersten inhaltlichen Arbeitsschritt ging es schließlich um das Sammeln der im Grätzel wahrgenommenen Sicherheits- und Kriminalitätsprobleme. Dabei wurden jene Themen für die nächsten Treffen festgelegt, die konkret bearbeitet werden sollten.

Besonders hervorgehoben wurde die Vorreiterrolle der TeilnehmerInnen bei diesem Pilotprojekt und der Umstand, dass die Ziele nur mit Unterstützung und Hilfe der GrätzelbewohnerInnen erreicht werden können.

Ein wesentlicher Hinweis für die TeilnehmerInnen war außerdem, dass die Rayonspolizisten jederzeit für ihre Anliegen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

3.3.1.2 Ablauf

Beim Eintreffen wurden alle TeilnehmerInnen vom Projektteam persönlich begrüßt und von der Prozessbegleiterin aufgefordert, auf einem vorbereiteten großen Bezirksplan, eine Stecknadel an den eigenen Wohnort zu platzieren, sodass sich alle einen Überblick über die Wohnlage der jeweils anderen TeilnehmerInnen verschaffen konnten. Auch das Polizeikommissariat Hohe Warte wurde mittels Stecknadel verdeutlicht. Bei dieser Aufgabe kam es in fast allen Gruppen zu einem ersten „Aha-Erlebnis“: *„Wir leben alle so nah beieinander und kennen uns nicht einmal vom Sehen.“*

Danach erfolgte eine kurze Vorstellung aller Anwesenden durch Revierinspektor Wagner sowie die Vorstellung des Projekts durch Major Golob.

Mittels „Abfrage auf Zuruf“ wurden anschließend die Wünsche und Erwartungen der TeilnehmerInnen an die Sicherheitspartnerschaft, sowie virulente Sicherheits- und Kriminalitätsprobleme durch die Moderatorin erhoben und auf Flipchart festgehalten.

Hier zeigten sich erstmals die Unterschiede in der persönlichen Betroffenheit, der Motivation zur Teilnahme und im Problemverständnis sowie im Kommunikationsstil und der Konfliktlösungsfähigkeit der einzelnen TeilnehmerInnen. Während bei einigen Themen von Beginn an Konsens herrschte, wurden andere Inhalte sehr kontroversiell und emotional diskutiert. Die Bandbreite der Äußerungen verlief von sachlichen, konstruktiven, optimistisch gefärbten Beiträgen bis hin zu emotional heftigen und diskriminierenden Bemerkungen. Einige TeilnehmerInnen neigten darüber hinaus dazu, bestimmte Personengruppen zu stigmatisieren und global zu verurteilen. So wurde z.B. immer wieder ein genereller Zusammenhang von Kriminalität und AusländerInnen angeführt.

Insofern kam der Prozessbegleitung die wichtige Aufgabe zu, unterschiedliche Meinungen und Einstellungen herauszuarbeiten, die Gruppenprozesse durch Moderation zu steuern und dabei auf eine angemessene Kommunikations- und Diskussionskultur zu achten.

Im Anschluss an die Erhebung der Sicherheitsthemen ging es um die Frage, welches Wissen den TeilnehmerInnen noch fehlte, um sich im Alltag sicherer zu fühlen und vor Kriminalität besser schützen zu können. Während des Treffens waren Folder und Broschüren zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention auf einem Tisch zur freien Entnahme aufgelegt.

3.3.1.3 Erlebte Sicherheits- und Kriminalitätsprobleme

Die in den ersten Gruppentreffen eingebrachten Sicherheits- und Kriminalitätsprobleme umfassten die nachfolgend angeführten Themenbereiche.

Tabelle 4: Übersicht der wahrgenommenen Sicherheits- und Kriminalitätsprobleme in den moderierten Gruppen

Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4
Hunde	Hunde	Hunde	Hunde
Straßenverkehr	Straßenverkehr	Straßenverkehr	Straßenverkehr
Sicherheitstipps	Sicherheitstipps	Sicherheitstipps	Sicherheitstipps
		Parkraumbewirtschaftung	Parkraumbewirtschaftung
Einbruch	Einbruch		Einbruch
Diebstahl	Diebstahl		
Drogen		Drogen	Drogen
		Zusammenleben im Gemein- debau	
			Kriminalpräventive Maß- nahmen

Die Verunreinigung der Gehsteige, Straßen und Grünflächen durch Hunde wurde in allen Gruppen als gravierendes Ärgernis beschrieben. Ein Teilnehmer, der selbst Hundebesitzer war, bemängelte die fehlenden Möglichkeiten zur Entsorgung des Hundekots auf den Straßen. Zusätzlich drückten einige TeilnehmerInnen Unsicherheiten und Ängste bei Begegnungen mit herumlaufenden Hunden ohne Beißkorb und Leine aus. In allen Gruppen wurden Fragen an die Polizei zur Gesetzeslage bezüglich der angesprochenen Inhalte gestellt.

Ein weiteres Thema, das alle Gruppen beschäftigte, betraf Probleme des Straßenverkehrs. Dabei standen „rücksichtslose“ AutofahrerInnen im Vordergrund, die sich etwa nicht an Geschwindigkeitsbegrenzungen in Wohnstraßen (z.B. Pantzergasse) halten oder bei Zebrastreifen nicht anhalten, um FußgängerInnen die Straße überqueren zu lassen. Als weitere Irritationen wurden Verparkungen von Gehsteigen sowie Lärmbelästigung durch parkende Autos bzw. Lieferfahrzeuge genannt. Darüber hinaus wurden auch die Gefährlichkeit bestimmter Kreuzungen und Straßenbahnhaltestellen im Grätzel sowie Radfahren am Gehsteig thematisiert.

In zwei der Gruppen wurde außerdem Kritik an der Parkraumbewirtschaftung im Bezirk geäußert. Dabei teilten motorisierte TeilnehmerInnen ihre Unzufriedenheit mit der Park-

platzsituation im Grätzel mit, und nannten gleichzeitig bestimmte Personengruppen (StudentInnen der WU, PendlerInnen, Firmen) als Problemverursacher der Parkplatznot.

Unter die Kategorie „*Einbruch*“ fielen vor allem Berichte über persönliche Erfahrungen mit und Maßnahmen gegen Einbruchsdiebstahl in Wohnhäusern. Als sehr problematisch wurden in diesem Zusammenhang Gegensprechanlagen sowie Zentralschlüssel für Hauseingänge angeführt. Diese ermöglichen zwar den notwendigen Zutritt für Einsatzkräfte, Post- oder Zeitungszusteller, können aber auch das Eindringen „*hausfremder Personen*“ erleichtern.

Die Liste der eigenen Erfahrungen mit bzw. Ängsten vor Kriminalität umfasste schließlich auch das Delikt des Diebstahls. Erwähnt wurden Taschendiebstähle in öffentlichen Verkehrsmitteln und in Geschäften während des Einkaufs, sowie Trick- und Autodiebstähle im Grätzel. Adäquates Verhalten im Anlassfall und Präventivmaßnahmen wurden von der Polizei erläutert.

Eine weitere mitgeteilte Unsicherheitserfahrung bezog sich auf unerwünschte Begegnungen mit „*Drogenabhängigen*“, die in U-Bahnstationen „*herumhängen*“ oder auf die Beobachtung von „*Drogengeschäften*“ im öffentlichen Raum.

In einer Gruppe stellte sich auch die Lebenssituation im Gemeindebau als virulentes Problemfeld heraus. Thematisiert wurde zum einen die Rücksichtslosigkeit der MitbewohnerInnen, die sich nach Meinung der BeschwerdeführerInnen in den Bereichen Lärmbelästigung, Schmutz, Vandalismus und Geruchsbelästigung ausdrückt. Zum anderen berichteten manche TeilnehmerInnen von Schwierigkeiten im Umgang mit Menschen aus anderen Herkunftsländern und äußerten ihre Unzufriedenheit mit Wiener Wohnen (siehe auch Kap. 7.1.2).

Eine andere Gruppe überlegte schon im ersten Treffen, kommunale kriminalpräventive Maßnahmen im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft umzusetzen. Die Vorschläge der TeilnehmerInnen reichten von Informationsveranstaltungen zum Thema „Sicherheit im Grätzel“, über die Idee, selbst als „MultiplikatorInnen“ tätig zu werden, um die Reichweite des Projekts zu vergrößern, bis hin zur Organisation von Workshops für ältere Menschen zum Thema „richtiges Verhalten bei Einbruch und Raub“.

Letztlich bestand in allen Gruppen Interesse an Sicherheitstipps und Informationen zu Präventionsmöglichkeiten.

3.3.2 Folgetreffen (2.-4. Treffen)

3.3.2.1 Ziele und Inhalte

Alle weiteren Treffen orientierten sich stark an den Bedürfnissen und Wünschen der einzelnen Gruppen und sollten Raum für das Ansprechen von beunruhigenden Sachverhalten und Konflikten im Grätzel, wie auch für Lebensereignisse, die eine Teilnehmerin oder einen Teilnehmer gerade bewegten, bieten. Der Fokus lag dabei auf der Steuerung der sozialen Prozesse in der jeweiligen Gruppe. Die TeilnehmerInnen wurden dabei unterstützt, ihre Probleme genau zu definieren und gemeinsam Bewältigungsstrategien zu erarbeiten und umzusetzen.

Vorrangiges Ziel war es, einen partnerschaftlichen Dialog zwischen Polizei und BürgerInnen zu ermöglichen. GrätzelbewohnerInnen und Exekutive sollten sich folglich als PartnerInnen im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft verstehen, nicht als Hilfsbedürftige auf der einen und HelferInnen auf der anderen Seite.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Projekts - tatgelegenheitsorientierte Prävention - wurde in Form von bedarfsorientierten Sicherheitsberatungen durch die Polizei umgesetzt. Darüber hinaus wurde allen Gruppen angeboten, gemeinsam den Kriminalpolizeilichen Beratungsdienst aufzusuchen. Diese Möglichkeit nahmen drei Gruppen in Anspruch.

3.3.2.2 Ablauf

Alle Treffen verliefen im Wesentlichen nach folgendem Schema: Zuerst erfolgte stets eine „Blitzlichtrunde“, welche die Erlebnisse der TeilnehmerInnen und die Ereignisse seit dem letzten Treffen zum Inhalt hatte. Manche TeilnehmerInnen sahen hier auch die Gelegenheit persönliche Wünsche bis hin zu vertraulichen Informationen an die Polizei weiterzugeben.

Danach wurden die Gruppen über die Geschehnisse in den anderen Gruppen, sowie über aktuelle, auf die Sicherheitspartnerschaft bezogene Entwicklungen im Grätzel informiert.

Im Mittelpunkt der Treffen stand dann jeweils die Bearbeitung eines kommunalen Sicherheitsthemas, welches die einzelnen Gruppen mit Unterstützung der Polizei und unter Anleitung der Moderatorin im 2. Treffen ausgewählt hatten. Nach einer gemeinsamen Problemdefinition und -analyse setzten sich die ProjektteilnehmerInnen mit möglichen Lösungsansätzen auseinander.

Die gemeinsame Bearbeitung kommunaler Sicherheitsthemen gestaltete sich nicht immer problemlos. So waren einige Treffen von der Tendenz mancher TeilnehmerInnen, diese zu Beschwerdestunden umzufunktionieren, geprägt. Durch eine aktive Moderation mit dem Fokus auf das Voranschreiten des Arbeitsprozesses konnte dem aber zumeist erfolgreich entgegengesteuert werden.

Schwierigkeiten ergaben sich auch bei einer sehr geringen TeilnehmerInnenanzahl oder wenn, wie es in einer der Gruppen der Fall war, das Interesse an Sicherheitsthemen nicht sehr groß war, sondern andere Bedürfnisse (z.B. soziale Kontakte, persönliche Ansprache und individuelle Betreuung durch die Revierinspektoren) im Vordergrund standen. Auch gelang es nicht immer, alle Gruppenmitglieder in gleichem Maße aktiv in die Arbeit mit einzubeziehen oder sozial-integrative Lösungen zu finden. So distanzierte sich zum Beispiel in einer Gruppe ein Teilnehmer bis zuletzt vom Ergebnis „seiner“ Gruppe.

Im Zuge des Projekts wurden die „Gebietsbetreuung Döbling“ und das „Sozialmedizinische Nachbarschaftshilfzentrum Döbling – Krim“ zuerst von der Prozessbegleiterin, zu einem späteren Zeitpunkt auch vom zuständigen Grätzelpolizisten kontaktiert und über das Projekt informiert (siehe auch Kap. 7.4.6).

Bei einem Treffen mit Revierinspektor Wagner wurde auch der Bezirksvorsteher des 19. Bezirks, Herr Adolf Tiller, ausführlich über das Projekt informiert.

3.3.2.3 Bearbeitung kommunaler Sicherheitsthemen

a) Problemstellung „Hunde“

Eine der Arbeitsgruppen widmete sich dem Thema „Hunde“. Nach ausführlicher Information über die derzeit geltende Gesetzeslage bezüglich Hundehaltung in Wien durch die Prozessbegleiterin und über Sanktionsmöglichkeiten durch die Polizei, wurde das Thema mittels Problemanalyseschema in der Gruppe bearbeitet und auf Flipchart visualisiert (siehe Abbildung 6).

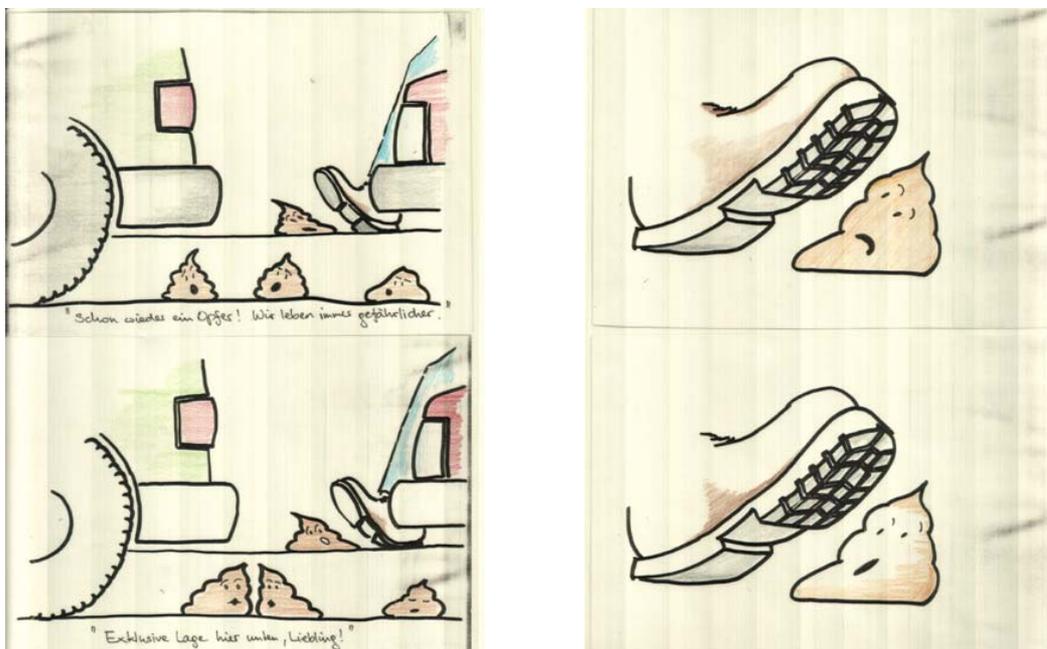
In weiterer Folge wurde der Schwerpunkt auf mögliche gemeinsame Handlungsweisen gelegt, welche auch das Problembewusstsein in der Bevölkerung schärfen sollten. Ansatzpunkte für mögliche Interventionen sahen die TeilnehmerInnen in der gezielten Information der GrätzlbewohnerInnen bezüglich der Gesetzeslage sowie in der Bereitstellung entsprechender Infrastruktur für die Hundekotentsorgung (wie z.B. Hundekotcontainer und „Hundesets“).

Abbildung 6: Problemanalyseschema „Hunde“

Hunde			
Wie äußert sich das Problem?	Was könnten die Ursachen sein?	Was könnte getan werden?	Wer könnte etwas tun?
Hundekot	Zeitmangel Bequemlichkeit	Hundekotcontainer Hundesackerl Gespräch	Gruppe + Polizei
Hundehaltung - Leine - Beißkorb	kein Problembew. HundebesitzerInnen schweigendes Tolerieren d. StadtbewohnerInnen	höhere Strafen Polizei rufen Hundeführerschein Fortbildung Problem hunde	
	Informations mangel Anonymität	Info über Medien Infoweitergabe Infoblatt Gewinnspiel	

Im Verlauf des Projekts verfasste diese Gruppe ein Informationsblatt für HundebesitzerInnen mit Informationen über die Rechtslage und Möglichkeiten der Entsorgung von Hundekot. Im Zuge der Erstellung und Gestaltung des Informationsblattes entstanden außerdem einige Cartoons, die das „Hundehäufchen in der Stadt“ thematisierten.

Abbildung 7: Hundecartoons



Zusätzlich wurde über die Polizei ein Antrag an den Bezirk zur Aufstellung von zwei „Hundekotcontainern“ auf der Döblinger Hauptstraße gestellt.

b) Verkehrssicherheit

Eine weitere Gruppe nahm sich der Verkehrssicherheit an. Ebenfalls mittels Problemanalyseschema wurden kritische Punkte erörtert und nach gemeinsamen Lösungsmöglichkeiten gesucht.

Diese Gruppe erarbeitete mit den beiden Grätzelpolizisten ein neues Verkehrskonzept für die Gegend um die Wohnstraße Pantzergasse (siehe Kap. 10.4). Das Konzept zur Verkehrsberuhigung wurde in weiterer Folge dem zuständigen – extra eingeladenen – Verkehrsinspektor vorgestellt und mit ihm diskutiert. Auch in diesem Fall stellte die Polizei im Namen der Sicherheitspartnerschaft einen Antrag zur Umsetzung des Vorschlags an den Bezirk.

c) Nachbarschaftshilfe

Bei der dritten Gruppe kristallisierte sich nicht sofort ein Thema heraus⁹. Im späteren Verlauf wurde jedoch versucht, sich der Nachbarschaftshilfe und deren Umsetzungsmöglichkeiten im Rahmen des Projekts Sicherheitspartnerschaft anzunehmen. Durch die längere Anlaufzeit kam diese Gruppe über die Diskussionsphase und den - von der Polizei mitinitiierten - Versuch eines Teilnehmers, einer anderen Teilnehmerin beim Einkauf behilflich zu sein, nicht hinaus (siehe auch Kap. 7.4.4.).

Die Beschäftigung mit dem Thema der nachbarschaftlichen Hilfe führte über den Hinweis einer Teilnehmerin und auf Initiative der Prozessbegleiterin schließlich zur Vernetzung der Exekutive mit dem „Sozialmedizinischen Nachbarschaftshilfezentrum Döbling – Krim“.

d) Sicherheitsfest

Die letzte Gruppe machte es sich zur Aufgabe, ein Sicherheitsfest im Grätzel zu planen und durchzuführen. Während der Treffen wurden die Rahmenbedingungen (Termin, Ort, teilnehmende Institutionen, etc.) und das Programm des Sicherheitsfestes festgelegt sowie die organisatorischen Aufgaben bestimmt und unter den TeilnehmerInnen aufgeteilt.

⁹ Ein Treffen war durch den Besuch von „Puls TV“ MitarbeiterInnen geprägt, welche einen ca. fünfminütigen Fernsehbeitrag über das Projekt Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling drehten, der am Freitag, den 19.11.2004 in der Reihe „Grätzelreport“ ausgestrahlt wurde.

Im Zuge der Festplanung entstand außerdem ein Logo für die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling (siehe Kap. 10.4).

Die TeilnehmerInnen bemerkten relativ bald, dass die Anzahl der geplanten Treffen nicht ausreichen würde, um das Fest zu organisieren. Unter Einbeziehung interessierter Personen aus anderen Gruppen wurde eine Planungsgruppe ins Leben gerufen, die sich der Festvorbereitung widmete. Daran beteiligten sich sieben Personen; drei TeilnehmerInnen stammten aus anderen Gruppen. Die Planungsgruppe wurde bei den ersten beiden Treffen von der Prozessbegleiterin unterstützt, die weiteren Zusammenkünfte fanden selbst organisiert im Beisein der Exekutive statt.

3.3.3 Abschlusstreffen (5.Treffen)

3.3.3.1 Ziele und Inhalte

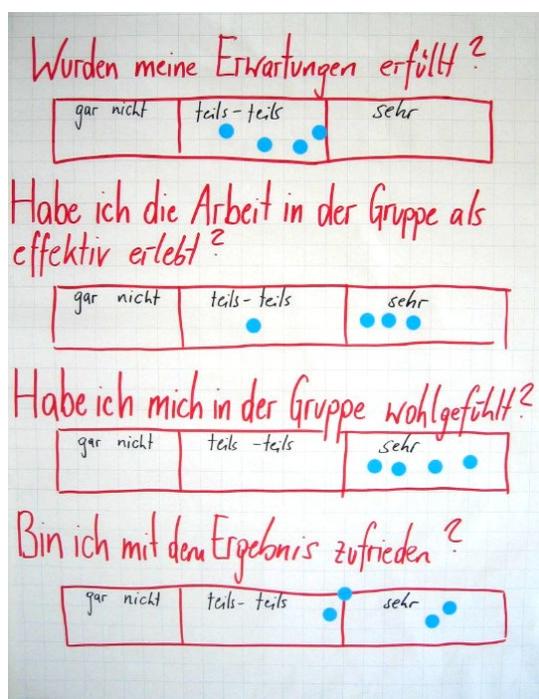
Das letzte Treffen hatte den Abschluss der begleiteten und moderierten Projektphase zum Inhalt. Wichtig war die Vermittlung der Botschaft, dass das Projekt Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling mit diesem Treffen nicht zu Ende ist, sondern in einer anderen Form weiter bestehen wird.

Im Zentrum der letzten Treffen standen eine gemeinsame Reflexion des Projektverlaufs sowie die Zusammenfassung der Wünsche, Ideen und Vorstellungen bezüglich der Fortsetzung und weiteren Umsetzung der Sicherheitspartnerschaft.

3.3.3.2 Ablauf und Ergebnisse

Nach einem Rückblick auf die Themen des ersten Treffens und den bisherigen Verlauf des Projekts durch die Prozessbegleitung folgte eine Feedbackrunde am Flipchart.

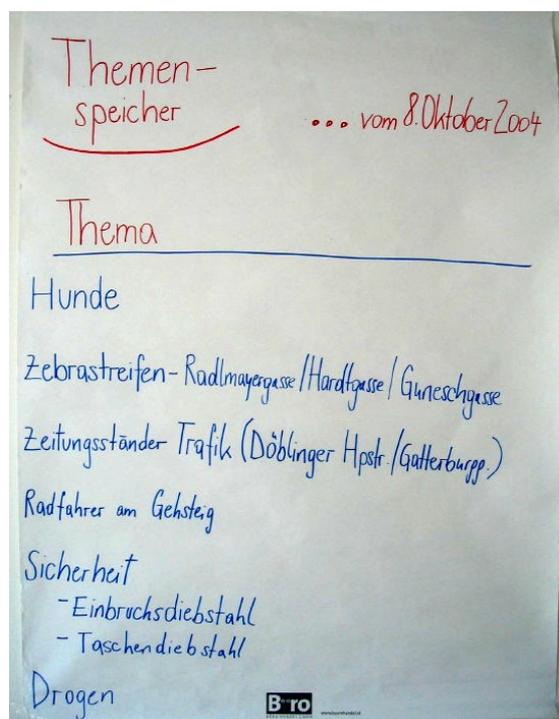
Abbildung 8:
Flipchart „Feedbackrunde“



Gemeinsam wurde noch einmal rekapituliert, welche Ergebnisse mit der Polizei erarbeitet werden konnten und welche Vereinbarungen getroffen wurden:

- Sicherheitsstammtisch: Die bisherigen Gruppentreffen sollen in Form von - alle vier bis sechs Wochen stattfindenden - Sicherheitsstammtischen weitergeführt werden, die für alle Gruppen sowie für weitere Interessierte offen sind. Die Einladung dazu wird schriftlich bzw. telefonisch durch die beiden Grätzelpolizisten erfolgen. Der erste Stammtisch ist für Anfang April geplant.
- Problemstellung „Hunde“: Ansatzpunkte für Interventionen wurden erarbeitet und die Bezirkspolitik um Unterstützung gebeten. Geplant ist, dass zeitgleich mit der Aufstellung der „Hundekotcontainer“ in der Döblinger Hauptstraße interessierte ProjektteilnehmerInnen gemeinsam mit den Grätzelpolizisten die „Hundeinformationsblätter“ in Form von Plakaten in den Geschäften der Döblinger Hauptstraße und den Wohnhäusern der TeilnehmerInnen aushängen sowie in Form von Flugblättern an PassantInnen verteilen. Parallel dazu wird die Polizei die MA 48 ersuchen, Gehsteige und Grünstreifen entlang der Döblinger Hauptstraße zu reinigen.
- Verkehrssicherheit: Ein Konzept zur Verkehrsberuhigung für die Wohnstraße Pantzergasse wurde erarbeitet und ein Antrag zur Umsetzung im Bezirk gestellt. Die Revierinspektoren werden die TeilnehmerInnen weiterhin über den Stand der Dinge am Laufenden halten.
- Sicherheitsfest: Das Sicherheitsfest soll am 20. Mai ab 14 Uhr in der Pantzergasse stattfinden. Die Planungsgruppe wird sich bis dahin weiterhin regelmäßig treffen.

Abbildung 9: Flipchart „Themenspeicher“



Anschließend wurde festgehalten, welche Fragen offen geblieben sind, und wie die künftige Fortführung der Sicherheitspartnerschaft aussehen könnte.

3.4 Begleitende Reflexionsrunden

Da es sich bei dem Projekt Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling um ein Pilotprojekt handelte und keine Erfahrungen bei der Durchführung eines solchen Projekts vorlagen, war es allen Beteiligten ein Anliegen, ihre Wahrnehmungen und Erfahrungen im Rahmen regelmäßiger Treffen zu reflektieren. An den Reflexionsrunden teilgenommen haben sowohl die Projektdurchführenden, als auch die ProjektkoordinatorInnen und die Evaluatorin.

In der Planungsphase waren die Reflexionsrunden ein Instrument der Projektentwicklung und Konzepterstellung sowie der Planung und Koordination des Ablaufs der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling.

In der Umsetzungsphase hingegen standen Qualitätssicherung und die Projektentwicklung im Mittelpunkt – hier waren die Reflexionsrunden ein Feedback-Instrument zur Gestaltung und Verbesserung der Sicherheitspartnerschaft. Neben Nachbesprechungen der Gruppentreffen standen Rückmeldungen seitens der Evaluatorin zu wahrgenommenen förderlichen und hinderlichen Faktoren der Gruppenprozesse im Mittelpunkt der Treffen (siehe Kap. 7.4).

Gegen Ende des Projekts stand dessen Weiterführung - nach Ablauf der durch den FSW begleiteten Umsetzungsphase - zur Diskussion.

Nach Abwägen der Ressourcen und der zumutbaren Arbeitsbelastung für die Rayonsinspektoren, wurde von diesen beschlossen, das Projekt in Form eines Sicherheitsstammtisches fortzuführen, zu dem in etwa zweimonatigem Rhythmus die TeilnehmerInnen der Kleingruppen, sowie andere interessierte Personen aus dem Grätzl eingeladen werden sollen.

Von der Prozessbegleiterin wurden dazu Erfahrungen bei der Moderation der Gruppen weitergeben und in Form eines kurzen „Moderationsleitfadens“ (siehe Anhang Kap. 10.2) auch in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt.

4 Ressourcen und Arbeitsaufwand

Für die Entwicklung und Durchführung des Pilotprojekts Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling wurden von den Projektpartnern - Sicherheitswache Döbling und Fonds Soziales Wien - Ressourcen zur Verfügung gestellt, welche nicht nur dem konkreten Projekt, sondern auch Folgeprojekten zu Gute kommen sollen. Der hier angeführte Stundenaufwand umfasst daher nicht nur die Umsetzungsphase, sondern auch die Planungsphase (Projektentwicklung) sowie die Durchführung der wissenschaftlichen Begleitforschung und Projektdokumentation.

Der Arbeitszeitaufwand für die beiden Revierinspektoren, Adolf Wagner und Werner Wieser, betrug in den 5 Monaten der Umsetzungsphase jeweils etwa 175 Stunden, d.h. ca. 35 Stunden pro Monat, was in etwa 1/5 ihrer Arbeitszeit entsprach.

In der Regel sind für die Arbeit der Rayonsinspektoren in ihrem jeweiligen Grätzel allerdings nur ca. 11 Stunden im Monat (pro Tagdienst ca. 1 Stunde) vorgesehen. Für Major Johann Golob betrug der Zeitaufwand insgesamt etwa 100 Stunden. Durch das Dienstsystem der Offiziere war die nötige Flexibilität gegeben. Die normale Dienstvernehmung wurde dadurch nicht beeinträchtigt. Vier Zivildienstler verteilten im September 2004 im Ausmaß von ca. 30 Stunden Flugzetteln im Stadtteil, um die Sicherheitspartnerschaft bekannt zu machen.

Die vom Fonds Soziales Wien finanzierte Projektkraft zur Prozessbegleitung und Ergebnissicherung, Mag.^a Claudia Denk, stand in den fünf Monaten der Umsetzungsphase im Schnitt 15 Wochenstunden (insgesamt also ca. 315 Stunden) zur Verfügung.

Der individuelle Zeitaufwand der MitarbeiterInnen des Projektmanagements, der sich nicht auf die 5 Monate der Umsetzungsphase begrenzen lässt, wurde von Joe Beer mit ca. 90 Stunden und von Mag.^a Marianne Kolar mit ca. 120 Stunden (inkl. der Mitarbeit am Projektbericht) angegeben. Mag.^a Gabriele Drunecky stand etwa für 100 Stunden zur fachlichen Unterstützung bei der Projektentwicklung und Projektplanung sowie der Evaluation zur Verfügung.

Der Arbeitsaufwand von DSA Bakk. Soz. Sonja Rameder, welche die Evaluation durchführte, betrug im Zeitraum von September 2004 bis April 2005 etwa 30-35 Wochenstunden.

Teil B: Evaluation der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling

Einleitung

Gerade bei neuen, innovativen Projekten kommt einer wissenschaftlichen Begleitforschung oder sogenannten Evaluation¹⁰ eine besondere Bedeutung zu.

Diese findet parallel zu der durchgeführten Maßnahme statt und hat zum Ziel, umfassende Informationen über Entwicklung, Verlauf und Wirkungen von Projekten zu generieren.

Der Initiator des Projekts Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling, Major Johann Golob, hat sich vor allem aus folgenden Gründen für eine externe wissenschaftliche Begleitforschung des Projekts ausgesprochen:

- In Verbindung mit dem Thema Sicherheit können für Personen im urbanen Raum zusätzlich positive „Nebeneffekte“ - wie die Belebung der Nachbarschaftskontakte im Stadtteil - entstehen, über die eine Evaluation Aufschluss geben kann.
- Objektive, sachlich fundierte Kritik führt zu einer Weiterentwicklung des Pilotprojekts und erleichtert dadurch eine Ausweitung auf andere Bezirksbereiche.

Damit dient die Begleitforschung vor allem der Qualitätssicherung und ist weit mehr als nur die Dokumentation von Projektabläufen und Ergebnissen.

Nach 22 Gruppentreffen, mehreren Reflexionsrunden sowie Teamsitzungen, einer Fragebogenerhebung und der Auswertung qualitativer Interviews zeigt sich, dass gerade der analytisch kritische Blickwinkel der externen Evaluatorin die Projektdurchführenden dabei unterstützte, Strategien und Maßnahmen des Projekts zu verbessern bzw. diese an die Bedürfnisse der Zielgruppen anzupassen.

Die Ergebnisse der Begleitforschung liefern eine fundierte Entscheidungshilfe für die weitere Planung und Ausweitung der Sicherheitspartnerschaft auf andere Bezirksteile Döblings und Wiens.

¹⁰ Im weiteren Verlauf werden die Begriffe wissenschaftliche Begleitforschung und Evaluation synonym verwendet. Für eine Definition von Prozessevaluation siehe Kap. 6.1

5 Relevante Begriffe und Konzepte zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention

Zu Beginn des Evaluationsberichtes werden relevante Begriffe und Konzepte zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention vorgestellt, die für das Verständnis des Projekts und der Ergebnisse von Bedeutung sind. Als Grundlage dieser einführenden Informationen dienen Studien der empirischen Polizeiforschung im deutschsprachigen Raum und aktuelle Theorien der Rechts- und Kriminalsoziologie.

5.1 Subjektives Sicherheitsgefühl

Der gesellschaftliche Diskurs über öffentliche Ordnung und Sicherheit ist in letzter Zeit wieder aufgeflammt. Angesichts verschiedener Reformmaßnahmen und Umstrukturierungen innerhalb der Organisation Polizei stellt sich erneut die Frage, wie vor allem in Großstädten nachhaltig Sicherheit und Ordnung hergestellt werden können.

Nicht mehr nur die objektive Kriminalitätslage steht im Vordergrund, sondern die Angst der BürgerInnen vor dem Verbrechen, ihre Furcht vor Viktimisierung und ihre Sorge, wohin *„angesichts der Kriminalität der Staat und die Gesellschaft treiben“* (Frevel in: Lange 2003: 322).

Öffentliche sowie individuelle Sicherheit werden in der heutigen Gesellschaft als wichtiger Faktor für eine hohe Lebensqualität gesehen¹¹. Das Gefühl, in der eigenen Wohnung sicher zu sein, gewinnt dabei zunehmend an Bedeutung.

Das „subjektive Sicherheitsgefühl“ ist das Ergebnis einer komplexen Mischung von personalen und sozialen Kriminalitätseinstellungen, die auf Sozialisation, eigenen und mittelbaren Erfahrungen, gesellschaftlicher – insbesondere politischer – und medienvermittelter Wahrnehmung von Kriminalität und kriminogenen Strukturen beruht (ebd.: 326 ff).

Zu den „persönlichen Kriminalitätseinstellungen“ zählen die Furcht vor Kriminalität, die eigene Risikoeinschätzung, die Bewertung der Copingfähigkeit¹² und das Vermeideverhalten¹³.

¹¹ vgl. etwa die sogenannte „Mercer-Studie“: Informationen zu den zuletzt verfügbaren Ergebnissen siehe <http://www.mercerhr.de/pressrelease/details.jhtml?idContent=1173105>

¹² Die Bewertung der Copingfähigkeit meint körperliche und psychische Fähigkeiten eines Menschen, auf eine Form von Kriminalität reagieren zu können. Dazu zählen z. B. die Einschätzung der eigenen psychischen und physischen Verletzbarkeit (Frevel 1999: 61).

¹³ Hier wird betrachtet, ob und wie sich eine Person durch ihr Verhalten vor verschiedenen Formen der Kriminalität schützen kann (Frevel in: Lange 2003: 324).

Die „sozialen Kriminalitätseinstellungen“ in Form von kriminalpolitischen Positionen oder Sanktionsmaßnahmen einer Gesellschaft beeinflussen wiederum die persönliche Haltung (Frevel 1999).

Direkten Einfluss auf die Einstellung zu Sicherheit und Kriminalität hat darüber hinaus die mediale Berichterstattung. Um die Spannung aufrecht zu erhalten und ZuschauerInnen- und LeserInnenzahlen zu steigern, wird in der Regel ein „übertriebenes“ Bild von Kriminalität gezeichnet, das mit der Realität nicht viel gemein hat. Nachdem die *„Wahrnehmung von Verbrechen, Gewalt und Angst auslösenden Momenten für die meisten Menschen über Tageszeitungen und vor allem dem Fernsehen erfolgt“*, fördert eine solche Darstellung die Entstehung von Unsicherheitsgefühlen bei den RezipientInnen (Frevel in: Lange 2003: 327 ff).

Bei der Durchführung der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling zeigte sich, dass diese Ebenen bei den TeilnehmerInnen individuell unterschiedlich ausgeprägt und ineinander verwoben waren. In ihrer Gesamtheit ergaben sie bei jedem/r Einzelnen das Konstrukt „subjektives Sicherheitsgefühl“.

In der Auseinandersetzung mit dem Phänomen subjektive Sicherheit stößt man auf eine Reihe von Widersprüchen.

Zum Beispiel belegt die empirische Polizeiforschung, dass es keinen Zusammenhang zwischen dem subjektiven Sicherheitsgefühl der BürgerInnen und der polizeilich registrierten Kriminalität gibt. Feltes (2002: 10) stellt fest, dass das *„Opferwerden vom Hörensagen“* deutlich negativere Auswirkungen auf das individuelle Sicherheits- und damit Lebensgefühl hat, als tatsächlich selbst Opfer zu werden. Dies bedeutet, dass durch Kommunikation über kriminelle Delikte auch ohne konkrete persönliche Betroffenheit Unsicherheit entstehen kann.

Eine Erkenntnis der Opferforschung ist darüber hinaus die Tatsache, dass gerade jene Personengruppen, die oft eine erhöhte subjektive Unsicherheit aufweisen, objektiv am wenigsten von Kriminalität betroffen sind. Die Wahrscheinlichkeit Opfer zu werden, hängt von Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Familienstand, Schulbildung, Wohnortgröße und Region des Wohnortes ab.

Das Risiko, Opfer einer kriminellen Handlung zu werden, ist bei jungen Männern am höchsten, bei alten Personen vergleichsweise gering. Dennoch verhält es sich mit dem

Sicherheitsgefühl umgekehrt, was wahrscheinlich auf eine verminderte Copingfähigkeit bei älteren Menschen zurückzuführen ist.¹⁴

Ein weiterer oft angenommener Zusammenhang in Bezug auf die öffentliche Sicherheit wird ebenfalls von der empirischen Polizeiforschung widerlegt: Maßnahmen zur Reduktion von Tatgelegenheiten und zur Erhöhung des individuellen Schutzverhaltens führen langfristig nicht zu einer Reduzierung von Kriminalität. Hinzu kommt, dass ein vermehrter Einsatz uniformierter Beamter und technischer Sicherheitsmaßnahmen zu einer verstärkten Wahrnehmung von Unordnung führen kann (Feltus 2002).

Hier entsteht also ein paradoxer Effekt, der eine nicht gewünschte Wirkung erzeugt. BewohnerInnen eines Stadtteils fühlen sich offensichtlich durch erhöhte Sicherheitsmaßnahmen ab einem bestimmten Grad unsicherer als vorher, denn übertriebene Sicherheitsvorkehrungen implizieren auch immer, dass eine Gegend besonders gefährlich sein muss, wenn es dieser Maßnahmen bedarf.

Zusammenfassend zeigt sich, dass subjektiv wahrgenommene Lebensqualität und Kriminalitätsfurcht meistens nicht mit realer Lebensqualität und objektiver Kriminalitätslage ident sind. Entscheidend für die BürgerInnen sind das Bewusstsein und das Gefühl, in einer sicheren Umgebung zu wohnen.

5.2 Der Sicherheitsbegriff im Alltagsverständnis

Die Herstellung öffentlicher Sicherheit und Ordnung betrifft vor allem klassische Tätigkeitsfelder der Polizeiarbeit. Neben der Bekämpfung von Kriminalität zeigt sich bei der Durchführung lokaler kriminalpräventiver Projekte, dass vor allem die Lösung von Problemen und Störungen des Alltags zur Steigerung der Sicherheit von BewohnerInnen eines Grätzels beiträgt.

Bei der Durchführung des Projekts „Wien – Sichere Stadt“ Anfang der 90er Jahre (Hammerschick et. al. 1996: 39 ff) stellte sich heraus, dass „*disorder*“ und „*incivilities*“ die befragten BewohnerInnen zweier Stadtteile stärker irritierten als Delikte, die gemeinhin unter Kriminalität subsumiert werden. Unter „*disorder*“ und „*incivilities*“ werden Alltagsprobleme und -konflikte nicht-krimineller Art verstanden, welche einen starken Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung haben. Dazu zählen unter anderem eine erhöhte Lärm- oder Schmutzbelastung, eine verwahrloste Umgebung, Graffiti oder demolierte Telefonzellen. Darüber hinaus können beispielsweise das rücksichtslose Verhalten

¹⁴ siehe auch: Greve, Werner, 2004: Kriminalitätsfurcht bei jüngeren und älteren Menschen. Paradoxien und andere Missverständnisse, in: Walter, Michael, 2004: Alltagsvorstellungen von Kriminalität. S. 249-265.

von VerkehrsteilnehmerInnen, Nachbarschaftskonflikte oder der Aufenthalt bestimmter Personengruppen im öffentlichen Raum die Wirklichkeit eines sozialen Nahraums negativ beeinträchtigen.

In der gemeinschaftlichen Bearbeitung und Lösung von „Disorder-Problemen“ liegt eine Herausforderung der lokalen Kriminalprävention. Wenn man die Probleme und Ängste der BürgerInnen ernst nehmen will, müssen alltägliche lokale Probleme im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen und nur am Rande Kriminalität im engeren Sinne.

5.3 Kriminalprävention

Seit den 90er Jahren steht die Kommune wieder im Zentrum sicherheitspolitischer Debatten. Kriminalpräventive Maßnahmen wie Sicherheitspartnerschaften oder privat organisierte Bürgerwehren sollen öffentliche Räume sicher machen und eine in der Vergangenheit durch informelle soziale Netzwerke erbrachte Integrations- und Ordnungsleistung wieder herstellen.

Auch der wissenschaftliche Diskurs zur Kriminalitätskontrolle und Verbrechensvorkehrung geht längst über generalpräventive Praktiken durch Abschreckung und Sanktionierung hinaus und befasst sich zunehmend mit kommunalen und partizipativen Ansätzen, die letztlich zu einer Kooperation von verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen führen (Stummvoll 2004).

Zur Politik der Kriminalprävention in Wien halten Stangl & Zetinigg (2003: 2) fest, dass entsprechende Aktivitäten bisher eher von einem „*defensiven*“ Charakter geprägt waren, und langfristige Planung wie auch Evaluation kriminalpräventiver Tätigkeiten nur „*sporadisch erfolgt*“.

In diesem Zusammenhang war die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling ein Versuch, kommunale soziale Kriminalprävention in einem Stadtteil zu implementieren. Das entspricht einer allgemeinen europäischen und nationalen Entwicklung der Kriminalprävention, von isolierten unkoordinierten Einzelmaßnahmen hin zu einem möglichst die Betroffenen einbeziehenden Gesamtansatz zu kommen.

5.4 Die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling – ein Projekt bürgernahe Polizeiarbeit

„Community Policing“ oder bürgernahe Polizeiarbeit¹⁵ kann man als eine, den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten angepasste Maßnahme der Polizei bezeichnen, die traditionelle Grenzen polizeilicher Routine überschreitet, indem eine Vielzahl außerpolizeilicher AkteurInnen, wie EinwohnerInnen eines Stadtteils, Geschäftsleute, kommunale Einrichtungen und sonstige Personengruppen im Wege partnerschaftlicher Zusammenarbeit aktiviert werden, um lokale Kriminalitäts-, Ordnungs- und Sicherheitsprobleme im Grätzel besser zu kontrollieren und zu bearbeiten (Jahn 2003).

Ziel ist es, umfassende und nachhaltige Lösungen für örtlich auftretende Problemlagen zu finden, welche über das bisherige Maß präventiv- und repressivpolizeilicher Tätigkeiten hinaus gerichtet sind.

Nach dieser Definition lässt sich die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling theoretisch als kriminalpräventives Projekt bürgernahe Polizeiarbeit einordnen. Das Angebot geht von der Polizei aus, welche als Hauptakteur – unterstützt von einer sozialen Einrichtung der Stadt Wien - die Planung und Organisation der Treffen interessierter Personen inne hat. Die Vernetzung mit Institutionen des Bezirks ist zwar vorgesehen, erfolgt aber ausschließlich im Anlassfall. Kommunale Einrichtungen sind demnach bei der Entstehung des Projekts und Planung der Vorgehensweise nicht kontinuierlich eingebunden.

Im Vergleich dazu, gibt es auch kriminalpräventive Projekte, die zum Ziel haben, eine kommunale Sicherheitspolitik im Bezirk zu etablieren und von Anfang an auf die Einbindung aller im Gemeinwesen tätigen Institutionen, PolitikerInnen und BezirksbewohnerInnen setzen. Die Projektplanung sowie Durchführung erfolgt mit Unterstützung möglichst aller Verantwortlichen des Stadtteils.

¹⁵ In Anlehnung an Janos Fehervary (Hammerschick et al. 1996: 149) möchte ich darauf hinweisen, dass es für „Community Policing“ keine eindeutige deutsche Bezeichnung gibt. „Community Policing“ kann mit gemeindebezogener oder bürgernahe Polizeiarbeit übersetzt werden. Im Evaluationsbericht wird der Begriff „bürgernahe Polizeiarbeit“ verwendet, weil dieser am besten die Tätigkeit der Polizisten bei der Sicherheitspartnerschaft beschreibt.

6 Wissenschaftliche Begleitforschung in Form einer Evaluation

Die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling ist von ihrem Design her ein Pilotprojekt. Seitens der Projektverantwortlichen war es daher in großes Anliegen, die Sicherheitspartnerschaft wissenschaftlich begleiten zu lassen.

6.1 Summative und formative Evaluation

Evaluation im professionellen bzw. wissenschaftlichen Sinne beinhaltet Forschungsanstrengungen während der Programmumsetzung mit dem Ziel, die Programme zu entwickeln, umzuformen und zu verbessern (**formative Evaluation**), aber auch Strategien, die erst einsetzen, nachdem die Programmentwicklung abgeschlossen wurde, um das Programm zusammenfassend gesehen zu beurteilen (**summative Evaluation**) (Uhl 1999: 34).

Die wissenschaftliche Begleitforschung der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling ist formativ angelegt. Es wird beschrieben, ob und wie die geplanten Maßnahmen stattfanden, ob sich der Projektplan wie vorgesehen umsetzen ließ und ob die vorgesehene Zielgruppe erreicht wurde. Im Zentrum stehen die Erfassung der Qualität der Maßnahme und ihre Auswirkungen auf das Lebensumfeld der Beteiligten.

Daher haben Erzählungen, Wahrnehmungen, soziale Interaktionen und Handlungsweisen der im Projekt involvierten Personen Vorrang vor verallgemeinerbaren Kennziffern, wie etwa jenen aus der Kriminalstatistik. Im Hinblick auf die heterogenen Hintergründe von Delinquenz und Kriminalität ist man *„gut beraten“*, sich *„nicht vorrangig an der polizeilichen Kriminalstatistik zu orientieren“*, da der weit überwiegende Teil der kriminalpräventiven Programme mit derartigen Erwartungen überfordert ist und *„Enttäuschungen nahezu unvermeidlich sind“* (Holthusen und Lüders 2003: 13).

6.2 Ziele und Fragestellungen

Die Evaluation im gegenständlichen Projekt war ein ständiger Prozess der Rückmeldung von Evaluationsergebnissen an die Praxis. Dafür musste die Evaluation in alle Abläufe und Projektphasen eingebunden sein. Ziel war, die Praxis während der gesamten Laufzeit zu verbessern.

Die wissenschaftliche Begleitforschung sollte für Außenstehende nachvollziehbar machen, warum und mit welchem Ressourceneinsatz, mit welchen konkreten Aktivitäten und mit welchen Ergebnissen die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling durchgeführt wurde.

Diese Nachvollziehbarkeit erleichtert einerseits den Ergebnistransfer und andererseits die geplante Ausweitung der kriminalpräventiven Maßnahme auf andere Teile des 19. Wiener Gemeindebezirks.

Bezogen auf die Ziele des Projekts (siehe Kap. 2.1) war es Aufgabe der Prozessevaluation zu untersuchen, ob es gelang, sich selbst erhaltende Netzwerke nachhaltig im Grätzel zu implementieren. Es war zu prüfen, ob durch das Pilotprojekt die TeilnehmerInnen befähigt wurden, sich auch weiterhin in Gruppen zu treffen, um gemeinschaftliche Handlungsweisen zur Lösung lokaler Problemlagen zu entwickeln und umzusetzen.

Der **Nutzen für die TeilnehmerInnen** an der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling ist dann gegeben, wenn:

- eine Erweiterung der sozialen Kontakte in der Nachbarschaft gelungen ist,
- gemeinschaftliche Handlungsweisen zur Lösung lokaler Problemlagen entwickelt und im Alltag umgesetzt wurden,
- der Bekanntheitsgrad der Revierinspektoren im Grätzel erhöht und der Informationsfluss verbessert wurden.

Der **kriminalpräventive Charakter des Projekts** ist dann gegeben, wenn:

- einerseits sowohl die Erweiterung der sozialen Kontakte unter den TeilnehmerInnen der Sicherheitspartnerschaft zu einer Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls führte und
- andererseits eine Sensibilisierung der TeilnehmerInnen für Aspekte der Sicherheit und Verminderung der Kriminalität durch einen regelmäßigen Austausch mit den Grätzelpolizisten stattfand.

Der **Nutzen für die Polizei** bzw. die Wirksamkeit der Maßnahme im polizeiinternen Bereich ist dann gegeben, wenn:

- langfristig eine Verringerung der Arbeitsbelastung der Revierinspektoren zu erwarten ist, weil die GrätzelbewohnerInnen selbst für ihre Sicherheit und Alltagsprobleme aktiv wurden,
- sowie eine Verminderung der Häufigkeitsziffern von Eigentums-/Raubdelikten im Zielgebiet stattfand.

Die **Ziele des Fonds Soziales Wien** – insbesondere der Stabsstelle Dokumentation/**TEAM FOCUS** - sind dann erreicht, wenn:

- einerseits gezeigt werden konnte, dass durch die Vernetzung sozialer Institutionen mit der Exekutive Ressourcen gebündelt und gemeinsam Projekte umgesetzt werden können, die zu einer Steigerung des Sicherheitsgefühls der TeilnehmerInnen führen,
- andererseits die Teilnahme am Projekt vor allem bei älteren Menschen zu einer Erweiterung persönlicher Handlungsspielräume führte.

6.3 Erhebungsmethoden

Wie schon mehrmals erwähnt, war die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling ein Pilotprojekt der Sicherheitswache Döbling in Kooperation mit dem Fonds Soziales Wien, dessen Beurteilung sowohl die Einbeziehung von Entwicklungsprozessen im Zeitverlauf als auch die systematische Erfassung der Ergebnisse verlangte. Um diese Ansprüche zu erfüllen, wurden bei der Evaluation quantitative, vorwiegend aber qualitative Methoden der Sozialforschung eingesetzt.

Eine qualitative Herangehensweise¹⁶ erschien als besonders geeignet, da im empirischen Teil die Rekonstruktion des Verlaufs der Sicherheitspartnerschaft und deren unmittelbare

¹⁶ Durch die kritische Auseinandersetzung mit qualitativen Verfahren und dem Versuch der praktischen Umsetzung, haben sich verschiedene Prinzipien herauskristallisiert, die ganz wesentlich für den gesamten Forschungsprozess sind. Ich will die wichtigsten Prinzipien in Folge kurz darstellen:

Das „Prinzip der Offenheit“ bedeutet, dass *„die theoretische Strukturierung des Forschungsgegenstandes zurückgestellt wird, bis sich die Strukturierung des Forschungsgegenstandes durch die Forschungssubjekte herausgebildet hat“* (Hoffmann-Riem 1980: 343). Kurz gesagt: Der/die ForscherIn sollte offen sein gegenüber den Untersuchungspersonen, aber auch gegenüber der Untersuchungssituation und den im Einzelnen anzuwendenden Methoden. Das „Prinzip der Kommunikation“ bedeutet, dass der/die ForscherIn mit dem zu untersuchenden Subjekt eine Kommunikationsbeziehung eingeht. Schütze spricht vom *„kommunikativen Grundcharakter“* der Sozialforschung (Schütze 1975: 117). *„Der kommunikative“* - oder qualitativ orientierte - *„Sozialforscher behandelt das informierende Gesellschaftsmitglied als prinzipiell orientierungs-, deutungs- und theoriemächtiges Subjekt“* (Schütze 1975: 118). Diese Auffassung von Schütze impliziert, dass bei einer Untersuchungssituation das kommunikative Regelsystem des Forschungssubjekts aufrechterhalten werden muss, um möglichst eine *„natürliche“* Kommunikationssituation zu schaffen. Das *„Prinzip der Prozessualität“* verweist auf die Bedeutung

Auswirkungen auf die TeilnehmerInnen und die Grätzelpolizisten im Vordergrund standen.

6.3.1 Qualitative Methoden

Die Datenerhebung basierte vor allem auf der Teilnehmenden Beobachtung bei den insgesamt 22 durchgeführten Treffen¹⁷ der Sicherheitspartnerschaft. Das Hauptinteresse beinhaltete die Erforschung der Alltagswelt der Zielgruppe und das Herausarbeiten struktureller Zusammenhänge. Der Wert für die Begleitforschung lag vor allem im Verstehen, Einfühlen und späteren Nachvollziehen-Können der Prozessverläufe.

Ende Februar 2005 wurden mit insgesamt 11 TeilnehmerInnen aus den vier Gruppen qualitative Interviews geführt. Darunter waren 5 Frauen und 6 Männer im Alter von 40 bis 75 Jahren. Die InterviewpartnerInnen repräsentieren zugleich den „harten Kern“ des Projekts, weil sie bei fast jedem Treffen anwesend waren und bis zum Schluss großes Interesse und Engagement zeigten.

Mit den zwei durchführenden Revierinspektoren, dem projektverantwortlichen Major, der Prozessbegleiterin und dem Projektmanagement wurden ExpertInneninterviews als spezielle Anwendungsform von Leitfadeninterviews geführt. Dabei ging es vor allem darum, durch eine Rekonstruktion und Reflexion des bisherigen Verlaufs, Erfahrungswerte zu dokumentieren und zukünftigen Projekten zugänglich zu machen.

6.3.2 Quantitative Methoden

Allen TeilnehmerInnen wurde zu Beginn des Projekts ein *Fragebogen* ausgeteilt. Der Fragebogen war in offene und geschlossene Fragen untergliedert und diente vor allem der Gewinnung von soziodemografischen und messbaren Daten zur Erhebung sozialer Ängste, Irritationen sowie konkreten Erfahrungen mit Kriminalität und Unsicherheit vor der Durchführung der Sicherheitspartnerschaft (siehe Anhang Kap. 10.3).

der Entstehung sozialer Phänomene und ihrer ständigen Veränderung im gesellschaftlichen Kontext. Qualitative Forschung soll prozesshaft stattfinden, das heißt, Vorgangsweisen und Zielrichtungen werden entsprechend den Bedingungen des Forschungsfeldes permanent modifiziert. Das „*Prinzip der Reflexivität*“ bezieht sich auf die laufende Überprüfung der Beziehung zwischen ForscherIn und den Forschungssubjekten, auf das Verhältnis zwischen dem Forschungsprozess und den darin produzierten Ergebnissen, sowie auf die Verbindung zwischen Einzelheiten und ihrem jeweiligen Kontext. Unter dem „*Prinzip der Explikation*“ versteht man die Forderung nach Offenlegung der Vorgangsweise im Forschungsprozess.

¹⁷ Es fanden 5 Treffen von insgesamt 4 Gruppen statt, darüber hinaus gab es eine eigene Weihnachtsfeier und ein separates Treffen mit den Gewerbetreibenden des Grätzels.

6.4 Datenauswertung

Der Datenauswertung liegt ein „*interpretatives*“ Verständnis zugrunde, angelehnt an die Methode der „*Grounded Theory*“ von Glaser und Strauss (1998). Das heißt, dass die Vorgehensweise der Evaluation nicht einem „klassischen“ linearen Verständnis¹⁸ entsprach, sondern der Forschungsprozess zirkulär verlief. Die Datenerhebung und -auswertung waren ineinander verwoben. Theoretische Vorannahmen bzw. Sichtweisen auf den untersuchten Gegenstand wurden im Laufe des Forschungsprozesses überprüft, reformuliert und neu formuliert. Die Forscherin blieb offen für Veränderungen und ließ sich bis zu einem gewissen Grad von den AkteurInnen des untersuchten Feldes leiten. Hypothesen zu den bereits erhobenen Daten wurden ständig neu generiert und die weiteren Erhebungsschritte (z.B. Auswahl der nächsten InterviewpartnerInnen) dienten dazu, diese Hypothesen zu bezweifeln, zu modifizieren oder zu verstärken. Die Ergebnisse der Prozessevaluation entwickelten sich sozusagen während des Forschungsverlaufes und wurden bis zum Schluss einer Reflexion unterzogen.

Bei der quantitativen Auswertung wurden Häufigkeiten und Vergleichszahlen ermittelt. Nachdem es sich um eine kleine, nicht repräsentative Stichprobe handelte, können die Ergebnisse nicht als Verteilungen von Häufigkeiten bei BewohnerInnen des 19. Bezirks insgesamt interpretiert werden. Die Ergebnisse dienen lediglich einer Darstellung des „Ist-Zustandes“ vor Durchführung der kriminalpräventiven Maßnahme.

¹⁸ Eine klassische lineare Vorgehensweise findet vor allem in der quantitativen oder experimentellen Forschung Anwendung. Dabei wird zwischen konzeptionellen, methodischen und empirischen Schritten unterschieden. Die einzelnen Schritte können nacheinander und unabhängig voneinander durchgeführt und behandelt werden (Flick 2002: 67 ff).

6.5 Übersicht der Erhebungsmethoden und Auswertungsverfahren

Während des gesamten Prozessverlaufes erfolgte eine systematische Dokumentation der Vorbereitungs-, Durchführungs- und Nachbereitungsschritte.

Darüber hinaus standen alle Aufzeichnungen, Protokolle und sonstigen Dokumente wie Konzepte, etc. über den Projektverlauf der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling zur Auswertung zur Verfügung.

In der nachstehenden Tabelle werden die angewandten Methoden und Auswertungsverfahren zusammenfassend dargestellt (vgl. Tabelle 5):

Tabelle 5: Erhebungsmethoden und Auswertungsverfahren der Begleitforschung Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling

Methode	Zielgruppe	Auswertungsverfahren
Fragebogen vor der Durchführung der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling	TeilnehmerInnen an der Sicherheitspartnerschaft	Deskriptive Verfahren
Teilnehmende Beobachtung bei den regelmäßig stattfindenden Treffen der Gruppen	TeilnehmerInnen an der Sicherheitspartnerschaft	Erstellen von Beobachtungsprotokollen, Auswertung nach J. P. Spradley (1980)
Qualitative Interviews	Ausgewählte TeilnehmerInnen aus den verschiedenen Gruppen	Auswertung mittels Analyseverfahren nach Froschauer, Lueger (2003)
Interviews mit ExpertInnen	Projektdurchführende, Projektmanagement	Auswertung mittels Analyseverfahren nach Froschauer, Lueger (2003)

6.6 Möglichkeiten und Grenzen der Evaluationsforschung im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling¹⁹

Kriminalpräventive Projekte und Programme bezeichnen eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die in Österreich meistens auf lokaler Ebene initiiert und umgesetzt werden. Kennzeichen der überwiegenden Anzahl dieser Projekte ist, dass Evaluation „*nur sporadisch erfolgt*“ (Stangl und Zetinigg 2003: 10).

Bei der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling ergab sich die Möglichkeit, das Projekt wissenschaftlich zu begleiten. So wie die meisten formativen Evaluationen ist auch diese Studie hochgradig kontextbezogen. Obwohl die gesammelten Erfahrungen für die Weiterentwicklung der kriminalpräventiven Praxis wichtig sind, ist die vollkommene Übertragbarkeit von Konzepten, Verfahren und Ergebnissen nur eingeschränkt gegeben, weil das Design auf lokale Bedingungen abgestimmt war.

Darüber hinaus kann die Erwartung, die Wirksamkeit der Sicherheitspartnerschaft in Zahlen und Fakten zu messen, nur teilweise eingelöst werden. Der Schwerpunkt lag vielmehr auf der Erforschung von Prozessen und Strukturen, förderlichen bzw. hinderlichen Bedingungen sowie den damit einhergehenden Auswirkungen auf die Polizisten und die teilnehmende Bevölkerung.

Fragen zur Kommunikation zwischen Grätzelpolizisten und BürgerInnen oder die Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen standen im Mittelpunkt der Evaluation. Damit konnte belegt werden, wie beobachtbare Wirkungen zustande kamen, zumal Zufälle, Kontingenzen und nicht kontrollierbare Randbedingungen im Projektverlauf prinzipiell nicht auszuschließen waren.

In diesem Sinne soll die vorliegende Evaluation der Sicherheitspartnerschaft den Bereich der Kriminalitätsprävention in Österreich mit neuen Erfahrungen bereichern.

¹⁹ siehe auch: Holthusen, Bernd und Christina Lüders, 2003: Evaluation und Kriminalitätsprävention: eine thematische Einleitung, S. 9ff.

7 Ergebnisse der Evaluation

7.1 Die Sicherheitslage in Oberdöbling

7.1.1 Sicherheit und Viktimisierung – Ergebnisse der schriftlichen Befragung

Zu Beginn des Projekts erhielten alle 30 TeilnehmerInnen Fragebögen (siehe Anhang Kap. 10.3), von denen insgesamt 21 retourniert und in Folge ausgewertet wurden.

In diesem Kapitel sind die Ergebnisse jener Fragen dargestellt, die sich mit Erfahrungen von Unsicherheit, Bedrohung oder tatsächlicher Viktimisierung der TeilnehmerInnen beschäftigen.

Abbildung 10: Sicherheitsgefühl in der Wohnumgebung untertags (n = 20)

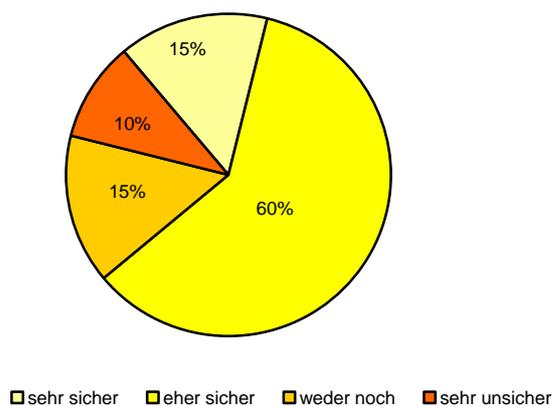
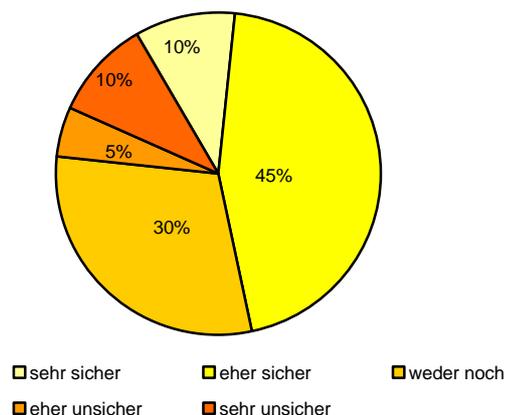


Abbildung 11: Sicherheitsgefühl in der Wohnumgebung nach Einbruch der Dunkelheit (n = 20)



Mehrheitlich gaben die Befragten an, sich sowohl am Tag, als auch nach Einbruch der Dunkelheit in ihrer Wohnumgebung sicher zu fühlen (siehe Abbildung 10 und Abbildung 11).²⁰ Dieses Bild zeigte sich auch bei der Erledigung alltäglicher Besorgungen wie Einkäufe oder Bankwege. Auffallend war, dass bei Dunkelheit 30 % „weder noch“ angaben, was darauf schließen lässt, dass 1/3 der Befragten in der Nacht ein gewisses Unbehagen begleitet. Jeweils 10 % gaben an, sich sowohl untertags wie auch nach Einbruch der Dunkelheit in ihrer Wohnumgebung „sehr unsicher“ zu fühlen.

²⁰ In diesem Zusammenhang darf – zum Vergleich – auf eine rezente Wiener Studie hingewiesen werden, in der die befragten BewohnerInnen von vier Wohnvierteln in Wien in einem Ausmaß von 60-70 % angaben, ihr Wohnviertel als „sicher“ wahrzunehmen (Hanak, Karzman-Morawetz und Stangl 2004). In der – im Jahr 2003 durchgeführten Studie „Leben und Lebensqualität in Wien“ (IFES, 2003) – gaben 73% der Befragten an, sich in ihrer Wohnumgebung sicher zu fühlen.

Insgesamt gab etwa die Hälfte (52 %) der Befragten an, im letzten Jahr Opfer eines oder mehrerer krimineller Delikte geworden zu sein.

An erster Stelle wurden „Diebstahl persönlichen Eigentums“ und „Einbruch bzw. Beschädigung des Kraftfahrzeuges“ (jeweils 45 %) genannt, gefolgt von „Einbruch bzw. Einbruchversuch in die Wohnung“ (27 %), „Telefonterror“ (18 %) und „Verfolgtwerden in der Nacht“ (9 %).

Die Frage nach der Einschätzung zu Veränderungen beim Schutz vor Kriminalität zeigte folgendes Ergebnis: 15% der Befragten nahmen eine Verbesserung in den letzten Jahren wahr, 25 % eine Verschlechterung, 30 % meinten, der Schutz vor Kriminalität sei gleichgeblieben und weitere 30 % konnten dies nicht einschätzen.

In Bezug auf die Sicherheit im Grätzel wünschte sich ca. 1/3 der Befragten mehr Polizei auf der Straße und verstärkte Kontrollen im öffentlichen Raum. Darüber hinaus wurden die Parkraumbewirtschaftung und Verkehrsprobleme – vor allem die erhöhte Geschwindigkeit von Autos in einer Wohnstraße – als Problem genannt.

7.1.2 Der Sicherheitsbegriff im Alltagsverständnis der TeilnehmerInnen

Zusammenfassend zeigten die Ergebnisse der schriftlichen Befragung, wie auch jene der qualitativen Interviews, dass sowohl subjektive Unsicherheit als auch Kriminalitätsfurcht bei den TeilnehmerInnen in unterschiedlich hohem Maße vorhanden waren. Persönlich betroffen durch kriminelle Delikte war etwa die Hälfte. Vereinzelt gab es Interesse an situativer Kriminalprävention²¹, hauptsächlich aber den Wunsch, verunsichernde bzw. Ärger verursachende Phänomene und Sachverhalte im Wohnumfeld aufzuzeigen. Das Alltagsverständnis der TeilnehmerInnen betreffend „Sicherheit“ lässt sich in erster Linie durch die An- bzw. Abwesenheit von Alltagsproblemen charakterisieren.

Zusammengefasst ging es vor allem um das rücksichtslose Verhalten von VerkehrsteilnehmerInnen und HundebesitzerInnen, um Probleme im Zusammenleben in städtischen Wohnhausanlagen oder um die Angst vor „Fremden“, d. h. vor AusländerInnen oder hausfremden Personen. Ein Teilnehmer fasste die Problemlagen im Grätzel mit folgenden Worten zusammen:

²¹ Bei drei Gruppen wurde jeweils ein Treffen dazu verwendet, den Kriminalpolizeilichen Beratungsdienst in der Andreasgasse aufzusuchen, um mehr über Sicherheitsmaßnahmen zur Vorbeugung von Wohnungseinbrüchen zu erfahren.

„Und dass sich eigentlich überall die gleichen Themen zeigen. Das Zusammenleben mit Ausländern, die sich partout nicht an unsere Ding, äh gewöhnen wollen, also eben (...) das Hundeproblem, die Parkraumbewirtschaftung und so weiter und so fort. Eigentlich is eh überall das gleiche Problem. Das Zusammenleben auf engstem Raum, sprich Gemeindebau oder sonst wo. Dass einer am anderen keine Rücksicht mehr nimmt, dass einer den anderen fast nimmer mehr kennt, weil a mit niemand mehr was zu tun haben will (...).“

Diese als verunsichernd wahrgenommenen Sachverhalte der Unordnung aber auch Vereinzelung von Menschen beziehen sich vor allem auf das Verhalten anderer BewohnerInnen, verweisen auf eine fehlende soziale Kontrolle im Stadtteil und beeinträchtigen die Lebensqualität der Betroffenen aus folgenden Gründen (Hammerschick et al. 1996):

- „Disorder-Probleme“ erzeugen keinen materiellen Schaden, dafür aber erhebliche Störungen des Alltags, die nicht veränderbar erscheinen. Betroffene begegnen diesen Störungen meistens mit Vermeidungsverhalten oder einer Einschränkung des persönlichen Aktionsradius.
- Die Bearbeitung und Lösung von Alltagsproblemen ist oft im „Graubereich“ zwischen sozialer und polizeilicher Arbeit angesiedelt, was zur Folge hat, dass Zuständigkeiten nicht immer eindeutig geklärt sind.
- Darüber hinaus gibt es z. B. bei Nachbarschaftskonflikten oder rücksichtslosem Verhalten von Personen immer auch eine komplementäre Wahrnehmung, die für eine Bearbeitung des Problems ebenso einbezogen werden muss.

Einige TeilnehmerInnen der Sicherheitspartnerschaft hatten bereits selbst erlebt, wie schwierig es sein kann, Störungen des Alltags zu bewältigen:

Beispielsweise hatte ein Teilnehmer versucht, mit Hilfe der Stadtverwaltung, der Polizei und sozialer Einrichtungen einen Nachbarschaftskonflikt im Gemeindebau zu lösen, jedoch nicht die erhoffte Unterstützung gefunden. Diese Erfahrung löste beim Betroffenen Hilflosigkeit und Frustration aus.

Auch für die Verbesserung der Verkehrssituation im Grätzel hatten sich einige TeilnehmerInnen schon jahrelang eingesetzt – bisher ohne Erfolg. Sie sahen in der Sicherheitspartnerschaft eine neue Chance, sich bei den zuständigen Stellen Gehör zu verschaffen.

Die beiden Beispiele zeigen, wie Sachverhalte, die zu Beginn vielleicht nur als mäßig störend wahrgenommen wurden, im Laufe einer gewissen Zeit zu massiv verunsichernden Problemen anwachsen können.

Mit der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling wurde den TeilnehmerInnen ein Setting geboten, das für sie erfahrbar machen sollte, dass konkrete verunsichernde Anliegen und Bedürfnisse angesprochen werden dürfen, und im Rahmen eines partnerschaftlichen Dialogs auch ergebnisorientiert an Lösungsmöglichkeiten gearbeitet werden kann.

7.1.3 Exkurs: Was verunsichert am meisten?

*„Es ist die Unwirtlichkeit, die bedroht,
weniger die Kriminalität.“*

(Stangl in: Hammerschick et al. 1996: 53)

Im Verlauf der Gruppentreffen war erkennbar, dass sich einige TeilnehmerInnen von gesellschaftlichen, aber auch grätzelnbezogenen Problemen sehr stark verunsichert, manche sogar bedroht fühlten. Zum einen war das die Angst vor „Fremden“, das heißt einerseits vor im Grätzeln wohnenden MigrantInnen, zum anderen vor grundsätzlich unbekanntem, hausfremden Personen.

Unbekannte Personen, die sich an öffentlichen Plätzen oder Häusern scheinbar grundlos länger aufhielten, wurden von manchen TeilnehmerInnen automatisch mit Einbrechern assoziiert und als Bedrohung wahrgenommen. Die Vorstellungen befragter BewohnerInnen etwa in Bezug auf „Einbrecherbanden aus dem Osten“ sind auch auf die Berichterstattung in diversen Medien zurückzuführen.²² Im Gegensatz zu Alltagskonflikten nicht-krimineller Art, war die „Welt der Kriminalität“ fast allen TeilnehmerInnen hauptsächlich durch Fernseh- oder Zeitungsberichte bekannt. Informationen und Hinweise, wie man sich vor Verbrechen schützen kann, stammten ebenfalls aus Fernsehberichten und Serien über Verbrechensbekämpfung:

„Ich weiß nicht, ich hab zwar geschaut so in die Tasche, ob sich irgendwas abzeichnet so, aber das war eigentlich, ich bin, ich hab eine ziemlich gute Reaktion, vielleicht muss ich mich auf das verlassen, weil ich schau ja genug Fernsehen (lacht laut) und ich hab auch was gelernt dabei, hm? Nie auf der untersten Stufe stehen, immer auf gleicher Höhe oder höher und nicht beim Geländer stehen.“

Insgesamt trifft folgende Annahme auch auf die TeilnehmerInnen der Sicherheitspartnerschaft zu: Subjektives Erleben von Kriminalität bzw. „die Kriminalität, die in unseren Köpfen stattfindet“ wird jeden Tag aufs Neue konstruiert - durch die Lektüre der Tages-

²² Siehe auch: Neue Kronen Zeitung vom 17.03.2005, S 16: „Skrupellose Balkanbanden setzen kleine Kinder als Profigauner ein“, Neue Kronen Zeitung vom 04.02.2005, S 2: „Tausend Einbrüche in Wien – Vor allem Ostbanden auf Beutezug“ oder Neue Kronen Zeitung vom 24.10.2004, S 16 : „Kriminalität ufert total aus/ pro Tag in Wien 87 Autos und 30 Wohnungen geknackt“, etc.

zeitung, Gespräche mit Bekannten, durch Kinofilme und vor allem durch Sendungen des Fernsehens (Walter 2004: 139).

Die Wirkung der Medien spielte auch in der Wahrnehmung von MigrantInnen eine bedeutende Rolle. Vor allem TeilnehmerInnen, die in städtischen Wohnhausanlagen lebten, betonten die mangelnde Integrationsbereitschaft von „AusländerInnen“. Integration wurde in diesem Zusammenhang als einseitige Leistung verstanden, die von den „Fremden“ zu erbringen ist.

Sprachbarrieren, aber auch Unverständnis für andere Lebensformen gepaart mit Vorurteilen verursachten bei manchen Befragten großen Ärger. AusländerInnen wurden damit zur Projektionsfläche für generelle Unzufriedenheit mit der eigenen Wohn- und Lebenssituation:

„Heute interessiert sich einer für den anderen nicht mehr, so schaut's nämlich aus. Ein jeder sagt, ich möchte meine heilige Ruhe haben und aus. Und weil der eine den anderen auch gar nicht mehr versteht! Die wollen ja gar net reden, da brauchst ja an Dolmetscher heute (...).“

Vor allem pensionierte TeilnehmerInnen beklagten den „Verfall“ der heutigen Gesellschaft und lobten frühere „bessere“ Zeiten:

„Der Umgang und das Benehmen und das Zusammenhalten mit den anderen, da hat sich schon quasi einiges geändert. Wennst das vor dreißig Jahren gemacht hättest, was sich heute in den Gemeindebauten abspielt, da war zwei Mal in der Woche der Hausinspektor da und dann bist gegangen in einem Monat oder zwei.“

Wie diese Aussage veranschaulicht, sind es die sich auflösenden Traditionen und sozialmoralischen Milieus in den Wohnhausanlagen und Stadtvierteln, die Auswirkungen auf die Befindlichkeit der BewohnerInnen zeigen (Stangl in: Hammerschick et al. 1996: 53).

In diesem Zusammenhang sind auch „Disorder-Probleme“ wie Verkehrslärm, Schmutz oder rücksichtsloses Verhalten zu sehen. Personen, die schon lange in Döbling wohnten, erkannten ihren Bezirk immer weniger und sahen Traditionen schwinden. Der Alltag und die damit verbundenen Erwartungen wurden unsicher, da sich die vertraute Wohnumgebung verändert hatte.

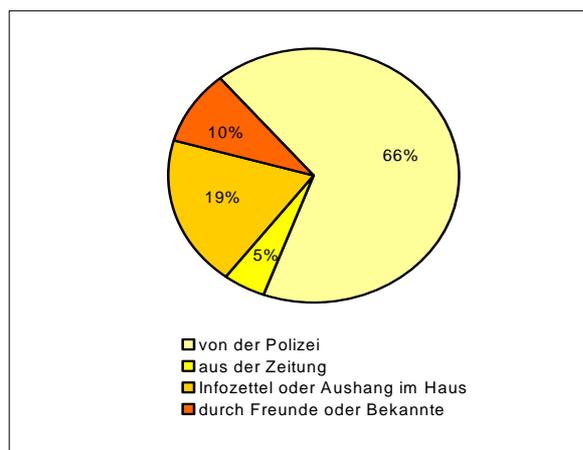
7.2 Die Sicherheitspartnerschaft aus Sicht der TeilnehmerInnen

Neben den Ergebnissen der Fragebogenerhebung dienten vor allem die leitfadenorientierten Interviews als Grundlage für die Darstellung der Sichtweise der TeilnehmerInnen. Im folgenden Kapitel werden die Motivation und Erwartungen an das Projekt dargelegt, der Verlauf rekonstruiert sowie dessen Bewertung durch die teilnehmenden Personen erörtert.

7.2.1 Motivation zur Teilnahme an der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling und Erwartungen der TeilnehmerInnen

Wie im Kap. 3.1 beschrieben, setzte die Sicherheitswache Döbling mehrere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, um die GrätzelnbewohnerInnen über das kriminalpräventive Projekt zu informieren und zur Mitwirkung zu gewinnen.

Abbildung 9: Information zur Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling



Dazu gehörte auch eine flächendeckende Verteilung von ca. 1.000 Flugzetteln in den umliegenden Häusern und auf der Döblinger Hauptstrasse.

Was hat die TeilnehmerInnen aber letztendlich zur Sicherheitspartnerschaft geführt?

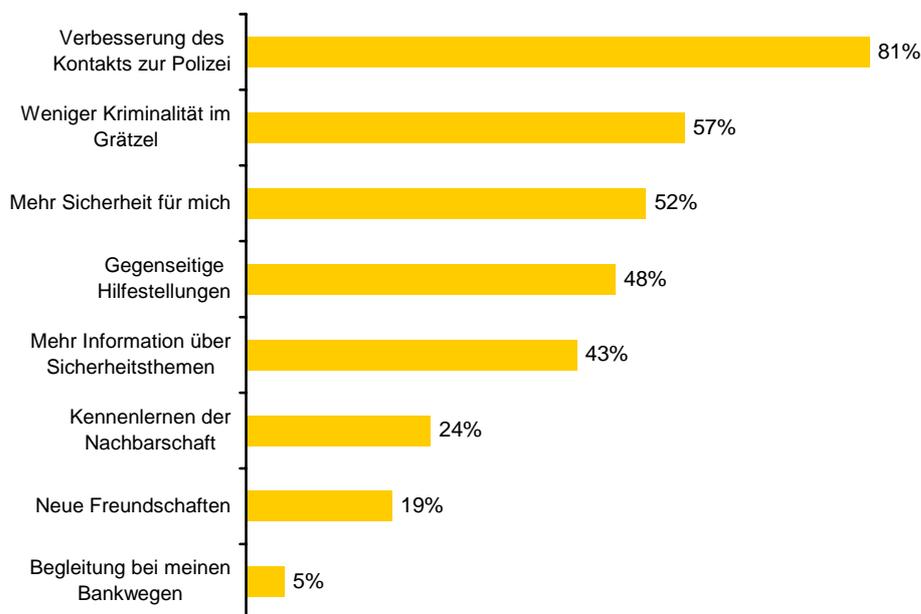
Bei der Auswertung der Fragebögen stellte sich heraus, dass eine deutliche Mehrheit (67 %) von der Polizei über die Sicherheitspartnerschaft erfahren hatte. 19 % gaben an, über einen Infozettel im Haus oder Aushang informiert worden zu sein. Zwei weitere Befragte hatten von anderen TeilnehmerInnen von dem Projekt gehört und wurden zu einem Gruppentreffen mitgenommen.

Diejenigen, welche über einen öffentlichen Aushang oder Flugzettel auf das Projekt aufmerksam wurden, meldeten sich telefonisch am Wachzimmer auf der Hohen Warte, um sich weitere Informationen zu holen. Vor Projektstart wurden alle TeilnehmerInnen von den Revierinspektoren angerufen und in eine Arbeitsgruppe eingeladen.

Die Motive, welche für die Teilnahme genannt wurden, sind bei den meisten Interviewten ähnlich und lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Im Vordergrund stand die Absicht, andere BewohnerInnen des Grätzels kennen zu lernen, um die Kontakte in der unmittelbaren Wohnumgebung zu vertiefen. Ein weiterer Teilnahmegrund war das Interesse, sich über Probleme im Grätzel auszutauschen und den Kontakt zur Polizei zu intensivieren. Damit einher ging der Wunsch, im Grätzel „etwas zu bewegen“ (Ergebnisse der schriftlichen Befragung – siehe Abbildung 13). Probleme mit Kriminalität oder Viktimisierungserfahrungen waren bis auf eine Ausnahme kein Grund zur Teilnahme an dem Projekt.

Abbildung 13: Was erwarten sich TeilnehmerInnen vom Projekt Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling? (n=21, Mehrfachantwort möglich)



Den meisten war es ein Anliegen, mit ihrer Teilnahme ein Zeichen gegen die Anonymität in der Nachbarschaft zu setzen und soziale Kontakte wieder aufleben zu lassen. Ein Befragter formulierte das folgendermaßen:

„Dass ich a bissl von dieser Mentalität abkomme, es kennt eh schon keiner seinen Nachbarn mehr und ich jetzt schon gemerkt habe, dass die Bereitschaft da is, gemeinsam was zu tun und auch gemeinsam zu kommunizieren. Also dass die Leute net so san, ah ich sperr mich zu Hause ein und ich hab meine vier Freunde, die treff ich dann beim Heurigen und ähm was anderes brauch ich nicht, was anderes will ich nicht, was anderes hab ich nicht. Ähm, die Bereit-

schaft ist doch vorhanden, des is glaub ich einer der wichtigsten Aspekte, die ich daraus gezogen habe.“

Hier wird Anonymität als Nachteil des Zusammenlebens in der Großstadt thematisiert. In Bezug auf Sicherheit bedeutet Anonymität eine Auflösung informeller sozialer Netzwerke, einen Verlust sozialer Kontrolle in der Wohnumgebung und damit eine Erhöhung der Unsicherheitsgefühle. Die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling ermöglichte ein Zusammenreffen von GrätzelnbewohnerInnen und leistete damit einen Beitrag, Nachbarschaftsbeziehungen (wieder-)herzustellen.

Das Angebot der Polizei zur Zusammenarbeit wurde von den Befragten positiv, teilweise sogar mit Begeisterung aufgenommen, wie folgendes Zitat veranschaulicht:

„Das heißt, sie zeigen auch verstärkt durch diese Sicherheitspartnerschaft jetzt ähm durch Einsätze, durch verstärkte Streifen, ect. und das was sie eingebracht haben, den Input, den sie gebracht haben, dass sie das auch leben. Und damit net sagen, okay, wir machen jetzt irgendein Projekt, weil sich irgendwer einen Orden a Mascherl oder sonst was aufhängen möchte und irgendwie schaut das Ganze (...), man tut nichts dafür. Im Gegenteil, sie tun wirklich was dafür. Es gibt auch Dinge, wo man sagt, ja das mach ma jetzt, großartig.“

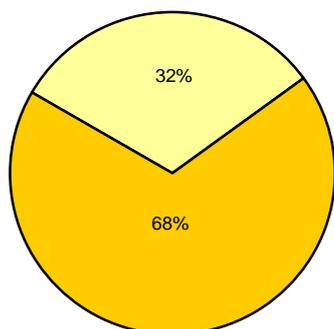
Das lässt darauf schließen, dass die Polizisten Authentizität vermittelten, woraufhin sich die TeilnehmerInnen mit ihren Anliegen respektiert und ernst genommen fühlten.

Damit verbunden waren aber auch große Erwartungen einiger Personen an die Revierinspektoren im Hinblick auf die Lösung lokaler Problemlagen. Bei den meisten Befragten herrschte ein Bild der Polizei vor, das am besten mit „Autorität“ und „Gesetzeshüter“ umschrieben werden kann. Im nächsten Kapitel wird auf damit einhergehende Vorstellungen und Zuschreibungen sowie deren Veränderungen im Verlauf der Sicherheitspartnerschaft eingegangen.

7.2.2 Wahrnehmung der Polizei

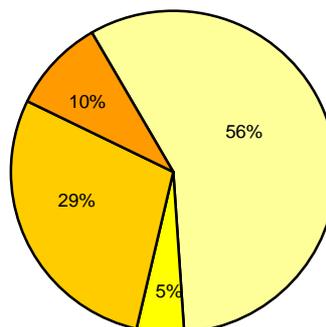
Insgesamt sahen die Befragten die Polizei als „Garant“ für die Herstellung öffentlicher Ordnung und Sicherheit. Bei der Durchführung ihres gesetzlichen Auftrages wurde die Sicherheitswache Döbling vor Beginn des Projekts von 68 % durchaus positiv – als „Freund und Helfer“ – wahrgenommen. 32 % der Befragten empfanden die Polizei vorwiegend als eine Instanz, die „Kontrolle und Strafe“ ausübt.

Abbildung 14: Die Polizei in Döbling ist jemand, der..... (n = 19)



■ Kontrolle und Strafe ausübt
 ■ Freund und Helfer für Sie ist

Abbildung 15: Kontakt zur Polizei – vor dem Projekt (n = 20)



■ nie
 ■ einmal
 ■ mehrmals
 ■ öfters

44 % der Befragten gaben an, im letzten Jahr Kontakt zur Polizei in Döbling gehabt zu haben. Die persönlichen Erfahrungen basierten vorwiegend auf Ereignissen wie Verkehrskontrollen oder Anzeigenerstattung. Auffallend war hierbei, dass die Befragten bisher vor allem in repressiven Kontexten Kontakt zu den BeamtInnen des Polizeikommissariats Hohe Warte hatten. Wenn es also um individuelle Erfahrungen ging, wurde die Polizei eher mit repressiver und wenig mit bürgerorientierter Kompetenz assoziiert. Dass das Spektrum der Polizei auch diese Kompetenz umfasst, war eine neue und angenehme Erfahrung. Eine Teilnehmerin beschrieb ihr Erstaunen über diese neue Form bürgernaher Polizeiarbeit folgendermaßen:

„Jo, weil normal kennt ma sie ja nur von anders, nh? Von der Streife her oder wenn man aufs Kommissariat geht, hinterm Schreibtisch, net? Aber so Angesicht zu Angesicht in einer mehr oder weniger doch privaten, intimen Atmosphäre tät i sogn, diese Erfahrung hatte ich noch nicht mit der Polizei (lacht).“

Nach wie vor vermittelten die uniformierten BeamtInnen eine gewisse Autorität, die durchaus ein Hindernis für die Umsetzung bürgernaher Polizeiarbeit war. So äußerten einige Befragte Ängste, die Revierinspektoren anzusprechen oder „nur“ aufgrund eines Verdachtes anzurufen und in Folge als „Querulant“ zu gelten. Diese Hemmschwellen konnten im Verlauf der Gruppentreffen aufgezeigt und thematisiert werden. Mehrmals mussten die Revierinspektoren versichern, dass sie lieber im Vorfeld tätig werden, als im Nachhinein, wenn bereits etwas passiert ist. Diese Betonung des präventiven Ansatzes der Polizeiarbeit war für die meisten TeilnehmerInnen ungewohnt und neu, wurde aber sehr positiv aufgenommen:

„Also, dass die Polizei des sogar f ö r d e r t Hinweise zu bekommen. Und nicht sagt, i bin jetzt beleidigt, weil i bin umsonst dort hingefahren und da war nix.“

Dass des eher umgekehrt is. Dass sie absolut nicht es einem verübeln, nicht, weil's eigentlich aus übertriebener Vorsicht vorkommen kann.“

Die Tatsache der Schließung zweier Wachzimmer in Oberdöbling und die dadurch entstandene Wahrnehmung einer verminderten Polizeipräsenz auf der Döblinger Hauptstraße lösten vor allem bei älteren TeilnehmerInnen Unmut aus:

„Ich bin in der Diktatur aufgewachsen oder was immer man da dazu vielleicht sagen kann, aber man hat des Gefühl, die Polizei is eigentlich nur noch so a Aufputzmascherl. Man sieht keinen, außer den Verkehrspolizisten, man wüsste gar nicht, wo man sich hinwendet, man könnte also sagen, so richtig verlassen. Gar nix mehr.“

Gerade diese Zielgruppe wünschte sich auch verstärkte Kontrollen im öffentlichen Raum - insbesondere mehr Streifen auf der Döblinger Hauptstraße und bei der U-Bahnstation Spittelau. Dahinter stand die Annahme, dass alleine durch die Anwesenheit uniformierter BeamtInnen „konformes Verhalten“ erzeugt und kriminelle Delikte verhindert werden können.

Das Projekt ermöglichte den TeilnehmerInnen eine neue Sichtweise auf zentrale polizeiliche Aufgaben wie die Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die genaue Funktion des Rayonspolizisten, oder so genannten Grätzelpolizisten war dem Großteil der Befragten vor der Durchführung der Sicherheitspartnerschaft nicht bekannt. Das Projekt diente also auch dazu, die Rayonsinspektoren als Ansprechpartner für Sicherheitsfragen bekannt zu machen sowie deren Tätigkeitsspektrum aufzuzeigen. Um die Kommunikation zu vereinfachen, wurden Informationszetteln mit Namen und Telefonnummern der Grätzelpolizisten an die TeilnehmerInnen verteilt, mit der Aufforderung, sich jederzeit mit Fragen oder Problemen telefonisch zu melden. Alleine dieses Angebot von Seiten der Polizei zeigte schon Wirkung auf das Sicherheitsgefühl der TeilnehmerInnen:

„Also, ich würde sagen jetzt, ich hab mir auf alle Fälle mal die Telefonnummern groß hingeklebt, neben dem Schreibtisch, dass ich sie sehe, falls wirklich, wenn wirklich etwas wäre, finde ich es irgendwie schon beruhigend, den direkten Draht zu haben. Des gefällt mir schon, ja. Dass i net in die Anonymität anrufe, sondern dass i weiß, wenn i den und den anruf und ich erreiche ihn natürlich, nh? Dass i den kenn und dass man vielleicht mit dem anders reden kann und der mir auch anders zuhört als jetzt XXY, den i überhaupt net kenn, nh? (...) Dann komm ich mir irgendwie aufgehobener vor oder beschützt vor. Vielleicht is des nur Einbildung, ich weiß es nicht, aber ja (lacht).“

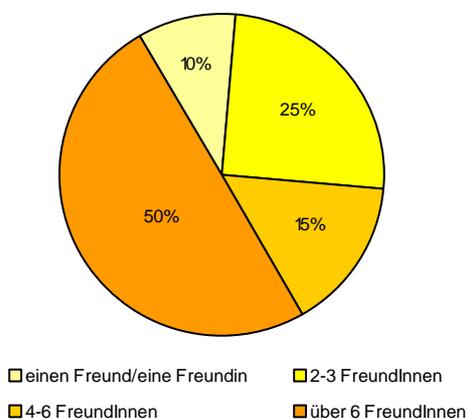
Damit wurde auf das Bedürfnis der BewohnerInnen nach „Polizisten zum Anfassen“ eingegangen. Dieser Schritt von Seiten der Sicherheitswache, sich in ein bürgernahes Verhältnis zur Begeben, sozusagen „anfassbar zu werden“, war unerlässlich für den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zur Bevölkerung. Nur auf einer vertrauensvollen Basis konnten lokale Probleme in enger Zusammenarbeit mit den jeweils betroffenen BürgerInnen bearbeitet werden.

7.2.3 Kommunikationsprozesse oder „Welche Funktion hatte die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling für die sozialen Kontakte der TeilnehmerInnen?“

Vor Beginn des Projekts wurden die TeilnehmerInnen gebeten, ihre sozialen Kontakte anhand von spezifischen Fragen einzuschätzen. Wie die Grafik zeigt (siehe Abbildung 16), verfügte die Mehrheit der TeilnehmerInnen über ein relativ dichtes soziales Netz. 65 % der Befragten gaben an, zumindest vier FreundInnen oder Bekannte zu haben, mit denen sie sich mindestens einmal, 38 % sogar mehrmals pro Woche treffen. In Notfällen standen allen Befragten AnsprechpartnerInnen in der unmittelbaren Umgebung zur Verfügung. Genannt wurden dabei in erster Linie FreundInnen und Bekannte (67 %) sowie NachbarInnen.

Darüber hinaus präsentierten sich ca. 3/4 der TeilnehmerInnen als mobil und selbständig, da sie von niemanden außerhalb des Haushalts Hilfe oder Unterstützung bei Besorgungen oder Pflegeleistungen in Anspruch nahmen. Umgekehrt waren 24 % in der Kinderbetreuung aktiv, während 38 % andere bei der Erledigung von Besorgungen unterstützten. Dieses Potential an sozialem Engagement bei ca. 1/3 der TeilnehmerInnen bestätigte sich auch im Verlauf des Projekts.

Abbildung 16: Anzahl FreundInnen und gute Bekannte (n = 20)



Die Teilnahme war freiwillig und ehrenamtlich. Die BürgerInnen wurden eingeladen, sich in der Freizeit für Sicherheitsanliegen in ihrer Wohnumgebung zu engagieren. Auch aus diesem Grund war es wichtig, die gemeinsamen Treffen so angenehm wie möglich zu gestalten und bei der Zusammensetzung der Gruppen auf die Abstimmung der Bedürfnisse der TeilnehmerInnen zu achten.

Durch die Regelmäßigkeit der Treffen und die gemeinsame Bearbeitung lokaler Problemlagen ging das Projekt nicht nur über klassische „neighborhood-watch“-Programme²³ hinaus, sondern kam explizit dem Anliegen der TeilnehmerInnen nach, die bestehenden Kontakte im Grätzel zu vertiefen bzw. neue Kontakte zu knüpfen (siehe Kap. 7.2.1).

Die Funktion der Sicherheitspartnerschaft für die Förderung „sozialer Kontakte“ war im Projektverlauf in vier Ausprägungen erkennbar:

a) *Die Sicherheitspartnerschaft als Selbsthilfegruppe*

Mehrere Befragte äußerten zu Beginn Unzufriedenheit mit den eigenen sozialen Kontakten, insbesondere wurde das Zusammenleben im Gemeindebau als belastend genannt. Einige TeilnehmerInnen hatten bereits Nachbarschaftskonflikte hinter sich und äußerten in den Treffen auch immer wieder ihre Unzufriedenheit mit den erreichten Lösungen. Von ihnen wurde sozusagen ein „Zerfall“ des Zusammenlebens im Gemeindebau festgestellt, der ihrer Meinung nach vor allem auf dem rücksichtslosen Umgang der jungen Generation mit den Älteren und dem Desinteresse am Allgemeinwohl zurückzuführen sei. Die Abschaffung der HausbesorgerInnen und das damit verbundene Verschwinden von Ansprechpersonen bei sozialen Konflikten und Zuständigkeiten - wie der Instandhaltung der Stiegen - löste bei den betroffenen Anwesenden Unsicherheit und Unmut aus. Hier war der gegenseitige Austausch im Umgang mit den genannten Problemen wichtig:

„Na sicher hab ich persönlich was profitiert davon und zwar, dass i bei manche Themen schon geglaubt hab ich bilde mir irgendwas ein, oder sonst was, und dann hab ich gesehen, dass es anderen genauso geht. Also is des irgendwie a (...) a Beruhigung auch für mich, dass I net glaub, ich bin a Querulant oder sonst was, dass andere mit die selben Probleme zu kämpfen haben.“

²³ BürgerInnen werden in derartigen Programmen als präsenze, geregelte Überwachungsinstanz in ihrer Wohnumgebung eingesetzt und entlasten damit die Polizei von sozialer Kontrolle durch genaue Beobachtung des Alltags. Ziel ist unter anderem eine Entlastung des Streifendienstes der Polizei. Dieser Ansatz zeichnet sich im Vergleich zu Formen „bürgernaher Polizeiarbeit“ durch eine starke Kontrollintensität aus und trägt zur „Verpolizeilichung“ von Freiwilligen bei (Prätorius in: Lange 2003: 312 ff).

Im Mittelpunkt stand also der Austausch der Betroffenen mit dem Fokus auf gegenseitige Hilfestellungen im Alltag. Damit wies die Sicherheitspartnerschaft durchaus auch Charakteristika einer Selbsthilfegruppe (Trojan 1986) auf, denn es handelte sich um einen freiwilligen Zusammenschluss von Menschen, die sich mehr oder weniger mit den gleichen „Disorder-Problemen“ konfrontiert sahen und Copingstrategien entwickeln wollten. Das gemeinsame Anliegen war die Beseitigung der störenden bzw. verunsichernden Faktoren in der Wohnumgebung. In solchen Phasen des Austausches wurden Interventionen von Seiten der anwesenden Polizisten möglichst vermieden und der Fokus auf die sozialen Prozesse in den Gruppen gelegt.

b) *Die Sicherheitspartnerschaft als Möglichkeit der Organisation von Nachbarschaftshilfe*

Das Ziel, Nachbarschaftshilfe direkt zwischen den TeilnehmerInnen zu arrangieren, konnte nicht wie geplant erreicht werden. Es stellte sich heraus, dass zwar die Bereitschaft „mobiler“ TeilnehmerInnen durchaus gegeben war, ältere Menschen bei alltäglichen Wegen zu begleiten, die Sicherheitspartnerschaft aber nicht den richtigen Rahmen für die Organisation derartiger Hilfeleistungen bot. Um dem Bedürfnis vor allem älterer TeilnehmerInnen nach Unterstützung im Alltag gerecht zu werden, wurde eine Vernetzung mit einer lokalen Initiative angestrebt, die Nachbarschaftshilfe vermittelt. Das Wissen um dieses Angebot wurde von den TeilnehmerInnen als Bereicherung wahrgenommen:

„Weil Du alleine, selbst wenn Du zehnmal dort gewesen wärst, kannst du das nie abdecken, was so a Verein abdecken kann, nh? Weil wann i jetzt, aber wann i jetzt weiß, aha die Frau Meier dort und dort braucht jemanden, kann i entweder selber dort anrufen oder i kann der Frau Meier sagen, rufens dort an, die können, die können ihnen helfen. Des is schon super, nh?“

c) *Die Sicherheitspartnerschaft als Initiator von BürgerInnenbeteiligungsprozessen*

Ein Teil der Interviewten bezeichnete sich schon vor dem Projekt als privat engagiert und hatte bereits versucht, Veränderungen im Wohnumfeld herbeizuführen. Die Sicherheitspartnerschaft bot ihnen Gelegenheit, Verbündete für die eigenen Anliegen zu finden und gemeinsam gestärkt gegenüber Behörden und PolitikerInnen aufzutreten.

In diesem Punkt unterschied sich das Projekt kaum von anderen BürgerInnenbeteiligungsprojekten, welche vor allem die Aktivierung von Betroffenen und deren Einbindung in kommunale Entscheidungsprozesse zum Ziel haben.²⁴

d) *„Interne“ Öffentlichkeitsarbeit der Sicherheitspartnerschaft*

Zu Beginn des Projekts gab es ein verstärktes Interesse von Seiten der Medien an der kriminalpräventiven Maßnahme der Sicherheitswache Döbling. Die Berichterstattung ging jedoch über lokale Medien kaum hinaus und wurde auch nicht weiter forciert. Viel wichtiger war in diesem Zusammenhang aber die „Öffentlichkeitsarbeit“ durch die TeilnehmerInnen, welche die Idee der Zusammenarbeit der Polizei mit der Bevölkerung und die tatsächliche Arbeit in den Gruppen im Grätzl weiterkommunizierten:

„Also ich find diese Geschichte wirklich gut und ich red mit so vielen KollegInnen und Verwandten, Bekannten, die alle sagen, wir hätten das gerne in unserem Bezirk auch. Meine Cousine wohnt im 20. Bezirk, da gibt's dasselbe Problem mit Drogen und so weiter. Sie sogt, des is einfach schlimm. Ja und die Leute fürchten sich (...) Aber ich hab erzählt von diesem Projekt und die würden sich das alle wünschen.“

Einige BürgerInnen praktizierten bereits während der Durchführung der Sicherheitspartnerschaft eine Art „Delegiertensystem“. Informationen und Ergebnisse wurden in der Nachbarschaft weiterkommuniziert und umgekehrt Anregungen bzw. Ideen von nichtteilnehmenden BewohnerInnen in die Treffen eingebracht. Mit der Teilnahme bot sich also auch die Gelegenheit, gemeinsame Gesprächsthemen mit anderen BewohnerInnen des Grätzels zu finden.

7.2.4 Anforderungen der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling

Die Anforderungen an die GrätzelbewohnerInnen waren vielfältig und können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Zeitliche Flexibilität, um an den monatlich stattfindenden Gruppentreffen teilnehmen zu können,
- die Bereitschaft, sich auf Gruppenprozesse einzulassen,
- eine aktive Beteiligung an der Bearbeitung lokaler Problemlagen,

²⁴ Zur Entstehung und Förderung von Bürgerbeteiligungsprozessen siehe auch: Wissenschaftszentrum Wien: Charakteristika und Spannungsfelder eines Lokalen Agenda 21-Prozesses. Evaluation des kommunikativen Prozesses und der politischen Partizipation der Lokalen Agenda 21 Alsergrund. November 2002.

- die Übernahme von Aufgaben auch außerhalb der Gruppentreffen und
- die Bereitschaft zur intensiven Zusammenarbeit mit den Revierinspektoren.

Für einen Großteil der Befragten waren die an sie gestellten Anforderungen „in Ordnung“, jedoch äußerten einzelne auch Ängste, zu viele Aufgaben übernommen zu haben bzw. sich in Zukunft nicht im gewünschten Ausmaß engagieren zu können, was folgende Aussage veranschaulicht:

„Na jo, es is halt schon eher meine Meinung, jetzt is des angefangen worden vom Major, jetzt hot sie da wer gefunden, in Zeiten wie diesen nicht einfach, und vor allem man sieht, dass auch einer etwas bewegen kann (...) Für meine Person, i was net, wann i ma des heut do so alles angeschaut hab, würd ich eher sagen für mei Person schwappt ma des wie die Flut übern Kopf eigentlich eher (lacht).“

Das verweist auf einen wahrgenommenen Handlungsdruck, der im Verlauf des Projekts entstand. Als Beispiel kann der Wunsch einer Gruppe nach der Umsetzung eines Sicherheitsfestes angeführt werden. Die konkrete Planung verlangte nach der Verteilung von Aufgaben und einer intensiven Kommunikation aller Beteiligten auch außerhalb der gemeinsamen Treffen. Die Aufforderung an TeilnehmerInnen anderer Gruppen, sich ebenfalls zu beteiligen wurde von drei Personen wahrgenommen. Die anderen grenzten sich deutlich ab, mit der Begründung, nicht die zeitlichen Ressourcen für eine Mitarbeit zu haben.

7.2.5 Bewertung der erarbeiteten Lösungen und ihrer Umsetzungschancen

Wie schon mehrmals erwähnt, erwies sich die Bearbeitung konkreter lokaler Problemlagen als gute Form der Umsetzung des partnerschaftlichen Dialogs der Polizei mit der Bevölkerung. Im Verlauf des Projekts konnten tatsächlich eine Reihe von Lösungen erarbeitet und mit deren Umsetzung begonnen werden.

Überraschend war die realistische Einschätzung der TeilnehmerInnen in Bezug auf die Wirkung der erarbeiteten Lösungen. Es erwartete sich niemand „Unmögliches“, sondern vielmehr Veränderungen in kleinen Kontexten. Ein Befragter, der an Lösungen zur Hundeproblematik mitgearbeitet hatte, schätzte die Wirkung des Informationszettels für HundebesitzerInnen folgendermaßen ein:

„Ich glaube nicht, ich glaube noch nicht, weil ähm erstens ist das Hundeproblem, man muss ja den Leute eine Alternative bieten, auch den, sagen wir den ähm

verständnissvolleren Hundebesitzern, weil's da auch wieder verschiedene Kategorien gibt, nh? Aber auch die, die grundsätzlich eher ein Einsehen haben, die wollen natürlich, sagen dann, das mach ich jetzt, nh? Und es gibt andere, denen ist das egal und die haben wir leider hier auch.“

Die realistische Einschätzung des Veränderungspotentials der Sicherheitspartnerschaft als Initiative war in allen Gruppen gegeben und verweist auf eine gelungene Kommunikation der Möglichkeiten und Grenzen des Projekts auf Grätzelebene.

Insgesamt herrschte in den Gruppen die Meinung vor, dass ein Engagement für lokale Problemlagen mit Unterstützung der Sicherheitswache Döbling mehr Erfolg hat, als bisherige Einzelaktivitäten oder Zusammenschlüsse der BewohnerInnen untereinander. Gerade, was die Umsetzung des Verkehrskonzeptes betraf, konnten sich einige BewohnerInnen bisher kaum Gehör bei der Bezirksvorstehung verschaffen. Ein Betroffener formuliert das folgendermaßen:

„Also ich hab da a schon genug hineingesteckt. Und des letzte war, da mit ihr, dass ma da noch was gemacht haben und dann hab i gsagt, jetzt is aus, jetzt mag ich nimmer mehr, weil außer Spesen nichts gewesen. Der Schulwart hat anscheinend a schon versucht, der hats a schon aufgeben und ich hab ma halt gedacht, des kann's net sein, des muss doch gehen irgendwie. Aber der Bezirksvorsteher is da anscheinend (.) der braucht a Uniform. Da war nix zu machen, net.“

In diesem Zusammenhang gab es durchaus die Erwartung der TeilnehmerInnen an die Revierinspektoren, dass die Anliegen der Sicherheitspartnerschaft auch nach außen vertreten werden. Mit Unterstützung der Polizei Döbling schienen vorher unlösbare lokale Problemlagen auf einmal wieder lösbar. Anders formuliert: Der subjektive Handlungsspielraum der TeilnehmerInnen betreffend einiger problematischer Sachverhalte hatte sich erweitert.

Als ein positiver Effekt des Projekts wurde der durch die Sicherheitswache kommunizierte Rückgang der Kriminalität im Grätzel gesehen. Einige Befragte sahen darin eine Bestätigung ihrer Tätigkeit als engagierte BürgerInnen, die sich in ihrem Wohnumfeld mit Sicherheitsthemen auseinandersetzen und intensiv mit den Revierinspektoren zusammenarbeiten.

Darüber hinaus erkannten einige TeilnehmerInnen in der Sicherheitspartnerschaft eine abschreckende Wirkung auf professionelle Einbrecherbanden. Die Vorstellung war, dass wenn sich herumspricht, dass Polizei und Bevölkerung in einem Grätzel zusammenarbeiten, dieses in Zukunft von „Kriminellen“, vor allem Einbrechern gemieden wird.

„(..) weil ich vermute schon sehr stark, dass des do einiges bewegt, nämlich dass sich das und das hab i ganz am Anfang a schon gesagt, dass sich das unter die Ganoven herumspricht. Und deswegen, w e i l der Revierinspektor hat ja auch gsagt, sie haben kaum (.) irgendwelche Akte oder was, von Einbrüche o-der so anscheinend. Na, des breitet sich, also i bin überzeugt, des breitet sich wie ein Lauffeuer rum, dass da was geschieht, dass die Leut aufpassen. Also von der Seiten her, durchaus.“

7.2.6 Fortsetzung bürgernahe Polizeiarbeit

Alle Befragten sprachen sich für die Fortsetzung der Sicherheitspartnerschaft aus und zeigten großes Interesse an einer weiteren Teilnahme. Gemeinsam wurden Überlegungen angestellt, in welcher Form auch nach dem Ausstieg des Projektpartners Fonds Soziales Wien bürgernahe Polizeiarbeit umgesetzt werden kann. Nicht nur polizeiintern wurde über Möglichkeiten einer Fortsetzung der Sicherheitspartnerschaft diskutiert; auch die TeilnehmerInnen machten sich Gedanken darüber.

An oberster Stelle stand der Wunsch, weiterhin in Gruppen von ca. 8-10 Personen Informationen mit der Polizei auszutauschen. Die moderierte Bearbeitung lokaler Problemlagen sollte auch in Zukunft Bestandteil der Treffen sein.

Prinzipiell konnten sich die Befragten vorstellen, neue GrätzelpolizistInnen einzuladen, sozusagen die Sicherheitspartnerschaft für Interessierte zu öffnen. Jedoch sollte bei sehr großem Interesse eher ein „Delegiertensystem“ eingeführt werden, wie es auch im Verlauf der Sicherheitspartnerschaft schon von TeilnehmerInnen praktiziert wurde.

Uneinigkeit herrschte darüber, welche Rolle die Revierinspektoren in Zukunft spielen könnten. Für einen Großteil der Befragten waren diese als Hauptakteure unverzichtbar, andere waren der Meinung, dass die Grätzelpolizisten anlassbezogen eingeladen werden sollten und die Organisation und Moderation der Treffen nicht eine polizeiliche Aufgaben sein muss.

Einigkeit herrschte darüber, dass die Treffen in ein- bis zweimonatigen Abständen stattfinden sollten. Darüber hinaus wünschte sich die Mehrheit einen Austausch mit den anderen Gruppen und mehr Kommunikation untereinander.

Der Vorschlag, die Sicherheitspartnerschaft auf Teile Döblings oder andere Bezirke auszuweiten stieß auf große Zustimmung. Die Idee der Schaffung eines Netzwerkes von ak-

tiven BürgerInnen, die Wien als Stadt „sicherer“ machen, fand großen Gefallen bei den Befragten. Das kriminalpräventive Projekt sollte in Zukunft langsam ausgeweitet und langfristig zu einer fixen Einrichtung werden. Ein Befragter bot jetzt schon seine aktive Mitarbeit bei der Weitergabe seiner Erfahrungen und der Organisation von Sponsoren an.

Obwohl in den Interviews die vorher beschriebenen Vorschläge zur Verbesserung des Projekts genannt wurden, signalisierten alle Befragten gleichzeitig eine prinzipielle Offenheit und Neugierde für die weitere Entwicklung des Projekts und zeigten die Bereitschaft, sich auf eine Fortsetzung – in welcher Form auch immer - einzulassen.

7.3 Die Sicherheitspartnerschaft aus Sicht der Projektdurchführenden

In der Abschlussphase des Pilotprojekts wurden Interviews mit den Projektdurchführenden der Polizei Döbling sowie **TEAM FOCUS** geführt. Diese Interviews und die Auswertung von Protokollen gemeinsamer Treffen dienten als Grundlage für die Darstellung der Ergebnisse im folgenden Kapitel.

7.3.1 Sicherheitswache Döbling

7.3.1.1 Motivation zur Durchführung des Projekts

„Der Grätzelpolizist ist ein Teil des Dorfes in der Stadt.“

Die Idee der Umsetzung eines Projekts bürgernaher Polizeiarbeit entstand im Sommer 2004 während der Durchführung von Sicherheitsgesprächen an sogenannten neuralgischen Punkten des Bezirks. Schon damals stellten die BeamtInnen fest, dass eine einmalige Beratung das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung langfristig nicht positiv beeinflussen konnte. Folglich entstand die Idee in einem ausgewählten Grätzl, Kontakte in der Nachbarschaft zu fördern und informelle Netzwerke zur gegenseitigen Unterstützung im Alltag zu schaffen. Damit wollte die Exekutive ein Zeichen gegen die Anonymität setzen und das Sicherheitsgefühl der BewohnerInnen erhöhen. Ziel war es, Alltagsprobleme zu „entinstitutionalisieren“ und die Eigeninitiative der BewohnerInnen auf lokaler Ebene zu fördern:

„In der Stadt, wo die Situation ist, dass der Nachbar den Nachbar nicht kennt und dass viele Dinge, die eigentlich normal durch Kommunikation durch Gespräche geregelt werden könnten, (...) ähm braucht man Institutionen dafür, es wird alles institutionalisiert, zuviel institutionalisiert. Und dadurch, je weniger die Leut

miteinander reden, braucht man dann die Polizei, wenn Konfliktsituationen sind und so weiter.“

Die Zusammenarbeit der Sicherheitswache Döbling mit **TEAM FOCUS** ergab sich über das Regionalforum Döbling. Den Polizisten war die Arbeit von **TEAM FOCUS** aufgrund von zwei sozialen Erhebungen im Bezirk bekannt. Nach einer Abklärung der Aufgaben und Funktionen erfolgte die Erstellung eines Projektplanes, der als Grundlage für die weitere Vorgehensweise diente. Durch die Kooperation mit dem Fonds Soziales Wien gab es Ressourcen für die Projektdurchführung, die sowohl eine Prozessbegleitung wie auch eine Evaluation möglich machten.

7.3.1.2 Kommunikationsprozesse oder „Welche Funktion hatte die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling für die bürgernahe Polizeiarbeit im Bezirk“?

Für BewohnerInnen Oberdöblings war die Polizei nach wie vor eine wichtige, unspezifische Hilfseinrichtung, an die sie sich mit verschiedensten Problemen wenden konnten. Bei den Anlässen für Einsätze von Funkstreifenwagen waren Fälle „echter“ Kriminalität die Ausnahme. Nach Einschätzung der Sicherheitswache Döbling geht es bei ca. 2/3 der Einsätze um Nachbarschaftsstreitigkeiten, Ruhestörungen, sonstige Konflikte sowie verschiedene Hilfe- oder Dienstleistungen.

a) Ausbau der bürgerorientierten Kompetenz der Rayonspolizisten

Der gesetzliche Auftrag, die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Stadtteil aufrechtzuerhalten, erweitert die Rolle des/der Polizisten/in um den Anspruch der Bürgerorientierung bei der aktiven und vorbeugenden Lösung von Problemen. Das Grätzel mit seinen BewohnerInnen wird als Partner und Koproduzent für Ordnung und Sicherheit gesehen.

Bisher wurde bürgernahe Polizeiarbeit vor allem in Form der Rayons- oder sogenannten „GrätzelpolizistInnen“ im Bezirk umgesetzt. Die Intensität und der Organisationsgrad der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung hingen von der Arbeitsbelastung und dem Engagement der jeweiligen BeamtenInnen ab. Es lag also im Ermessen des/der jeweiligen Rayonspolizisten/in, inwiefern er/sie sich unter gegebenen organisatorischen Rahmenbedingungen auch für soziale Anliegen der Bevölkerung einsetzte.

Der zuständige Major sah das Projekt Sicherheitspartnerschaft als eine Möglichkeit, die bürgerorientierte Kompetenz der Polizei auf lokaler Ebene auszubauen. Polizeintern gab es die Regelung, dass den Revierinspektoren mehr Zeit für die Tätigkeit im Grätzel zur Verfügung stand. In den letzten 6 Monaten war die Sicherheitspartnerschaft fixer Bestandteil des Arbeitsalltags der Revierinspektoren. Die Betreuung der TeilnehmerInnen

setzte sich teilweise über die Gruppentreffen hinaus fort und gestaltete sich in Einzelfällen sehr zeitintensiv.

Im Verlauf der Sicherheitspartnerschaft zeigte sich, dass den Revierinspektoren Vorerfahrungen im Umgang mit sozialen Problemlagen zu gute kamen:

„Ich bin eigentlich lang Vortragender bis zu den Maturaklassen gewesen und hab da unten (..) früher die ganzen Integrationsklassen gehabt. (..) Wir haben auch irrsinnig viel, vor allem weil ich ständig mit dem Funkwagen fahre, irrsinnig viel mit sozialen Einrichtungen zu tun, öfter bei Kindeswegnahmen. Da sind wir mit den Sozialarbeiterinnen zusammen. Die haben uns oft dann gebeten, bitte reden sie mit der Mutter oder dem Vater (...).“

Die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling, als Form bürgernaher Polizeiarbeit, verlangte von den Rayonspolizisten die Aneignung sozialer Kompetenzen im Umgang mit der Bevölkerung. Bei den meisten Problemen stand eine soziale und weniger rechtliche Analyse von Problemlagen im Vordergrund.

b) Aufbau eines partnerschaftlichen Dialoges

Das Projekt bot den Revierinspektoren die Möglichkeit, unterschiedliche AkteurInnen im Grätzler kennen zu lernen und eine Zusammenarbeit im partnerschaftlichen Sinne zu forcieren:

„Es wird eine Vertrauenssituation hergestellt. Der Revierinspektor ist ein Teil der ganzen Sache (..) Die Revierinspektoren sind nicht mehr nur Namen, sondern bekommen Gesichter. (...) Wir werden angerufen (...) ähm das ist eine partnerschaftliche Situation. Da ist natürlich das Verhalten der Polizeibeamten bei den Gruppentreffen sicherlich auch wichtig. Es ist sicherlich wesentlich, dass man nicht so eine Frontalsituation machen sollte oder wie ich schon geschrieben habe, es soll keine Ober- und Unterordnung geben. Ab dem Zeitpunkt, wo man weiß, man sitzt im gemeinsamen Boot, tut man sich leichter.“

Die Revierinspektoren versuchten, den Kontakt zu den BewohnerInnen auch zwischen den Treffen aufrechtzuerhalten und im Grätzler präsent zu sein. Im Durchschnitt wurden die TeilnehmerInnen zweimal pro Monat angerufen, wobei ein Anruf als Einladung zum nächsten Treffen diente. Diejenigen, welche telefonisch nicht erreicht werden konnten, wurden von den Rayonspolizisten persönlich aufgesucht.

Der Aspekt, dass BewohnerInnen inner- und außerhalb der Gruppentreffen verstärkt ihre Anliegen kommunizierten, wurde von beiden Revierinspektoren als sehr positiv erlebt. Die Rayonspolizisten nahmen sich bewusst Zeit, Sorgen, Wünsche sowie Beschwerden der Bevölkerung anzuhören. Damit bekamen sie Einblicke in lokale Problemlagen, wie sie vorher in diesem Ausmaß nicht vorhanden waren. Durch den intensiven Informationsfluss erschloss sich auch die Möglichkeit, präventiv tätig zu werden, d. h. im Vorfeld deeskalierende Maßnahmen zu setzen und nicht erst im konkreten Krisenfall:

„Die Arbeit ist jetzt intensiver als vorher. Vorher bist vielleicht ein- oder zweimal ins Grätzel gegangen für eine Stunde, aber wir haben da schon viel Zeit verbracht. (...) Jetzt hat man doch mehr Einblick in das ganze. (...) Die Leute rufen auch öfter an, wenn ihnen was auffällt. Dann fahren wir hin, meistens is eh nix, aber besser einmal zu viel, als es passiert was.“

c) *Integration ins „Grätzelgeschehen“*

Die Vorteile für die Revierinspektoren lagen in der Integration in das „Grätzelgeschehen“, der Schaffung einer Vertrauensbasis sowie eines kontinuierlichen Informationsaustausches zwischen der Organisation Polizei und einem Teil der Bevölkerung. Durch das Kennenlernen wurden die Revierinspektoren zu Ansprechpartnern für lokale Problemlagen und im Anlassfall zur Schnittstelle zu anderen kommunalen Institutionen. Der regelmäßige Kontakt zum/r BürgerIn steigerte darüber hinaus das Image des „Polizeibeamten“, der den meisten BewohnerInnen vorher in eher unerwünschten repressiven Kontexten bekannt war.²⁵

Während des Projektverlaufs gelang es nicht, die Gewerbetreibenden in die jeweiligen Gruppen einzubinden, sie bildeten (siehe Kap. 3.1) eine eigene Gruppe. Dabei handelte es sich vor allem um KleinunternehmerInnen. Gründe sahen die Revierinspektoren in der mangelnden Zeit, sich über geschäftliche Anliegen hinaus für das Grätzel zu engagieren. Hinzu kam, dass das Projekt in der Vorweihnachtszeit durchgeführt wurde und viele der Selbständigen das Geschäft aus Mangel an Personal nicht verlassen konnten.

Die Rayonspolizisten bezeichneten die Geschäftsleute als wichtige kommunale PartnerInnen, denn die Bereitschaft zur Kooperation war grundsätzlich vorhanden; so wurden beispielsweise Räumlichkeiten für die Treffen zur Verfügung gestellt oder das Angebot gemacht, Infozetteln in die Schaufenster zu hängen. Die Revierinspektoren hielten während

²⁵ Wie eine im Jahr 2002 durchgeführte BürgerInnenbefragung in Wien ausweist, sehen 47 % der Befragten die Polizei eher als einen starren, unpersönlichen, rechtslastigen und unbeliebten Beamtenstab (vgl. Rucka 2004: 188 ff).

des Projektzeitraumes regelmäßig Kontakt zu den Geschäftsleuten und informierten sie über die Tätigkeiten der einzelnen Gruppen.

Ausdrücklich betonten beide Polizisten, dass die Arbeit im Stadtteil durch die Sicherheitspartnerschaft interessanter geworden ist. Vorher gab es eher kurze anlassbezogene Begegnungen mit BürgerInnen. Durch das Projekt war es möglich, Leute des Rayons persönlich kennen zu lernen, einen regelmäßigen Kontakt aufzubauen und damit Teil des Grätzels zu werden.

7.3.1.3 Zusammenarbeit mit dem Fonds Soziales Wien (FSW)/ **TEAM FOCUS**

Die Unterstützung der Stabsstelle Dokumentation des FSW/ **TEAM FOCUS** wurde von den beteiligten Polizisten im Verlauf des Projekts zunehmend als positiv erlebt. Besonders die Prozessbegleitung in Form der Moderation und Dokumentation stellte eine Entlastung für beide Revierinspektoren dar. Die Moderation war darüber hinaus „Garant“ für eine effiziente Bearbeitung von Themen in der Gruppe.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung wurden von den Projektdurchführenden vor allem die Anregung zur Reflexion, die Planung der weiteren Vorgehensweise und die Dokumentation des Prozessgeschehens als bereichernd erlebt.

7.3.1.4 Fortsetzung bürgernaher Polizeiarbeit

Alle befragten Polizisten waren sich einig, dass der Kontakt zu den BürgerInnen unbedingt aufrechterhalten werden sollte. Aus Sicht des Majors gab es zusammengefasst zwei unterschiedliche Kategorien von TeilnehmerInnen:

„Zum Teil hat das Engagement meine Erwartungen übertroffen, das äußert sich zum Beispiel beim Sicherheitsfest. Zum Teil ist es sicherlich so, dass die Erwartungshaltung zur Sicherheitspartnerschaft von einigen Gruppenteilnehmern sicherlich übersteigert war, indem sie sich ihre Rolle selbst net so definiert haben, sondern sich gedacht haben: So jetzt sitzen wir mit der Polizei zsamm, wir kommen mit unseren Problemen und die lösens, ja? Also in diesen Gruppen, wo die Eigeninitiative gewesen ist, ist die Identifikation höher und das Engagement höher und die Selbstständigkeit höher. In jenen Gruppen, wo man sich erwartet hat, die Polizei löst meine Probleme, wird man natürlich vom Grundgedanken der Sicherheitspartnerschaft enttäuscht sein, weil die Sicherheitspartnerschaft darauf hinzielt, dass nicht Institutionen die Probleme lösen, sondern die Leute selbst Gedanken entwickeln für die Problemlösung.“

In Zukunft sollten BewohnerInnen auch weiterhin motiviert werden, sich eigeninitiativ in ihrem Grätzel zu engagieren. Beim Sicherheitsstammtisch werden vor allem der Informationsaustausch zwischen Polizei und Bevölkerung sowie die bereits begonnene Bearbeitung lokaler Problemlagen im Mittelpunkt stehen. Die nächsten Treffen finden am Polizeikommissariat auf der Hohen Warte statt.

Welchen Stellenwert die Vernetzung im Bezirk einnehmen kann, wird sich im weiteren Verlauf zeigen. Während der Durchführung des Projekts zeichnete sich eine mögliche Zusammenarbeit mit einem Sozialmedizinischen Nachbarschaftszentrum ab. Interesse gab es darüber hinaus an einem Informationsaustausch mit der Gebietsbetreuung als Ansprechpartner für städtische Wohnhausanlagen im Bezirk.

Ungeklärt war bis zum Schluss die Ressourcenfrage. Nachdem die Pilotphase nun beendet ist, stellt sich die Frage, mit welchem Zeitaufwand eine Ausweitung innerhalb des 19. Bezirks realistisch wäre. Darüber hinaus muss die polizeiliche „Basis“ für die Umsetzung von Projekten „bürgernaher Polizeiarbeit“ motiviert werden:

„Also wie gesagt, das Problem des Community Policing ist, dass teilweise die Basis das nicht mitträgt, diese Situation. Die haben eh soviel zu tun im Prinzip. Aber ab dem Zeitpunkt wo man Initialzündung gibt, wird es ausprobiert. (...) Wenn sie aber dann selbständig arbeiten können und einen Sinn darin sehen und die Reflexion, ähm die Bewohnerinnen im Grätzel positiv erleben, wird das zu ihrem Projekt und dann leben sie es selber.“

Die durchführenden Revierinspektoren versuchten schon während des Projektverlaufs ihre positiven Erfahrungen an KollegInnen weiterzugeben. Im Falle einer Ausweitung sind auch Schulungen für interessierte GrätzelpolizistInnen auf der Hohen Warte geplant.

7.3.2 Stabsstelle Dokumentation des Fonds Soziales Wien (FSW)/ TEAM FOCUS

7.3.2.1 Motivation zur Durchführung des Projekts

Wie bereits im Kapitel 7.4.1.1. erwähnt, ergab sich die Zusammenarbeit von **TEAM FOCUS** mit der Sicherheitswache Döbling im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Vernetzungstreffen kommunaler Einrichtungen im Bezirk.

Bei den ersten Treffen mit Major Golob stand die Konzeptionierung und Planung des Projekts im Vordergrund. In den folgenden Treffen ging es um eine Weiterentwicklung und Optimierung des Verlaufs. **TEAM FOCUS** hatte als Projektpartner von Anfang an eine unterstützende sowie evaluierende Funktion.

7.3.2.2 Zusammenarbeit mit der Sicherheitswache Döbling

Traditionell zeichnen sich Organisationen der Sozialarbeit sowie Einheiten der Polizei eher dadurch aus, sich inhaltlich und methodisch voneinander abzugrenzen. Das Augenmerk wird auf Differenzierungen und nicht auf Gemeinsamkeiten im Sinne von Ergänzung der Tätigkeitsbereiche gelegt. Berührungsängste und Vorbehalte ergeben sich dort, wo die unterschiedlichen Aufgaben- und Berufsfelder durch eine gemeinsame Zielgruppe Schnittflächen bilden. Dort stoßen objektiv unterschiedliche Auffassungen, Formen der Arbeitsweise und Kommunikationskulturen aufeinander.

Von Seiten der ProjektkoordinatorInnen zeigten sich im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft vor allem in der Herangehensweise an Problemstellungen unterschiedliche Zugänge, die wie folgt zusammengefasst werden können:

a) Rollenverständnis

Die Prozessbegleiterin sah sich als Unterstützung bei der Umsetzung des Projekts. Wie die Funktionsbezeichnung schon ausdrückt, lag das Hauptaugenmerk auf den sozialen Prozessen in den Gruppen, die professionell begleitet, aber nicht geleitet wurden. Die Revierinspektoren als Hauptakteure bei der Durchführung vertrauten anfangs weniger auf das Entwicklungspotential der Gruppen, sondern versuchten den Ablauf der Treffen in „gewünschte Bahnen“ zu lenken.

Es bedurfte mehrerer Reflexionen, um einen gemeinsamen Weg und weitere Vorgehensweise für die folgenden Gruppentreffen zu entwickeln.

b) Handlungsweisen

Die Revierinspektoren hatten anfangs einen ausschließlich lösungs- und ergebnisorientierte Zugang zu Problemen. Priorität hatte die Lösung und nicht vorrangig die Vorgehensweise. Erst nachdem sich zeigte, dass Eigeninitiative und Engagement mehr gefördert werden, wenn BewohnerInnen selbständig Lösungen für ihre Probleme erarbeiten und umsetzen, konnten sich die Rayonspolizisten von den an sie gestellten Erwartungen des sofortigen Handelns lösen. Es stand also eine hauptsächlich prozessorientierte Handlungsweise einer an kurzfristigen und schnellen Lösungen orientierten gegenüber.

c) Reflexion und Teamarbeit

PolizistInnen sind es aus ihrer Alltagsarbeit gewohnt, Entscheidungen auch alleine zu treffen und umzusetzen. Bei gesetzlich geregelten Delikten sind Vorgehensweisen meis-

tens klar definiert und können rasch umgesetzt werden. Die Auseinandersetzung mit sozialen – meist komplexen – Problemlagen erfordert gelegentlich viel Diskussion und Teamarbeit. Manchmal war es für die Revierinspektoren aus Zeitgründen schwierig, regelmäßige Teambesprechungen einzuhalten, was die Abstimmung der Vorgehensweise gelegentlich erschwerte.

Die monatlich stattfindenden gemeinsamen Reflexionsrunden wurden vor allem zu Beginn als Aufforderung zur „Rechtfertigung des eigenen Handelns“ gesehen. Aus Sicht der MitarbeiterInnen des FSW waren aber genau diese Treffen unerlässlich für den Erfolg des Projekts. Es wurden gegenseitige Hemmschwellen abgebaut und die Zugänge des jeweils anderen verständlicher. Das schuf eine gute Basis für eine Zusammenarbeit, die eine inhaltliche Ausgestaltung bzw. Entwicklung des Projekts während der Durchführung überhaupt erst möglich machte.

Positiv beurteilten die MitarbeiterInnen des FSW die Tatsache, dass nie eine Art Konkurrenzsituation aufkam. Es war ziemlich bald klar, dass es sich bei der Sicherheitspartnerschaft um ein Angebot der Polizei handelte und diese Hauptakteur blieb. Vorrangiges Ziel war, die Revierinspektoren in der Gruppenarbeit professionell zu unterstützen und gemeinsam mit den TeilnehmerInnen sozial-integrative Lösungen für lokale Problemlagen zu finden.

Von den MitarbeiterInnen des FSW wird die Sicherheitspartnerschaft als positives (und noch seltenes) Beispiel einer guten Zusammenarbeit zwischen Sozialer Arbeit und Polizei gesehen.

7.3.2.3 Fortsetzung bürgernaher Polizeiarbeit

Wie bereits erwähnt, konnten für die Durchführung der Sicherheitspartnerschaft einmalig Ressourcen des Fonds Soziales Wien zur Verfügung gestellt werden. Eine besondere Funktion hatte die Prozessbegleitung. Ihr kam die Aufgabe zu, einerseits die Polizisten bei der Umsetzung der Sicherheitspartnerschaft zu unterstützen, andererseits die Gruppen zu moderieren und zu begleiten. Die professionelle Steuerung der sozialen Prozesse in der Gruppe erleichtert zum einen die ergebnisorientierte Arbeit, zum anderen konnte einer Vereinnahmung durch einzelne TeilnehmerInnen oder die Polizei vorgebeugt werden (siehe Kap. 7.4.2).

Die Förderung der Kommunikation innerhalb der Gruppe und nach außen gestaltete sich aus Sicht der Projektkraft auf folgenden Ebenen:

- Schaffung von Rahmenbedingungen für gemeinsames Arbeiten in der Gruppe,
- Förderung des Aufbaus eines Vertrauensverhältnisses der TeilnehmerInnen untereinander und zur Polizei,
- Unterstützung der Gruppen in der Artikulation ihrer Bedürfnisse und Probleme, bei der Bearbeitung von Themen sowie dem Finden „sozial-integrativer“ Lösungen
- Moderation der Diskussion,
- Einschreiten bei Konflikten,
- Eingehen auf individuelle Bedürfnisse mancher TeilnehmerInnen,
- Festhalten von Ergebnissen und Dokumentation der Prozesse für den Projektbericht,
- Initiierung von Vernetzung,
- Informationsbereitstellung und -weiterleitung.

Bei einer Fortführung bürgernaher Polizeiarbeit im Bezirk stellt sich daher die Frage, wer die prozess- und projektsteuernden Aufgaben in Zukunft übernehmen kann und soll. Gerade die „interessensneutrale“ Funktion der Prozessbegleiterin erwies sich als äußerst hilfreich in der Umsetzung des Projekts.

7.4 Evaluation der Umsetzungsphase

Die Umsetzungsphase der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling begann mit den ersten Gruppentreffen Anfang Oktober 2004 und erstreckte sich bis zu den letzten Ende Februar 2005. Die Evaluation in dieser Phase erfolgte mittels teilnehmender Beobachtung bei den Gruppentreffen. Erfasst wurden Interaktions- und Kommunikationsstrukturen im Verlauf der Gruppenprozesse. Die Ergebnisse jedes Gruppentreffens wurden den Projektdurchführenden im Rahmen der Reflexionsrunden (siehe Kap. 3.4) rückgemeldet und bildeten die Grundlage für die Abstimmung des weiteren Projektverlaufs.

Die wichtigsten Ergebnisse aus Sicht der Evaluatorin sind in den nachfolgenden Kapiteln dargestellt.

7.4.1 Angebot zum partnerschaftlichen Dialog

Um die Basis für einen partnerschaftlichen Dialog zu schaffen, war das Ziel der ersten Treffen, die anwesenden BürgerInnen für das Projekt zu gewinnen.

Der erste Schritt dazu war eine ausführliche Vorstellung der Sicherheitspartnerschaft, ihrer Ziele und Möglichkeiten und die Vorstellung aller Beteiligten durch die beiden Re-

vierinspektoren und den zuständigen Major. Anschließend boten die Projektdurchführenden sofort an, eine Auflistung jener Sachverhalte vorzunehmen, die von den Anwesenden in ihrer Wohnumgebung aktuell als irritierend, ärgerlich oder verängstigend wahrgenommen wurden. Berichte über konkrete Erfahrungen mit kriminellen Delikten hatten ebenfalls beim ersten Treffen Platz. Wichtig war es, ein umfassendes Bild von typischen Problemlagen und Konflikten im Grätzel zu bekommen und diese für eine Bearbeitung in der Gruppe zugänglich zu machen.

Einzelne Phasen der weiteren Treffen entwickelten sich manchmal zur „Beschwerdestunde“, mit der Aufforderung der TeilnehmerInnen an die Polizisten, Probleme zu lösen bzw. zu beseitigen. Anfangs kam auch verstärkt der Wunsch nach mehr Polizeipräsenz auf der Straße und härterem Durchgreifen, vor allem gegenüber HundebesitzerInnen. In diesem Zusammenhang war eine wichtige Aufgabe der Revierinspektoren, der Aufforderung zum Handeln nur in Einzelfällen nachzukommen und stattdessen die Eigeninitiative der TeilnehmerInnen zu fördern.

Ein Beispiel für dieses Ergreifen von Eigeninitiative gibt das nachstehende Interviewzitat:

„(...) Gewisse Sachen, sehr viel muss ma ganz einfach selber regeln. Ich hab zum Beispiel zwei zerstrittene Mieter, damit sie wissen, was ich damit mein, die sich gegenseitig befetzt haben und ich hab mir beide zu mir in die Kuchl geholt und hab gesagt, entweder ihr mochts so weiter, dann wird's bald einmal Mord oder Totschlag geben oder ihr redet miteinander. Und die haben dann eine Viertel, halbe Stunde bei mir geplaudert. Ich hab mich absolut nicht eingemischt, was mir schwer genug gefallen ist u n d seit neuesten reden sie miteinander, normal, beflegeln sich nicht mehr, beschimpfen sich nicht mehr. Und dafür braucht ma nicht unbedingt a Polizei.“

7.4.2 Funktion der Prozessbegleitung

Um den partnerschaftlichen Dialog zwischen den anwesenden Polizisten und TeilnehmerInnen der Sicherheitspartnerschaft zu gewährleisten gab es eine Prozessbegleitung mit der Funktion der Moderation.

Der wichtigste Arbeitsauftrag war die Unterstützung der sozialen Prozesse in den Gruppen. Es zeigte sich, dass Faktoren wie Herkunft, Eigentumsverhältnisse, aber auch persönliche Erfahrungen oder frühere Konflikte mit einzelnen TeilnehmerInnen für die Gruppenprozesse entscheidend waren. Durch das gegenseitige Kennen lernen konnten zwar Vorurteile beseitigt, jedoch lang bestehende Konflikte nicht gelöst werden. Deshalb hatte

die Prozessbegleitung die wichtige Aufgabe, Konflikte zu regeln und Interessen auszugleichen, damit die einzelnen Gruppen arbeitsfähig blieben.

Darüber hinaus gab die Moderatorin konkrete Hilfestellung bei der Definition von Problemen und deren Bearbeitung, um den TeilnehmerInnen in weiterer Folge zu ermöglichen, „sozial-integrative“²⁶ und selbst organisierte Formen des Umgangs mit Alltagsproblemen und Ängsten zu erlernen.

In diesem Zusammenhang war es manchmal wichtig, bei bestimmten Themen einen Interessensausgleich zwischen den Grätzelpolizisten und den TeilnehmerInnen herbeizuführen, sozusagen die Balance der Partnerschaft zu wahren.

Die Übernahme dieser Funktion durch eine Prozessbegleiterin brachte rückblickend eine Entlastung der Revierinspektoren, die sich folglich auf ihre Funktion als „Experten“ konzentrieren konnten (siehe dazu auch Kap. 7.3.1.3).

7.4.3 Funktion der Rayonspolizisten

Die zwei durchführenden Revierinspektoren nahmen in ihrer Funktion als Grätzelpolizisten an der Sicherheitspartnerschaft teil. Daraus ergab sich anfangs ein „Rollenkonflikt“ im Bezug auf ihre bisherige Tätigkeit, der im Projektverlauf reflektiert und bearbeitet wurde.

Wie bereits im Kapitel 7.2.2 beschrieben werden PolizistInnen als Problemlöser in den Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung und Herstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gesehen. Auch während der Sicherheitspartnerschaft wurden derartige Probleme und Beschwerden an die Revierinspektoren herangetragen. Die zentrale Aufgabe für die durchführenden Polizisten bestand nun darin, einerseits Optionen für die Lösung genannter Probleme aufzuzeigen, aber trotzdem nicht als Hauptakteure aufzutreten, um die TeilnehmerInnen erfahren zu lassen, dass ihr Beitrag zu einer Problemlösung wesentlich ist.

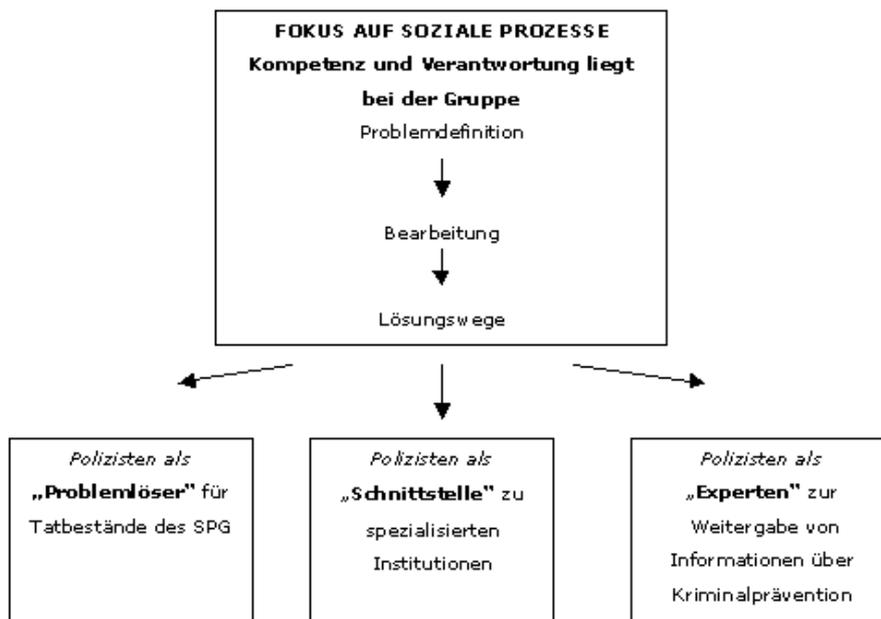
Dazu brauchte es die Bereitschaft aller Anwesenden, die Bearbeitung der Themen zuerst durch die Gruppe zu ermöglichen und dann zu entscheiden, wo die Polizisten ein Problem lösen, wo sie als Schnittstelle fungieren können oder wo es um Informationsweitergabe geht. Es war wichtig, auf die Verhältnismäßigkeit der Interventionen zu achten und sich folgende Frage zu stellen: „Wo ist es angebracht, dass die Polizei im Rahmen ihres ge-

²⁶ Sozial-integrative Lösungsformen sind Vereinbarungen und Maßnahmen, die nicht auf dem sozialen Ausschluss anderer beruhen (MA 18 1993: 47).

setzlichen Sicherheits- und Ordnungsauftrages tätig wird und wo geht es darum, TeilnehmerInnen zur Selbsttätigkeit zu aktivieren?"

Die Funktion der Grätzelpolizisten erfuhrt damit eine Differenzierung, die in der nachstehenden Grafik veranschaulicht wird:

Abbildung 17: Funktion der Grätzelpolizisten im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling



In der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsgruppen und der Polizei war es notwendig, die eingebrachten Problematiken, unter denen die BewohnerInnen des Grätzels litten, einer sorgfältigen Analyse zu unterziehen. Dabei waren die Revierinspektoren auch gefordert, Möglichkeiten und Grenzen polizeilicher Arbeit im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft aufzuzeigen.

Einerseits ging es um die Darstellung konkreter Abläufe und Handlungsoptionen bei lokalen Problemlagen. Zum Beispiel wurde der „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit“ bei Amtshandlungen in Bezug auf normüberschreitendes Verhalten von HundebesitzerInnen oder RadfahrerInnen erklärt und diskutiert. Andererseits ging es darum, genau abzuklären, welchen Beitrag jede/r einzelne BürgerIn leisten kann und was im Gegensatz dazu polizeiliche Aufgaben sind.

Zusammenfassend sei festgehalten, dass dieser Prozess der Auseinandersetzung besonders wichtig war, weil die TeilnehmerInnen damit auch Verständnis für die Grenzen polizeilichen Handelns entwickeln konnten.

7.4.4 Besonderheiten in den einzelnen Gruppen

Das Ausmaß der Selbstständigkeit jeder Gruppe und die Regelmäßigkeit der Teilnahme einzelner Personen waren einerseits von persönlichen Faktoren wie Alter, Mobilität, zeitliche Ressourcen und Engagement abhängig. Andererseits wirkten sich auch soziale Kontakte innerhalb der Gruppe vor der Sicherheitspartnerschaft positiv auf die Teilnahme aus.

Hinsichtlich der Kontinuität der Teilnahme lässt sich festhalten, dass die Anzahl der Personen in zwei Gruppen kontinuierlich zurück ging, bei den anderen beiden Gruppen blieb diese bis zum letzten Treffen konstant. Als Ergebnis der Evaluation scheint daher wichtig festzuhalten, welche Unterschiede und Besonderheiten in den Gruppen zu beobachten waren, um eine mögliche Erklärung für den unterschiedlichen Verlauf des Projekts zu finden.

In Folge werden exemplarisch zwei Gruppen beschrieben: In der ersten Gruppe, die beschrieben wird, war es schwierig, die Motivation für ergebnisorientierte Gruppenarbeit aufrecht zu erhalten, die zweite Gruppe bewältigte die Anforderungen der Sicherheitspartnerschaft sehr gut.

In der ersten Gruppe waren zwei ältere Teilnehmerinnen, die an der Bearbeitung von Sachthemen wenig Interesse zeigten, eine davon knüpfte aber recht bald informelle Kontakte zu einem männlichen Teilnehmer. Dieser bot seine nachbarschaftliche Hilfe an, zog sich aber relativ bald aus persönlichen Gründen wieder zurück. Die Enttäuschung bei der kontaktsuchenden Teilnehmerin war groß und beide – die Frau wie auch der Mann - kamen daraufhin nicht mehr zum letzten Gruppentreffen. Das verweist auf die Wichtigkeit der sozialen Komponente, jedoch sollte das nicht die einzige Motivation zur Teilnahme sein. Für Menschen, die ausschließlich aus diesem Motiv heraus teilnahmen, bot die Sicherheitspartnerschaft offensichtlich nicht den geeigneten Rahmen, dieses Bedürfnis zu befriedigen. Die Sicherheitspartnerschaft ist als alleinige Betreuungsform für alleinstehende ältere Menschen nicht geeignet.

Hinzu kam, dass in dieser Gruppe bis zum Schluss kein konkret bearbeitbares Thema gefunden werden konnte. Eine Teilnehmerin äußerte ihre Unzufriedenheit folgendermaßen:

„Na, des war irgendwie (lacht) (--). Da war des erste Mal, das zweite Mal war dann der ORF da, das dritte Mal war dann die Reise in die Andreasgasse, nh?“

Das vierte Mal hab ich ka Zeit gehabt, weil des auf Dienstag verschoben worden is und heute is des fünfte Mal.“

„Anscheinend hat's ja bei den anderen ganz gut geklappt, weil sonst hätt's ja nicht diese Ergebnisse, was ja gibt. Was ihr jetzt habt's in anderen Gruppen. Das einzige Nicht-Ergebnis is da.“

Hier zeigt sich deutlich, dass der Erfolg der Sicherheitspartnerschaft von den Befragten vor allem an den erarbeiteten Lösungen in den Gruppen gemessen wurde. Daraus ergibt sich künftig aber auch die Notwendigkeit, den Gruppenprozess solange zu begleiten, bis ein bearbeitbares Thema gefunden werden kann.

Die zweite hier beschriebene Gruppe kam mit den Anforderungen der Sicherheitspartnerschaft sehr gut zu recht. Bei jedem Treffen folgte nach einem kurzen Informationsaustausch die Arbeit an konkreten Themen. In dieser Gruppe waren einige TeilnehmerInnen auch schon vor dem Projekt im Grätzel engagiert und hatten sich bereits für die Verbesserung der Verkehrssituation in ihrer Wohnstraße eingesetzt. Auch im Bereich der Prävention von Eigentumskriminalität oder Diebstahl war ein fundiertes Wissen vorhanden. Eine Teilnehmerin beschreibt die Arbeit in der Gruppe folgendermaßen:

„Ja, ja, von allen, allen, die da immer um den Tisch gesessen sind, hab ich schon den Eindruck gehabt. Also das da ein konstruktives Arbeiten gefragt war (...).“

„Das heißt, ich find das gut, wenn man sich auf ein Thema beschränkt, aber trotzdem die Vernetzung mit den anderen Gruppen anstrebt. Weil sonst läuft das alles nebeneinander und es ist wieder kein Miteinander.“

In der zweiten exemplarisch beschriebenen Gruppe ist es gelungen, eine Strategie des gemeinsamen Handelns im Konsens zu entwickeln, und den TeilnehmerInnen das Gefühl zu geben, dass ihre Initiative Chance auf Umsetzung hat. Das Ausmaß an Identifikation mit dem Projekt war deutlich höher, was man unter anderem an dem Wunsch, ein gemeinsames Logo zu entwickeln, erkennen konnte.

7.4.5 Veränderungen in der inhaltlichen Ausrichtung der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling

Wie im Kapitel 6.2 bereits angeführt, trug die Evaluation schon während der Durchführung der Sicherheitspartnerschaft zu einer Optimierung der Maßnahme bei. In Form von regelmäßigen Treffen der Projektverantwortlichen wurden aktuelle Entwicklungen reflek-

tiert, um die weitere Vorgehensweise zu planen. Im Zuge der Durchführung ergaben sich Veränderungen in der inhaltlichen Ausrichtung der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling.

„Ältere Menschen“ waren in den Gruppen nur vereinzelt vertreten. Ziele und damit auch Inhalte der Arbeitsgruppen, die sich in erster Linie an den bei den Sicherheitsgesprächen geäußerten Bedürfnissen älterer Personen orientierten, standen daher im weiteren Verlauf nicht mehr im Mittelpunkt. Beispielsweise ging es nicht mehr darum, sozial isolierten alten Menschen bei alltäglichen Wegen zu helfen, sondern es wurden gemeinschaftliche Handlungsweisen zur Verbesserung lokaler Problemlagen entwickelt, wie z. B. die Erstellung eines Infoblattes für HundebesitzerInnen.

Im Hinblick auf die ursprüngliche Zielgruppe war darüber hinaus zu beobachten, dass die Anforderungen der Sicherheitspartnerschaft besonders für Menschen ab 75 Jahre zu hoch waren. Es kam des Öfteren zu Ausfällen wegen Krankheit oder eingeschränkter Mobilität. Das Interesse einiger teilnehmender älterer Menschen lag weniger in der Bearbeitung von Problemen im Gemeinwesen, sondern vielmehr am Auf- und Ausbau persönliche Kontakt zu den Revierinspektoren. In beschränktem Ausmaß gelang es zumindest vorübergehend diesem Wunsch nach polizeilicher Betreuung inner- und außerhalb der Treffen zu berücksichtigen.

Die Polizei initiierte und organisierte – wie geplant – bis zum Schluss die einzelnen Gruppentreffen. Die beiden Revierinspektoren brachten sich während des Verlaufs in Prozesse ein und wurden aufgrund ihres Expertenwissens und ihrer Lösungskompetenz zu unerlässlichen Partnern für die BürgerInnen. Die Mehrheit der TeilnehmerInnen der Sicherheitspartnerschaft arbeitete gerne unter professioneller Anleitung und zeigte Engagement bei der Lösung von Alltagsproblemen, die ihnen ein Anliegen waren. Nicht mehr die Schaffung autonomer Netzwerken wurde angestrebt, sondern eine regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Grätzelpolizisten und BürgerInnen sowie die Förderung der sozialen Kontakte in der Nachbarschaft.

Die Ergebnisse zeigten, dass es gelungen ist, „Schlüsselpersonen“ des Bezirks in die Sicherheitspartnerschaft einzubeziehen. Darunter werden jene Personen verstanden, die bereits vor der Durchführung des Projekts ihr Grätzeln sehr gut kannten und sich mit ihren Beobachtungen, Beschwerden oder Anzeigen an die Polizei wandten. Durch das gegenseitige Kennenlernen und den regelmäßigen Austausch bei den Treffen wurde die Kommunikation für beide Seiten wesentlich vereinfacht.

7.4.6 Einbeziehung kommunaler Einrichtungen

„Man muss nicht alles neu erfinden.“

Im Verlauf des Projekts stellte sich heraus, dass es – wie im Projektplan vorgesehen – notwendig war, für die Bearbeitung komplexer (sozialer) Problemlagen Ressourcen zu bündeln und ExpertInnen einzubeziehen.

Insgesamt darf dazu festgehalten werden, dass der 19. Bezirk über wenig soziale Institutionen oder Initiativen verfügt, die im Gemeinwesen verankert sind. Darüber hinaus war auch von Seiten der Rayonspolizisten vor der Durchführung des Projekts wenig Wissen über soziale Einrichtungen vorhanden, was auf eine bisher geringe Einbeziehung kommunaler Einrichtungen schließen lässt.

Die Einbindung sozialer oder anderer Institutionen erfolgte also im Anlassfall und stieß bei den meisten TeilnehmerInnen auf große Resonanz. So wurde nach der Entwicklung des Verkehrskonzeptes der zuständige Verkehrsinspektor zu einem Gruppentreffen eingeladen; in einem anderen Fall vernetzte sich der Revierinspektor mit der Initiative „SMID“, welche ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe anbietet. Ein Besuch bei der Wiener Gebietsbetreuung „Neu“ ist geplant. Dort können vor allem Probleme rund um das Zusammenleben im Gemeindebau besprochen werden.

7.4.7 Fortsetzung bürgernahe Polizeiarbeit

Gegen Ende der Umsetzungsphase wurde von Seite der projektdurchführenden Polizisten diskutiert, in welcher Form die Sicherheitspartnerschaft fortgesetzt werden kann. Dabei ergaben sich mehrere Optionen:

Zuerst wurde die Idee formuliert, dass TeilnehmerInnen der jetzigen Sicherheitspartnerschaft als „MultiplikatorInnen“ in ihrem Wohnumfeld tätig werden. Sie sollten vorwiegend Kontaktpersonen zur Polizei und AnsprechpartnerInnen in bezug auf Sicherheitsfragen für Personen aus der Nachbarschaft sein. Allerdings zeigte sich sehr bald, dass es schwierig war, die Aufgaben eines/r Multiplikators/in genau zu definieren.

Es sollte nicht so sein, dass der/die ehrenamtlich mitwirkende BürgerIn in eine „*staatsseitige Sonderrolle*“ gebracht wird und „*als Hilfspolizist für Sicherheit und Ordnung in der Nachbarschaft zuständig ist*“ (Lange 2003: 315).

Aus diesen Gründen wurde diese Form der BürgerInnenmitwirkung verworfen und die Idee eines „Sicherheitsstammtisches“ diskutiert. In dem Zusammenhang stellt sich die

Frage, was in Zukunft das Ziel und der Fokus eines Sicherheitsstammtisches sein könnte: Soll weiterhin die Entwicklung gemeinschaftlicher Handlungsweisen zur Lösung sozialer Problemlagen im Mittelpunkt stehen oder geht es in erster Linie um einen kontinuierlichen Informationsaustausch interessierter BürgerInnen mit den Grätzelpolizisten?

Im Kapitel 8 werden diese zentralen Fragen noch einmal aufgegriffen sowie Möglichkeiten und Grenzen bürgernahe Polizeiarbeit diskutiert.

7.5 Ziele und Nutzen der Sicherheitspartnerschaft

Aufgabe der Evaluatorin war nicht nur die laufende Optimierung der Maßnahme basierend auf der teilnehmenden Beobachtung bei den Gruppentreffen. Den in Kap. 6.2 beschriebenen Fragestellungen der Evaluation entsprechend sollte exploriert werden, ob die Ziele der Sicherheitspartnerschaft und damit der Nutzen für die Beteiligten erreicht werden konnte. Grundlage für die nachfolgende Ergebnisdarstellung sind leitfadenorientierte Interviews mit 11 TeilnehmerInnen sowie den Projektdurchführenden.

7.5.1 Nutzen für die BewohnerInnen des Zielgebietes

Eine zentrales Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitforschung lautet: **„Mehr Sicherheit im Grätzel durch Kommunikation.“**

Kommunikation wird in diesem Zusammenhang als wechselseitiger Informationsaustausch im Sinne eines partnerschaftlichen Dialoges zwischen RayonspolizistInnen und BewohnerInnen eines Stadtteils verstanden.

Das Bemühen von Seiten der Exekutive um möglichst breite Mitwirkung und Einbindung der Bevölkerung in die Definition und Bearbeitung lokaler Problemlagen zeigte auf mehreren Ebenen Erfolge. Zum einen übernahmen die meisten TeilnehmerInnen der Sicherheitspartnerschaft wieder Verantwortung für das „Grätzelgeschehen“. Vorher nicht existierende **Netze informeller sozialer Kontrolle** konnten geschaffen, bestehende gestärkt werden. Das führte gleichzeitig zu einer **Belebung der sozialen Kontakte innerhalb der Nachbarschaft**. Die Projektdurchführenden förderten mit Hilfe der Gruppentreffen das **gemeinschaftliche Handeln** auf Grätzelsebene.

Das führte zu einer weiteren zentralen Erkenntnis, welche **„gemeinschaftliche statt kommunaler Kriminalprävention“²⁷** in den Vordergrund stellt.

„Kommunal“ wird oft mit „institutionell“ gleichgesetzt und dementsprechend vernachlässigen Verantwortliche bei der Umsetzung von Sicherheitskonzepten die Einbeziehung von BürgerInnen. Kommunale Kriminalprävention kann aber auch über institutionelle Vernetzung hinausgehen und jene ansprechen, die unmittelbar von „Disorder-Problemen“ betroffen sind.

Projekte wie die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling konzentrieren sich auf die Kommunikation der RayonspolizistInnen mit einer Gruppe von StadtteilbewohnerInnen. Die Vorteile dieser räumlich und inhaltlich relativ eingegrenzten Form von Kriminalprävention liegen in der direkten Stärkung der sozialen Kompetenz der BürgerInnen und dem optimalen Eingehen auf deren individuelle Bedarfslagen. Damit können auf Grätzelebene „Kleinstprobleme“ rasch behandelt und Erfolge sichtbar gemacht werden.

Alle diese genannten Aspekte, insbesondere aber ein „Mehr an Kommunikation“ und die Förderung gemeinschaftlicher Handlungsweisen trugen zur **Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls** der BewohnerInnen bei.

7.5.2 Nutzen für die RayonspolizistInnen

„Es gibt kaum eine Sparte der öffentlichen Verwaltung, die einerseits so viele Reibungsflächen mit dem Bürger hat, andererseits aber auch so dringend notwendig auf ein Vertrauensverhältnis mit dem Bürger angewiesen ist wie die Polizei; denn eine vom Volk isolierte Polizei wäre in unserer demokratischen, parlamentarisch gesteuerten Gemeinschaftsordnung überhaupt nicht funktionsfähig. Für die heutige Polizei ist das Verhältnis Bürger-Polizei zur Existenzfrage geworden.“ (Hunold 1968: 247).

Dieses Zitat veranschaulicht, in welchem Spannungsfeld die Polizei ihren gesetzlichen Auftrag durchzuführen hat. Die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling als Form bürgernahe Polizeiarbeit konnte dazu beitragen, den **Bekanntheitsgrad der RayonspolizistInnen** zu erhöhen sowie den bürgerorientierten Teil dieser Funktion mit Tätigkeiten und Aufgaben auszufüllen.

²⁷ siehe Feltes, Thomas, 2004: Gemeinschaftliche statt kommunaler Kriminalprävention: Ein neuer Weg? Erschienen in: Forum Kriminalprävention 1. www.thomasfeltes.de

Die **Arbeitsbelastung** der Rayonspolizisten nahm während der Durchführung des Projekts zu. Als es jedoch gelungen war, ein Vertrauensverhältnis sowie kontinuierlichen Austausch mit einem Teil der Grätzelpolizisten aufzubauen, nahm die Bearbeitung der Akte im Zielgebiet ab, was insgesamt eine **Arbeitsentlastung** im administrativen Bereich zur Folge hatte (siehe auch Kap. 7.3.1.2). Die intensive Beschäftigung mit dem Grätzelpolizisten und positive Rückmeldungen von Seiten der Bevölkerung erhöhten die **Arbeitszufriedenheit** der Revierinspektoren.

Das Projekt Sicherheitspartnerschaft hat auch gezeigt, dass eine offene Kommunikation mit den BürgerInnen nicht einfach „von oben“ verordnet werden kann, sondern dass PolizistInnen entweder **Engagement und soziale Kompetenzen** mitbringen oder sich letztere durch polizeiinterne Schulungen erwerben müssen. Die Unterstützung der Revierinspektoren durch eine professionelle **Prozessbegleitung** sollte auch weiterhin gesichert sein.

Ein weiterer Erfolg des Projekts lag in der Verbesserung des **Images der Sicherheitswache Döbling** durch die Betonung der bürgerorientierten und sozialen Kompetenzen der Polizei. Damit wurde auf das Bedürfnis der Bevölkerung nach dem/der „PolizistIn zum Anfassen“ - einer Ansprechperson für „Disorder-“ und persönliche Probleme - eingegangen.

7.5.3 Nutzen für den Fonds Soziales Wien (FSW)

Mit der Beteiligung von **TEAM FOCUS** an der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling sollte gezeigt werden, dass durch die Vernetzung sozialer Institutionen mit der Exekutive gemeinsam Projekte zur Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität in Wien umgesetzt werden können. Durch eine abgestimmte Vorgehensweise der ProjektpartnerInnen und den involvierten Projektbeteiligten aus dem Grätzelpolizisten sollten **Ressourcen gebündelt und Synergieeffekte genutzt** werden, um das Ziel - ein höheres Maß an Sicherheit für die BewohnerInnen - zu erreichen.

Wie sich im Laufe des Projekts zeigte, lassen sich die **Unsicherheitserfahrungen** der TeilnehmerInnen unter „**Disorder-Probleme**“ zusammenfassen. Damit sind Irritationen im öffentlichen Raum sowie die Wahrnehmung von sozial abweichenden Verhaltensweisen gemeint. Neben diesen Aspekten beeinflussen vor allem die **persönlichen Lebensumstände** das subjektive Sicherheitsgefühl.

Insofern ist bei der Bearbeitung derartiger Problemlagen - mit dem Ziel das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen - die **Zusammenarbeit sozialer Einrichtungen mit der Exekutive** gefordert.

Die Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling hat gezeigt, dass **RayonspolizistInnen** in der Ausübung ihrer **bürgernahen Tätigkeit** zu wichtigen AnsprechpartnerInnen von StadtteilbewohnerInnen werden können. Sie verfügen über ein grätzelbezogenes Wissen, welches sie zu wichtigen VernetzungspartnerInnen für soziale Einrichtungen im Stadtteil macht, da sie unter anderem die Funktion einer **Schnittstelle**, also eines Vermittlers zu kommunalen Einrichtungen übernehmen.

Kommunale Einrichtungen im Bereich Gesundheit und Soziales werden u.a. vom Fonds Soziales Wien koordiniert. Der wahrgenommene Zustand ihrer Infrastruktur ist ein weit- aus stärkerer Faktor bei der Beeinflussung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung als bisher angenommen: Eine kürzlich erschienene Studie²⁸ macht deutlich, dass sich Wiener Bevölkerung – im Vergleich zur Bevölkerung von vier anderen europäischen Städten – sicherer und wohler fühlt. Die AutorInnen führen dies unter anderem darauf zurück, dass das Vertrauen der Wiener Befragten in eben jene Infrastruktur vergleichsweise hoch ist.

Um dieses „Systemvertrauen“ – das wesentlich zum Wohl- und Sicherheitsgefühl beiträgt - auch in Zukunft auf einen möglichst hohen Level zu halten, sollte eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen bürgernaher Sozial- und Polizeiarbeit über den Anlassfall hinaus forciert und GrätzelpolizistInnen als eine von mehreren AkteurInnen bei der Bearbeitung lokaler – auch sozialer - Problemlagen zur Verfügung stehen.

7.5.4 Delikte im Zielgebiet während des Projektverlaufs 2004/05

Die Daten²⁹ der tatsächlich *verübten strafbaren Delikte* im Grätzel werden der Vollständigkeit halber angeführt. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass einerseits die Laufzeit des Projekts zu kurz war sowie die Zahlenmengen für das Grätzel zu gering sind, um seriöse Aussagen über die Entwicklung der objektiven Kriminalitätslage zu treffen.

Das Zielgebiet der Sicherheitspartnerschaft wird von folgenden Straßen umgrenzt: Döblinger Hauptstraße 30-44 - Guneschgasse 2-12 - Döblinger Gürtel 21-23 - Sommergasse 1-7. Im Grätzel befindet sich Pantzergasse 17-29 und 18-30.

²⁸ Hanak, Karazmann-Morawez und Stangl: Insecurities in European Cities. Kurzfassung, 2004

²⁹ Die aktuellen Daten wurden vom Polizeikommissariat Döbling zur Verfügung gestellt.

In den nachstehenden Tabellen werden folgende Begriffe verwendet:

- Raub: strafbare Handlungen nach §§ 142, 143 StGB
- Einbruchsdiebstahl: strafbare Handlungen nach § 129 StGB
- Sonstige Delikte: vorsätzliche strafbare Handlungen nach Bestimmungen des StGB, die nicht unter Raub oder Einbruchsdiebstahl subsumierbar sind.
- Straßenraub: Anknüpfungspunkt ist der Tatort; auch Handyraub und Handtaschenraub wurden unter diesen Begriff subsumiert.
- Körperverletzung: strafbare Handlungen nach den §§ 83 bis 87 StGB.
- Sachbeschädigung: strafbare Handlungen nach den §§ 125 und 126 StGB.
- Diebstahl: strafbare Handlungen nach den §§ 127, 128 und 130 StGB ausgenommen Trickdiebstahl.
- Trickdiebstahl: kriminologisch besondere Erscheinungsform des Diebstahls, die mit einer Täuschungshandlung des Täters verbunden ist.

Tabelle 10: Kriminalitätsbelastung durch Raub in Oberdöbling in den Monaten Oktober bis Dezember 2004 und Jänner bis März 2005

	10/04	11/04	12/04	1/05	2/05	3/05
Raub	-	-	-	-	1	-
<i>davon Straßenraub</i>					1	

Tabelle 11: Kriminalitätsbelastung durch Einbruch in Oberdöbling in den Monaten Oktober bis Dezember 2004 und Jänner bis März 2005

	10/04	11/04	12/04	1/05	2/05	3/05
Einbruchsdiebstahl	3	1	2	2	4	2
<i>davon in KFZ</i>	3	1	2	1	3	1
<i>davon in Wohnungen</i>	-	-	-	1	-	1
<i>davon in Geschäfte</i>	-	-	-	-	1	-

Tabelle 12: Sonstige Kriminalitätsbelastung in Oberdöbling in den Monaten Oktober bis Dezember 2004 und Jänner bis März 2005

	10/04	11/04	12/04	1/05	2/05	3/05
Sonstige Delikte	2	3	2	5	3	2
<i>davon Körperverletzung</i>	-	-	-	-	1	1
<i>davon Sachbeschädigung</i>	2	1	-	5	-	-
<i>davon Diebstahl</i>	-	1	1	-	-	-
<i>davon Trickdiebstahl</i>	-	-	1	-	-	-

8 Diskussion und Interpretation der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Sicherheitspartnerschaft sowie der Nutzen für die ProjektpartnerInnen und TeilnehmerInnen wurden in den vorherigen Kapiteln dargestellt. Die nachfolgenden Ausführungen fassen noch einmal die wichtigsten Erkenntnisse zusammen und sollen zur weiterführenden Diskussion anregen.

8.1 Die Bedeutung von Sicherheit für StadtteilbewohnerInnen

Zentral ist die Erkenntnis, dass Fragen zur Kriminalität sowie Viktimisierungserfahrungen für die Befragten nicht vorrangig waren. Unsicherheit bzw. Sicherheit im Stadtteil entstehen vor allem durch Probleme des Alltags und Veränderungen einer bisher vertrauten Wohnumgebung.

Die Strategien, welche die BewohnerInnen gemeinsam mit der Exekutive zur Erhöhung ihrer eigenen Sicherheit entwickelten, umfassten vor allem das Kennenlernen der Nachbarschaft sowie den Aufbau eines kontinuierlichen Kontakts zu den Rayonspolizisten im Rahmen von monatlich stattfindenden Gruppentreffen. Dabei stand die Bearbeitung lokaler Problemlagen im Vordergrund.

Es zeigte sich, dass Menschen AnsprechpartnerInnen für „Disorder-Probleme“ brauchen. Unsicherheit bzw. Unzufriedenheit kann vermindert werden, indem kommunale Einrichtungen bei der Bewältigung alltäglicher Probleme und Irritationen im Stadtteil unterstützend tätig werden.

8.2 Mehr Sicherheit durch Kommunikation

Die bloße Anwesenheit von RayonspolizistInnen im Grätzel reicht nicht aus, damit sich BewohnerInnen unterstützt und sicher fühlen. Die Evaluation der Sicherheitspartnerschaft hat gezeigt, dass nur ein kontinuierlicher Informationsaustausch mit der Bevölkerung Unsicherheiten mindern kann. Wenn die Exekutive einen Beitrag dazu leisten will, das Systemvertrauen der BewohnerInnen zu erhalten und auszubauen, sollten die RayonspolizistInnen auch in Zukunft Bürgernähe in der alltäglichen Arbeit umsetzen.

Diese Umsetzung kann durch eine Prozessbegleitung wesentlich erleichtert werden, um den partnerschaftlichen Dialog zwischen Polizei und BewohnerInnen aufzubauen. Wichtig

dabei ist die Integration der BeamtInnen ins Grätzeldeschehen sowie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit kommunalen Einrichtungen. Damit wird den BürgerInnen die Möglichkeit gegeben, die Exekutive jenseits repressiver Kontexte kennen zu lernen und als Ansprechpartner für Alltagsprobleme und –irritationen zu erleben.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die gesammelten empirischen Daten und bisherige Forschung in Bezug auf bürgernahe Polizeiarbeit Indizien dafür aufzeigen, dass Kriminalprävention auf kommunaler Ebene in Form von zielgerichteter verstärkter Kommunikation positive Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl von StadtteilbewohnerInnen hat.

Mit der Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling wurde den TeilnehmerInnen ein Setting geboten, das für sie erfahrbar machen konnte, dass konkrete verunsichernde Anliegen und Bedürfnisse angesprochen werden dürfen, und im Rahmen eines partnerschaftlichen Dialogs auch ergebnisorientiert an Lösungsmöglichkeiten gearbeitet werden kann.

8.3 RayonspolizistInnen als Schnittstelle zwischen BürgerInnen und kommunalen Einrichtungen

PolizistInnen sind ExpertInnen für Tatbestände des Sicherheitspolizeigesetzes. Bei der Beseitigung von „Disorder-Problemen“ sollte der Schwerpunkt bürgernahe Polizeiarbeit auf die Schnittstellenfunktion gelegt werden.

Die Sicherheitspartnerschaft hat gezeigt, dass zur Beseitigung von Unsicherheitsfaktoren im Grätzeldes verschiedene AkteurInnen gefordert sind. Es ist also einerseits notwendig, die Eigeninitiative der BewohnerInnen zu stärken sowie andererseits als Vermittler zu spezialisierten Einrichtungen des Bezirks zu fungieren.

Durch dieses vernetzte Arbeiten und die dadurch erreichten Lösungen für kommunale Problemlagen konnte im Projektverlauf die Motivation von Seiten der BewohnerInnen, sich für ihre Anliegen zu engagieren, aufrechterhalten werden. Umgekehrt profitierten die beteiligten Polizisten in der Form, dass sie klar transportieren konnten, wo ihre Kernkompetenzen und ihre Funktion bei der Bearbeitung der aufgezeigten Probleme liegen (siehe Abbildung 17, S. 72).

8.4 Möglichkeiten und Grenzen bei der Umsetzung bürgernahe Polizeiarbeit

Für die Implementierung bürgernahe Polizeiarbeit in einem Stadtteil sind folgende Grundüberlegungen hilfreich:

- *Wie viel Zeit kann für die Arbeit im Grätzel zur Verfügung gestellt werden?*

Die Kontaktaufnahme zur Bevölkerung und der Aufbau eines partnerschaftlichen Dialogs können vor allem zu Beginn viel Zeit in Anspruch nehmen. Die RayonspolizistInnen müssen im Grätzel präsent sein und regelmäßige Treffen mit den BewohnerInnen organisieren.

- *Wer übernimmt die Vorbereitung, Moderation und Dokumentation der Gruppentreffen?*

Bei der Fortsetzung des partnerschaftlichen Dialogs z. B. in Form eines „Sicherheitsstammtisches“ sollte von Seiten der Exekutive eine Prozessbegleitung zur Entlastung der RayonspolizistInnen zur Verfügung gestellt werden. Eine Prozessbegleitung kann darüber hinaus die Qualität der Gruppenarbeit sichern und Hilfestellung beim Erarbeiten von sozial-integrativen Lösungen geben.

- *Wie können lokale Problemlagen möglichst zur Zufriedenheit aller StadtteilbewohnerInnen bearbeitet werden?*

Dieses Ziel erreicht bürgernahe Polizeiarbeit, indem möglichst viele relevante gesellschaftliche Gruppen in kriminalpräventive Projekte im Stadtteil eingebunden werden. In Bezug auf den „Sicherheitsstammtisch“ bedeutet das, unter anderem verstärkt MigrantInnen oder Jugendliche miteinzubeziehen.

- *Wie können durch bürgernahe Polizeiarbeit im Grätzel Ressourcen gebündelt und Synergieeffekte genutzt werden?*

Nachdem die Lösung von „Disorder-Problemen“ im Sinne der BewohnerInnen nach einer vernetzten Vorgehensweise verlangt, sollten die RayonspolizistInnen in kommunale Netzwerke eingebunden und über Angebote kommunaler Einrichtungen informiert sein. Damit können RayonspolizistInnen als ein „Baustein“ im Stadtteil wesentlich dazu beitragen, dass sich BewohnerInnen in ihrem Grätzel integriert und subjektiv sicher fühlen.

9 Literaturverzeichnis

Bortz, Jürgen, 2002: Forschungsmethoden und Evaluation. Berlin: Springer Verlag.

Feltes, Thomas und Erich Rebscher (Hg.), 1990: Polizei und Bevölkerung. Beiträge zum Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung und zur gemeindebezogenen Polizeiarbeit („Community Policing“). Holzkirchen/ Obb.: Felix Verlag.

Feltes, Thomas, 2002: Die Angst des Opfers vom Hörensagen. Warum sind Nicht-Opfer ängstlicher als Opfer? Vortrag Lausanne 2002. Veröffentlichung in Vorbereitung.
www.thomasfeltes.de (Stand April 2005).

Feltes, Thomas, 2003: Vandalismus und Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr – Zusammenhänge und Lösungsansätze in: Kriminalistik 5, S. 277- 284.
<http://www.thomasfeltes.de/htm/Vandalism.htm> (Stand April 2005).

Feltes, Thomas, 2004: Gemeinschaftliche statt kommunaler Kriminalprävention. Ein neuer Weg? in: Forum Kriminalprävention 1,
<http://www.thomasfeltes.de/pdf/KKPfuerKriminalpraevention.pdf> (Stand April 2005).

Flick, Uwe, E. **Kardorff** und I. **Steinke** (Hg.), 2003: Qualitative Forschung – ein Handbuch. Hamburg: Reinbek bei Hamburg.

Frevel, Bernhard, 1999: Kriminalität. Gefährdungen der inneren Sicherheit? Opladen: Leske und Buderich.

Frevel, Bernhard, 2003: Polizei, Politik und Medien und der Umgang mit dem bürger-schaftliche Sicherheitsgefühl, in: **Lange**, Hans-Jürgen (Hg.), 2003: Die Polizei der Gesellschaft. Zur Soziologie der inneren Sicherheit. Opladen: Leske und Buderich. S. 322-336.

Froschauer, Ulrike und Manfred **Lueger**, 2003: Das qualitative Interview. Wien: WUV.

Glaser, Barney G. und Anselm L. **Strauss**, 1998: Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. Bern: Huber.

Glinka, Jürgen, 1998: Das narrative Interview. Eine Einführung für Sozialpädagogen. Edition Soziale Arbeit. Weinheim und München: Juventa Verlag.

Hammerschick, Walter, Inge **Karazman-Morawetz** und Wolfgang **Stangl** (Hg.), 1996: Jahrbuch der Rechts- und Kriminalsoziologie 1995. Die sichere Stadt. Prävention und kommunale Sicherheitspolitik. Baden-Baden: Nomos-Verlag.

Hanak, Gerhard, Inge **Karazman-Morawetz** und Wolfgang **Stangl**, 2004: Insecurities in European Cities. Local Report Vienna, Wien, <http://www.irks.at/InhaltPub.htm> (Stand April 2005).

Hanak, Gerhard, Inge **Karazman-Morawetz** und Wolfgang **Stangl**, 2004: Insecurities in European Cities. Kurzfassung. Wien, www.irks.at (Stand: April 2005).

Hofmann-Riem, Christian, 1980: Die Sozialforschung einer interpretativen Soziologie. Der Datengewinn, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 32. S. 339 – 372.

Holthusen, Bernd und Christian **Lüders**, 2003: Evaluation von Kriminalitätsprävention. Eine thematische Einleitung. in: **Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention** (Hg.), Evaluierte Kriminalitätsprävention in der Kinder- und Jugendhilfe. Erfahrungen und Ergebnisse aus fünf Modellprojekten. München. S. 9-30.

Hunold, 1968 in: **Schnedl**, Norbert, 1999: Kriminalprävention durch Kommunikation. Dissertation. Wien.

IFES, 2003: Leben und Lebensqualität in Wien. Studie im Auftrag der Gemeinde Wien.

Jahn, Thomas, 2003: Bürger- und gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit. Die Community-Policing-Strategie: Grundlagen, Erfolge und Möglichkeiten der Umsetzung unter den Bedingungen des deutschen Rechts. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.

Lamnek, Siegfried, 1998: Qualitative Sozialforschung. Band 1 Methodologie. München und Weinheim: Psychologie Verlags Union.

Lange, Hans-Jürgen (Hg.), 2003: Die Polizei der Gesellschaft. Zur Soziologie der inneren Sicherheit. Opladen: Leske und Buderich.

Lueger, Manfred, 2000: Grundlagen qualitativer Feldforschung. Wien: WUV.

Magistratsabteilung 18, Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg.), 1993: Wien – Sichere Stadt. Kommunale Sicherheitspolitik. Dokumentation der Fachtagung am 1. und 2. März 1993. Band 47. Wien: Herold Druck.

Rucka, Manuela, 2004: Das Image der Wiener Polizei. Eine Fallstudie der Wiener SicherheitswachebamInnen. Diplomarbeit. Wien.

Schütze, Fritz, 1975: Das narrative Interview in Interaktionsfeldstudien. Hagen: Fernuniversität, Gesamthochschule, Fachbereich Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften.

Spradley, James 1980: Participant Observation. New York: Holt, Rinehart & Winston.

Stangl, Wolfgang (Hg.), 2003: Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 2002. Innere Sicherheiten. Baden Baden: Nomos Verlag.

Stangl, Wolfgang und Birgit **Zetinigg**, 2003: Die Politik der Kriminalprävention in Wien. Workpackage 4 des EU-Projekts "Insecurities in European Cities" (INSEC), deutschsprachige Kurzfassung, Wien, <http://www.irks.at/Publikationen/INSEC-kriminalpraevention.pdf> (Stand April 2005).

Stummvoll, Günter, 2003: Theorie und Praxis der Kriminalprävention. Dissertation an der Universität Wien.

Stummvoll, Günter, 2004: Kriminalprävention in Wien. Eine Fallstudie zur Kriminalpolitik in der Wiener Polizei, <http://www.ihs.ac.at/publications/soc/rs62.pdf> (Stand April 2005).

Trojan, Alf (Hg.), 1986: Wissen ist Macht. Eigenständig durch Selbsthilfe in Gruppen. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

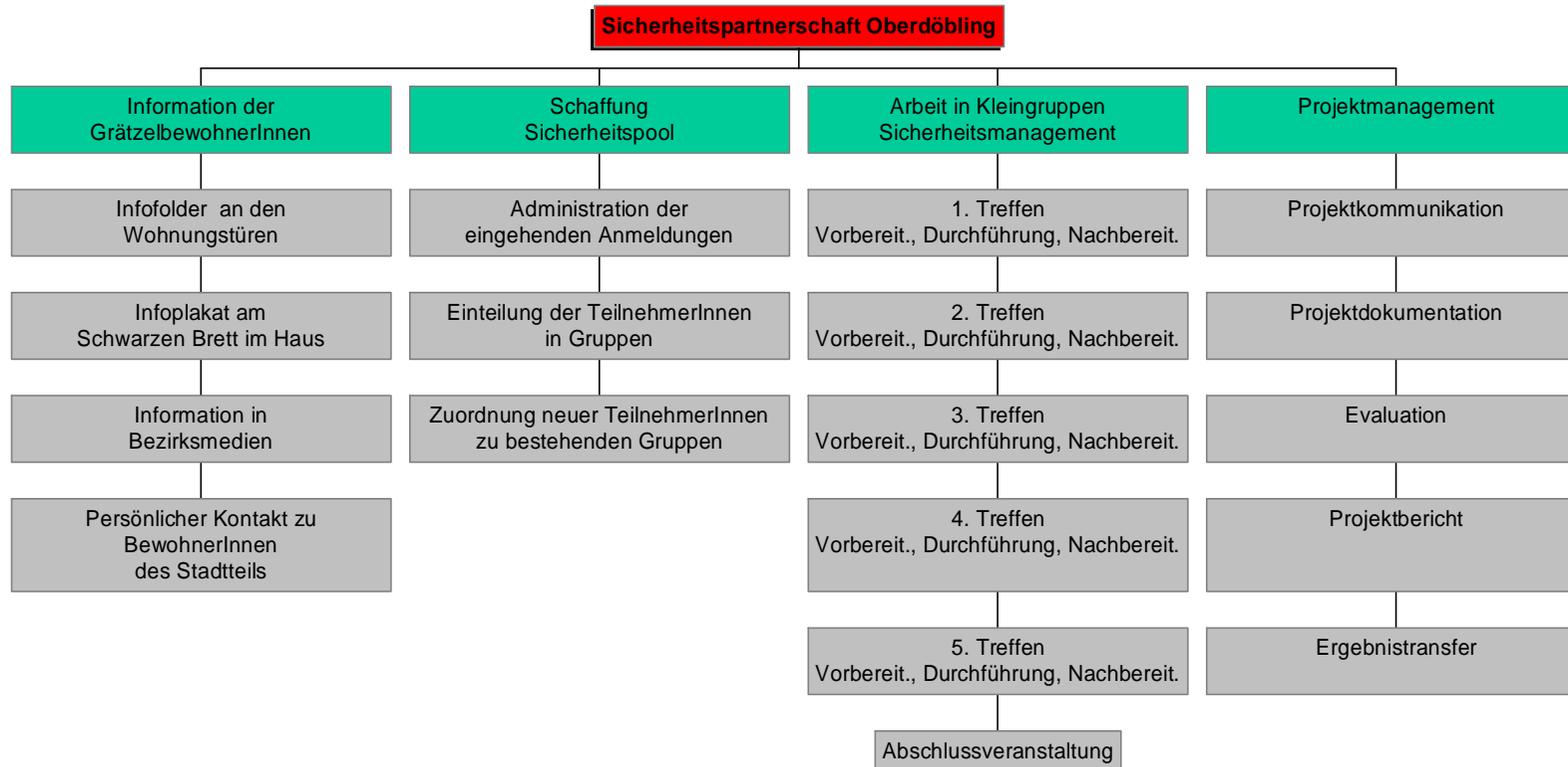
Uhl, Alfred, 1999: Evaluation, in: Stimmer, F. (Hg.): Suchtlexikon. Oldenbourg, München und Stimmer, F. (Hg.): Lexikon der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit, 4. Auflage. Oldenbourg, München, <http://www.api.or.at/lbi/pdf/evaslex.pdf> (Stand April 2005).

Walter, Michael (Hg.), 2004: Alltagsvorstellungen von Kriminalität. Münster: Lit Verlag.

Wissenschaftszentrum Wien (Hg.), 2002: Charakteristika und Spannungsfelder eines Lokalen Agenda 21-Prozesses. Evaluation des kommunikativen Prozesses und der politischen Partizipation der Lokalen Agenda 21 Alsergrund. Wien: AMG Medien GmbH.

10 Anhang

10.1 Projektstrukturplan



10.2 Moderationsleitfaden

Moderationsleitfaden

Was ist Moderation?

- Ist das Leiten eines Meinungs- und Lösungsfindungsprozesses mit einem bestimmten Ziel
- fördert und stellt die individuelle aktive Teilnahme in der Arbeit mit Gruppen sicher
- ermöglicht eine ziel- und ergebnisorientierte Gestaltung von Gruppenprozessen
- steht für
 - den Einsatz bestimmter Techniken (Visualisierung/Fragetechnik)
 - eine spezifische Grundhaltung des/der Moderatorin

Moderationsziele

- Sammeln und bearbeiten von Informationen, Lösungen und Vorschlägen
- Entwickeln von Lösungsvorschlägen, Maßnahmen oder Verhaltensweisen
- Treffen von Entscheidungen
- Herstellen von Konsens (Konfliktmoderation)
- Lösen von Problemen

Aufgaben und Verhalten einer Moderatorin/eines Moderators

- Hilft der Gruppe eigenverantwortlich zu arbeiten, Lösungen für Fragen und Probleme selbst zu finden und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zur Problemlösung selbst zu finden
- Inhaltliche Unparteilichkeit
- muss eigene Meinungen, Ziele und Wertvorstellungen zurückstellen
- ist eine methodische Helferin/ein methodischer Helfer (siehe Methoden der Moderation)
- sichert die Kommunikation in der Gruppe
- personenbezogene Neutralität
- sichert die Arbeitsfähigkeit in der Gruppe
- führt das Thema mittels Moderationstechniken zu Ergebnissen
- strukturiert den Arbeitsprozess

- sichert die Beteiligung der Gruppe durch Motivation, Einfühlsamkeit, managt Meinungsverschiedenheiten

Moderationsmethoden/Moderationstechniken

- Die zentralen Methoden sind **Fragetechnik** und **Visualisierungstechnik**
- Der/die Moderator/in steuert mittels Fragen den Prozess und visualisiert die einzelnen Schritte

Fragetechnik

- Formulieren von Arbeitsfragen
- Ziel von Arbeitsfragen ist es Handlungen in Gang zu setzen und in Richtung Ergebnis zu steuern

Wichtigste Frageformen

- Offene Fragen – W-Fragen (Wer, Was, Wie, Welche, Wozu...)
Welche Themen sollen wir heute bearbeiten?
- Geschlossene Frage – zur Strukturierung der Arbeit
Können wir zum nächsten Schritt übergehen?
- Zurückgegebene Frage – Frage, die auf Inhalte gerichtet ist, gibt der Moderator an die Gesamtgruppe weiter
Was meinen die anderen?

Tipps für zielorientiertes Fragen

- Fragen Sie freundlich-positiv, bleiben Sie sachlich und werden Sie nie persönlich.
- Fragen sollen verständlich, kurz und prägnant formuliert sein. Keine Doppelfragen mit „und“ und „oder“.
- Fragen von TeilnehmerInnen an die Gruppe oder an anwesende ExpertInnen zurückgeben.
- Fragen pauschal an die Gruppe richten, dann die Person ansprechen, die sich zuerst meldet. Keine Personen ansprechen, die sich nicht melden.
- Bleibt die Beantwortung der Frage aus, Frage umformulieren.
- Neutralisieren Sie Fragen, indem Sie diese positiv-sachliche umformuliert wiederholen.

Visualisierungstechniken

- Einpunkt-Frage

Wie wichtig ist das Problem für ihre tägliche Arbeit?

Sehr wichtig	Wichtig	nicht so wichtig	unwichtig
• • • •	• •	•	• • •

Jeder Punkt steht für Antwort/Reihung einer Teilnehmerin/eines Teilnehmers

- Themenspeicher

Themenspeicher	... vom 1.1.2005
<u>Thema</u>	
Verkehrssicherheit	
Hunde	
Handtaschenraub	

- Aktionsplan

Wer?	Was?	Wie?	Bis wann?	Ergebnis?
Herr Huber	Strom	Anfrage MA	23.3.05	
Frau Maier	Musik	Telefonat xy	27.3.05	

- Problemanalyseschema

Wie äußert sich das Problem?	Was könnten die Ursachen sein?	Was könnte getan werden?	Wer könnte etwas tun?
Hundekot	Kein Problembewusstsein	Information	Medien

- Abfrage auf Zuruf

Was müssen wir heute noch besprechen?
- Logo
- Planung Sicherheitsfest

Vorbereitung einer Moderation

- Klären der Zielsetzungen

Gesamtthema/Grobzielsetzung muss formuliert sein

Welche Art des Ergebnisses soll erreicht werden?

- *Vorbereitung auf die TeilnehmerInnen*
Welche Personen nehmen am Treffen teil?
Die TeilnehmerInnen dort abholen, wo sie stehen!!!
Überlegen von Spielregeln für die gemeinsame Arbeit
- *Methodische Vorbereitungen*
Erstellen eines Moderationsplanes (Inhalt/Methodik/Zeit)
Vorbereiten der Visualisierungen (Flip-Charts, Plakate, Moderationskarten)
- *Organisatorische Vorbereitungen*
Zeitpunkt/Zeitraumen
Ort/Raum
Sitzordnung
Medien

Wichtige Punkte für die weiteren Treffen der Sicherheitspartnerschaft

- Strukturierter Verlauf der Gruppentreffen – Rahmen geben, Ablauf zu Beginn vorstellen
- Treffen sollten auf jeden Fall moderiert werden – im Idealfall durch eine/n externen Moderator/in, ansonsten polizeiinterne/r Moderator/in
- Genügend Zeit für die Planung und Vorbereitung eines Treffens einkalkulieren
- Treffen sollten immer einen Themenschwerpunkt haben
- Ziele für den Arbeitsprozess vereinbaren und im Auge behalten.
- Das Geschehen in der Gruppe am Ende eines Treffens wiederholen und zusammenfassen
- Thema für das nächste Treffen sollte immer schon beim vorhergehenden Treffen bekannt gegeben werden – Neugierde, Interesse erwecken
- Keine Zusagen machen, die nicht eingehalten werden können
- Visualisieren, visualisieren, visualisieren

Weiterführende Literatur

Hartmann, Funk & Arnold (2000). Gekonnt moderieren. Beltz Verlag.
Klebert, Schrader & Straub (1987). Kurzmoderation. München.
Seifert (2003). Visualisieren. Präsentieren. Moderieren. Gabal Verlag.

10.3 Fragebogen³⁰



Liebe Teilnehmerin, lieber Teilnehmer der „Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling“!

Die „Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling“ ist ein Projekt, das zum ersten Mal in Wien durchgeführt wird. **Ziel ist es, die Sicherheit in Ihrer Wohnumgebung GEMEINSAM mit Ihnen zu erhöhen!**

Die Polizei Döbling und der Fonds Soziales Wien möchten Sie in den nächsten Wochen dabei unterstützen, sich noch besser als bisher vor Kriminalität zu schützen und Ihren Alltag sicherer zu gestalten. Ihre Teilnahme und Ihre Erfahrungen sind ein wichtiger Beitrag für die mögliche Weiterführung der Sicherheitspartnerschaft in anderen Wiener Bezirken.

Um die Wirksamkeit des Projekts zu erheben, wird eine **Begleitforschung** durchgeführt. Diese soll nachvollziehbar machen, mit welchen konkreten Aktivitäten und mit welchen Ergebnissen die „Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling“ durchgeführt wurde.

Zu diesem Zweck bitte ich Sie, sich ein paar Minuten Zeit zu nehmen und den vorliegenden Fragebogen auszufüllen! Ihre Meinung ist uns wichtig!

Füllen Sie den Fragebogen möglichst ohne Beteiligung anderer Personen nach Ihren ganz persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen aus.



Das Beantworten der Fragen dauert ca. 15-20 Minuten



Kreuzen Sie jeweils eine der verschiedenen Antwortvorgaben an, außer es ist die Möglichkeit für Mehrfachantworten gegeben.



Sie müssen keinen Absender am beiliegenden Rückkuvert angeben, Ihre Angaben sind anonym und werden vertraulich behandelt!

VIELEN DANK FÜR IHRE MITHILFE!

Sonja Rameder

FONDS SOZIALES WIEN/ TEAM FOCUS

³⁰ Der Fragebogen wurde an 30 Personen ausgegeben, 21 Personen haben ihn ausgefüllt retourniert.

1. Wie lange wohnen Sie schon im 19. Bezirk?
- | | |
|--|--------------------|
| <input type="checkbox"/> Bis 5 Jahre | 14 % ³¹ |
| <input type="checkbox"/> 6-10 Jahre | 10 % |
| <input type="checkbox"/> 11-20 Jahre | 19 % |
| <input type="checkbox"/> über 20 Jahre | 57 % |
2. Wie viele Freunde bzw. Freundinnen und gute Bekannte haben Sie, mit denen Sie regelmäßig privat zusammenkommen?
- | | |
|---|------|
| <input type="checkbox"/> keine => bitte weiter zu Frage 4 | |
| <input type="checkbox"/> 1 | 10 % |
| <input type="checkbox"/> 2 bis 3 | 25 % |
| <input type="checkbox"/> 4 bis 6 | 15 % |
| <input type="checkbox"/> über 6 | 50 % |
3. Wie oft kommen Sie in Ihrer Freizeit durchschnittlich mit Ihren Freunden/ Freundinnen und guten Bekannten zusammen?
- | | |
|--|------|
| <input type="checkbox"/> ein paar Mal in der Woche | 15 % |
| <input type="checkbox"/> etwa einmal pro Woche | 33 % |
| <input type="checkbox"/> etwa einmal bis zweimal pro Monat | 38 % |
| <input type="checkbox"/> seltener/ unregelmäßig | 14 % |
| <input type="checkbox"/> gar nicht | |
4. Haben Sie in unmittelbarer Nachbarschaft, also in Gehdistanz, Verwandte oder Bekannte, an die Sie sich im Notfall um eine Gefälligkeit oder Hilfe wenden können (nicht im gemeinsamen Haushalt wohnend)? (Mehrfachantwort möglich)
- | | |
|---|------|
| <input type="checkbox"/> ja, Verwandte | 29 % |
| <input type="checkbox"/> ja, Freunde und Bekannte | 68 % |
| <input type="checkbox"/> ja, Nachbarn | 52 % |
| <input type="checkbox"/> nein, weder noch | |
5. Gibt es Verwandte oder Bekannte, außerhalb Ihres Haushalts, von denen Sie Hilfe oder Unterstützung in Anspruch nehmen bei ...?
- | | |
|---|------|
| <input type="checkbox"/> Pflegeleistungen | 5 % |
| <input type="checkbox"/> Kinder betreuen/Babysitten | 14 % |
| <input type="checkbox"/> bei Haushaltsarbeiten helfen | 19 % |
| <input type="checkbox"/> Besorgungen machen | 24 % |
| <input type="checkbox"/> nein, nichts davon | 57 % |

³¹ Die Prozentzahlen wurden auf ganze Zahlen auf- und abgerundet.

6. Haben Sie Verwandte oder Bekannte außerhalb Ihres Haushalts, denen Sie regelmäßig eine der nachfolgenden Hilfen anbieten?

- Pflegeleistungen
- Kinder betreuen/Babysitten 24 %
- bei Haushaltsarbeiten helfen 5 %
- Besorgungen machen 38 %
- nein, nichts davon 38 %

7. Alltägliche Wege und Erledigungen wie z. B. Einkäufe oder Bankbesuche, etc. tätigen Sie meistens...?

- alleine 95 %
- mit Familienangehörigen 5 %
- mit Freunden oder Bekannten
- mit Personen aus der Nachbarschaft
- Heimhilfe
- sonstige: _____

8. Wie oft erledigen Sie Bankbesuche **alleine**?

- mehrmals die Woche 9 %
- einmal die Woche 10 %
- mehrmals im Monat 29 %
- einmal im Monat 52 %
- ich werde immer von jemand begleitet

9. Wie oft erledigen Sie alltägliche Wege wie Einkäufe, etc. **alleine**?

- mehrmals die Woche 88 %
- einmal die Woche 9 %
- mehrmals im Monat 5 %
- einmal im Monat
- ich werde immer von jemand begleitet

10. Sind Sie selbst in einem der angeführten Bereiche aktiv (Mehrfachantwort möglich)?

- Privater Verein wie Sportverein, Sparverein, etc. ... 29 %
- Politische Partei 10 %
- Pensionistenclub 5 %
- Sonstiges: _____ 9 %
- Nichts davon 52 %

11. Wie zufrieden sind sie mit...? (1 = sehr zufrieden, 5 = gar nicht zufrieden)

	sehr zufrieden				gar nicht zufrieden
	1	2	3	4	5
... Ihrer Lebenssituation insgesamt	33 %	44 %	11 %	6 %	6 %
... Ihrer finanziellen Situation	30 %	30 %	15 %	15 %	10 %
... Ihren Sozialkontakten (Freundeskreis, Bekannte etc.)	41 %	35 %	24 %		

12. Wie sicher fühlen Sie sich untertags in Ihrer Wohnumgebung?

(1 = sehr sicher, 5 = sehr unsicher)

sehr sicher				sehr unsicher	
1	2	3	4	5	
15 %	60 %	15 %		10 %	

13. Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie Ihre alltäglichen Wege wie Bankbesuche oder Einkäufe erledigen? (1 = sehr sicher, 5 = sehr unsicher)

sehr sicher				sehr unsicher	
1	2	3	4	5	
10 %	45 %	30 %	5 %	10 %	

14. Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine in Ihrer Wohngegend unterwegs sind? (1 = sehr sicher, 5 = sehr unsicher)

sehr sicher				sehr unsicher	
1	2	3	4	5	
10 %	45 %	30 %	5 %	10 %	

15. Wie sicher fühlen Sie sich in ihrer Wohnumgebung vor...?

(1 = sehr sicher, 5 = sehr unsicher)

	sehr sicher				sehr unsicher
	1	2	3	4	5
...Überfällen auf Straßen	6 %	53 %	29 %	6 %	6 %
...Verfolgt werden bei Nacht	16 %	39 %	33 %	6 %	6 %

... Wohnungseinbruch	1	2 28 %	3 39 %	4 17 %	5 16 %
...Sonstigen Belästigungen auf der Straße	1	2 65 %	3 17 %	4 11 %	5 6 %
...Autodiebstahl, Autoeinbruch	1 7 %	2 50 %	3 7 %	4 36 %	5
...Hunden	1 18 %	2 23 %	3 29 %	4 12 %	5 18 %
...Sexuellen Übergriffen	1 37 %	2 44 %	3 19 %	4	5

16. Sind Sie innerhalb des letzten Jahres selbst Opfer von kriminellen Delikten oder Belästigungen gewesen? (Mehrfachantwort möglich)

- ja 52 % nein => bitte weiter zu Frage 17 48 %

Wenn ja, welche Delikte oder Belästigungen sind Ihnen widerfahren?

- Diebstahl persönlichen Eigentums (wie z. B. Taschendiebstahl, Geldbörse, Schmuck, Kleidungsstück, etc. ...) 45 %
- Einbruch bzw. Beschädigung eines Kraftfahrzeuges (Auto, Motorrad, ...) 45 %
- Einbruch oder Einbruchversuch in die Wohnung 27 %
- Betrug durch Dritte (z. B. Vertreter, Händler, ...)
- Körperliche Angriffe, Handgreiflichkeiten
- Sexuelle Übergriffe
- Verfolgt werden bei der Nacht 9 %
- Aufgelauert werden (z. B. vor der Wohnung)
- Telefonterror (unerwünschte Anrufe) 18 %
- Andere Delikte: _____

17. In einem Stadtbezirk können verschiedene Probleme auftauchen. Was schätzen Sie in Ihrer Wohnumgebung im Moment als Problem ein? (Mehrfachantwort möglich)

- Nichtstuende Jugendliche auf der Straße 14 %
- Heruntergekommene und leer stehende Gebäude 14 %
- Zerstörte Telefonzellen 14 %
- Drogenabhängige 24 %
- Betrunkene 24 %
- Rotlicht-Szene/ Prostitution
- Besprühte/ beschmierte Hauswände 43 %
- Schmutz und Müll in den Straßen oder Grünanlagen 43 %
- Zu viel Verkehr auf den Straßen
- Lärmende Nachbarinnen und Nachbarn
- Zu viele Ausländer/ Asylbewerber 27 %
- Ausländerfeindlichkeit/ Rechtsradikalismus 14 %

- Lärmbelästigung durch Gaststätten 5 %
- Sonstiges: _____ 24 %

18. Wie schätzen Sie Ihr Wissen ein über Vorbeugung von Eigentumsdelikten wie...?
(1 = sehr gut, 5 = gar kein Wissen)

	sehr gut				gar kein Wissen
	1	2	3	4	5
...Wohnungseinbruch	1	2	3	4	5
	29 %	41 %	29 %		
...Autoeinbruch	1	2	3	4	5
	7 %	46 %	47 %		
...Taschendiebstahl	1	2	3	4	5
	12 %	59 %	23 %	6 %	
...Trickdiebstahl	1	2	3	4	5
	12 %	13 %	31 %	25 %	19 %
... Betrug	1	2	3	4	5
	19 %	37 %	19 %	13 %	12 %
...Raubüberfälle	1	2	3	4	5
	19 %	12 %	38 %	12 %	19 %

19. Hat sich der Schutz vor Kriminalität Ihrer Meinung nach in den letzten Jahren in Döbling...?

- eher verbessert 15 %
- eher verschlechtert 25 %
- ist gleich geblieben 30 %
- weiß nicht 30 %

20. Wie haben Sie zum ersten Mal von dem Projekt „Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling“ erfahren?

- von der Polizei (Revierinspektor) 67 %
- bei den Sicherheitsgesprächen der Polizei
- aus der Zeitung 5 %
- Infozettel oder Aushang im Haus 19 %
- In einem Geschäft im Grätzel
- Freunde oder Bekannte 9 %
- Verwandte
- Sonstige: _____

21. Was erwarten Sie sich persönlich von der Teilnahme am Projekt „Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling“? (Mehrfachantwort möglich)

- | | | |
|--------------------------|--|------|
| <input type="checkbox"/> | Mehr Sicherheit für mich | 52 % |
| <input type="checkbox"/> | Weniger Kriminalität im Grätzel | 51 % |
| <input type="checkbox"/> | Mehr Information über Sicherheitsthemen | 43 % |
| <input type="checkbox"/> | Begleitung bei meinen Bankwegen | 5 % |
| <input type="checkbox"/> | Begleitung bei meinen alltäglichen Wegen (Einkauf, etc...) | |
| <input type="checkbox"/> | Gegenseitige Hilfestellungen | 48 % |
| <input type="checkbox"/> | Kennen lernen der Nachbarschaft | 24 % |
| <input type="checkbox"/> | Neue Freundschaften | 19 % |
| <input type="checkbox"/> | Verbesserung des Kontakts zur Polizei | 81 % |
| <input type="checkbox"/> | Ich habe keine besonderen Erwartungen | |
| <input type="checkbox"/> | Sonstiges: _____ | |

22. Wie oft hatten Sie im letzten Jahr – vor Start dieses Projekts - mit der Polizei (z. B. dem zuständigen Revierinspektor) Kontakt?

- | | | | | | |
|--------------------------|--------|------|--------------------------|----------|------|
| <input type="checkbox"/> | nie | 57 % | <input type="checkbox"/> | mehrmals | 29 % |
| <input type="checkbox"/> | einmal | 5 % | <input type="checkbox"/> | öfters | 9 % |

23. Wenn ja, aus welchem Grund? (Mehrfachantwort möglich)

- | | | |
|--------------------------|-------------------------------------|------|
| <input type="checkbox"/> | Verkehrskontrolle | 8 % |
| <input type="checkbox"/> | Verkehrsunfall | 8 % |
| <input type="checkbox"/> | Anzeige erstattet | 58 % |
| <input type="checkbox"/> | Sicherheitsgespräche | 25 % |
| <input type="checkbox"/> | Sonstige Information bzw. Rat | 17 % |
| <input type="checkbox"/> | Hilfe bei alltäglichen Erledigungen | |
| <input type="checkbox"/> | Sonstiges: _____ | 8 % |

24. Alles in allem: wie gut arbeitet die Polizei Ihrer Meinung nach bei der Kriminalitätsbekämpfung in Döbling? (1= sehr gut, 5 = gar nicht gut)

sehr gut				gar nicht gut
1	2	3	4	5
40 %	53 %	7 %		

25. War die Polizei in Döbling für Sie bis jetzt eher jemand, der ...

- | | | |
|--------------------------|-------------------------------|------|
| <input type="checkbox"/> | Kontrolle und Strafe ausübt | 32 % |
| <input type="checkbox"/> | Freund und Helfer für Sie ist | 68 % |
| <input type="checkbox"/> | keines von beiden für Sie ist | |
| <input type="checkbox"/> | Sonstiges für Sie ist: _____ | |

Abschließend bitte ich Sie noch Fragen zu Ihrer Person zu beantworten:

25. Sie sind...?

- | | | |
|--------------------------|----------|------|
| <input type="checkbox"/> | weiblich | 57 % |
| <input type="checkbox"/> | männlich | 43 % |

26. Wie alt sind Sie?

d³² = 58 Jahre

27. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie? (Mehrfachantwort möglich)

- | | | |
|--------------------------|---------------|------|
| <input type="checkbox"/> | Österreich | 100% |
| <input type="checkbox"/> | andere: _____ | |

28. Welche Lebenssituation trifft derzeit auf Sie zu?

- | | | |
|--------------------------|--|------|
| <input type="checkbox"/> | ledig | 10 % |
| <input type="checkbox"/> | verheiratet oder in Partnerschaft lebend | 43 % |
| <input type="checkbox"/> | geschieden oder in Scheidung lebend | 33 % |
| <input type="checkbox"/> | verwitwet | 14 % |

29. Wie viele Personen – Sie selbst mit eingerechnet – leben in Ihrem Haushalt?

1 Person 48% 2 Personen 29% 3 oder mehr Personen 24%

30. Was machen Sie derzeit beruflich?

- | | | |
|--------------------------|--------------------------------|------|
| <input type="checkbox"/> | Ich bin berufstätig als: _____ | 29 % |
| <input type="checkbox"/> | Ich bin Hausfrau/ Hausmann | 5 % |
| <input type="checkbox"/> | Ich bin derzeit arbeitslos | 9 % |
| <input type="checkbox"/> | Ich bin in Pension | 52 % |
| <input type="checkbox"/> | Anderes: _____ | 5 % |

³² d = Durchschnittswert

31. Gibt es etwas, was Ihnen im Zusammenhang mit Ihrer Sicherheit und Ihrem Wohlbefinden im Grätzel ein Anliegen ist, aber bisher im Fragebogen nicht angesprochen wurde? Bitten nutzen Sie die folgenden Zeilen für **persönliche Anmerkungen**:

In Bezug auf die Sicherheit im Grätzel wünschte sich ca. 1/3 der Befragten mehr Polizei auf der Straße und mehr Kontrollen im öffentlichen Raum. Darüber hinaus wurden die Parkraumbewirtschaftung und Verkehrsprobleme – vor allem die erhöhte Geschwindigkeit von Autos in einer Wohnstraße - als Probleme genannt.

Bitte geben Sie den ausgefüllten Fragebogen in das beiliegende Rückkuvert und bei den Revierinspektoren Wagner oder Wieser ab!

VIELEN DANK FÜR IHRE MITHILFE!!

